

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 1,10 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 3,30 Mk. halbjährlich, 6,60 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einmalige Nummer 5 Pf. Unter Bezugnahme auf Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements können an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stehende Anzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Verbot des Streikpostenstehens!

Ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse verlangt der Geheimen Oberjustizrat Senatspräsident beim Kammergericht Dr. Koffka, in der „Deutschen Juristenzeitung“ vom 15. November. Sein Aufsatz ist nicht minder kennzeichnend für den unbewußten Mangel an Unparteilichkeit, der unseren Richtern zur zweiten Natur geworden ist, wie für die Weltfremdheit in allen Dingen, die sich auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse beziehen. Für den Senatspräsidenten ist es, bevor auch nur in erster Instanz eine Klarlegung der Vorgänge in Roabit und Bremen stattgefunden hat, ausgemacht, daß ein „geordnetes Staatswesen solche Unruhen unmöglich dulden“ könne und daß „selbstverständlich“ die Teilnehmer an den Unruhen eine „empfindliche Strafe“ erhalten werden. Ebenso selbstverständlich erscheint ihm, daß die Arbeiter schuld an den Unruhen sind. Ob nicht etwa die Arbeitgeber oder die Polizei Veranlassung zu den Unruhen gegeben haben, erscheint ihm nicht einmal erwähnenswert. In der Tat: eine partiellere Beurteilung eines Sachverhalts lediglich auf Grund polizeioffizieller Zeitungsnachrichten, von denen der größte Teil sich schon als unmaßr herausgestellt hat, ist kaum möglich. Sie genügt aber dem Richter zum Schrei nach Ausnahmengesetzen gegen die Arbeiter!

Dr. Koffka wirft einen sehnsüchtigen Blick nach der im Jahre 1899 verfallenen Zuchthausvorlage. Er will zwar einer „Wiedereinbringung jenes abgelehnten Entwurfs das Wort nicht reden“, aber einen Teil der Vorlage möchte er doch retten und erweitern. Er wünscht, daß durch ein Reichsgesetz das Streikpostenstehen überhaupt untersagt werde. Daraus, daß der Lübecker Senat das Streikpostenstehen verboten und unter Strafe gestellt hatte, und daß späterhin Polizeiverordnungen erlassen und angewendet sind, um das Streikpostenstehen zu verhindern, zieht der Kammergerichtsenatspräsident den Schluß, daß die Behörden gegen das Streikpostenstehen als einen „Mißbrauch des Koalitionsrechts“ vorzugehen „geneigt und gezwungen“ gewesen sind. Und doch muß er in demselben Aufsatze das bekannte Urteil des Reichsgerichts vom 4. Februar 1901 erwähnen, das die Lübecker Verordnung als gegen die Reichsgesetze verstoßend für rechtlich ungültig erklärt hat. Gegen die Reichsgesetze verstößt ein Verbot des Streikpostenstehens, weil es gegen das Koalitionsrecht verstößt.

Der Verfasser will das Koalitionsrecht zwar auf dem Papier stehen lassen, seine Anwendung aber unter Strafe stellen. Der Arbeitgeber, meint er, sei durch die bekannte, von ihm gebilligte, gefundene Rechtsauffassung aber ins Gesicht schlagende Konstruktion einer Expression aus der Infindung eines Streiks genügend geschützt. Die armen Arbeitswilligen seien aber nicht geschützt. Durch Polizeiverordnungen könne man da nicht vorgehen, weil diese nur aus dem Gesichtspunkt der Verkehrshinderung einzuwirken könnten. Dem Verfasser muß bekannt sein, daß gerade das polizeiliche Vorgehen gegen Streikpostenstehen, das die Verhütung einer Verkehrshinderung vorsieht, das Koalitionsrecht antastet. Mit Unrecht hat das Kammergericht nach dem unwilligen Ausscheiden des Kammergerichtsrats Habenstein aus dem Strafsenat den Mißbrauch, der durch Polizeiverordnungen gegen Streikpostenstehen geübt wird, für zulässig erklärt, weil dem Richter nicht zustehe, nachzuprüfen, ob eine polizeiliche Maßregel erforderlich und zweckmäßig gewesen sei. Mit vollem Recht läßt sich behaupten: wenn Ausschreitungen gegen Arbeitswillige stattgefunden haben, so ist in erster Linie mißschuldig daran das polizeiliche Vorgehen, das unter dem Vorgeben, einer Verkehrshinderung entgegenzutreten, aus menschenleeren Straßen Streikposten wegweist. Die Richter des Kammergerichts hätten alle Ursache, sich zu fragen, ob nicht ihre auf dem Gebiete des Streikpostenstehens geübte falsche, dem Urteil des Reichsgerichts vom 4. Februar 1901 widersprechende Rechtsprechung Mißschuld, wenn nicht Hauptschuld an den vorgekommenen Ausschreitungen trägt, mögen sie von der Polizei gegen Arbeiter, oder mögen sie von Arbeitern auch gegen Arbeitswillige begangen sein.

Der Kern der Ausführungen des Kammergerichtsenatspräsidenten liegt in folgendem Satz: „Das Streikpostenstehen aber muß untersagt werden und ist meines Erachtens allein aus dem Entwurf von 1899 herauszuschälen.“ Das Recht auf Streikpostenstehen nehmen, heißt das Koalitionsrecht nehmen! Zu einer anderen Anschauung kann nur gelangen, wer ein Feind des Koalitionsrechts ist! Dr. Koffka meint, den Standpunkt, der von einer Seite im Reichstag bei der Beratung des Zucht- hausgesetzes geltend gemacht wurde: „der Arbeiter, der sich von einem Streik ausschleife und weiter arbeiten wolle, sei ein verächtlicher Lump“, weil er sich von seinen Kameraden trenne und deshalb keinen Schutz verdiene“, werde wohl niemand sonst vertreten. Der Verfasser irrt. Das ist der Standpunkt aller, die für das Beken des Koalitionsrechts Verständnis haben, auch der von Richtern. Erklärte doch ein Londoner Richter sehr zutreffend in einer Gerichtsverhandlung im Jahre 1898:

„Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräter für sein Land ist, und obgleich beide in beschwerlichen Zeiten nützlich sein müßen, für die eine Partei, so sind sie doch mißachtet von allen, sobald der Friede zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, der einem anderen Hilfe gibt, aber der erste, der Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals gesichert. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den Nächsten hinaus, jedoch für Geld und würdlose Zubilligung wird er seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land. Mit einem Wort, er ist ein Verräter in kleinem Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft und nachher wird er von seinem Arbeitgeber verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien; er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

Dies Urteil wird jeder unterschreiben, dem nicht völlige Weltfremdheit eigen und deshalb das Verständnis für die Notwendigkeit des Koalitionsrechts verschlossen ist. Das Koalitionsrecht ist, wie Gneist einmal zutreffend sagte, eine Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung. Es ist erforderlich, wenn der Verkäufer der Ware Arbeitskraft nicht schlechter behandelt werden soll, als der Verkäufer irgend einer anderen Ware. Der Arbeitsvertrag ist die ökonomische Zufluchtsstätte für Millionen und Abermillionen. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter enthält eine Beschränkung in der Wahl der Mittel, die auf die Bestimmung der Arbeitsbedingungen, namentlich des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit, einwirken können. Denn sie engen die Verabredung des gemeinschaftlichen Handelns ein, durch das allein der Annahme der Bedingungen Nachdruck verschafft werden kann. Koalitionsbeschränkungen gefährden wegen der Untrennbarkeit der Ware „Arbeitskraft“ von der Person ihres Eigentümers die persönliche Freiheit des Arbeiters. Das Koalitionsrecht im Kampf gegen die ökonomische Hörigkeit der Arbeiter einschränken, heißt: dem körperlichen, geistigen und sittlichen Niedergang der Arbeiterklasse Vorschub leisten. Zum Koalitionsrecht gehört das Streikpostenstehen als Mittel zu seiner Ausübung. Ist es schon ungeheuerlich, daß neben der gesetzlichen Gewährleistung des Koalitionsrechts im § 152 der § 153 einen Galgen für gewisse Arten des Gebrauchs des Koalitionsrechts aufstellt, so heißt ein Verbot eines Streikpostenstehens aufstellen das Koalitionsrecht selbst aufzuheben! Wer die Geschichte insbesondere der englischen, französischen und deutschen Kämpfe um das Koalitionsrecht kennt, der weiß, mit welcher ungeheuren Opfern sich die Arbeiterklasse das Recht auf Streikpostenstehen errungen hat. Und sie wird es sich nimmer nehmen lassen!

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zu dem Stoffischen Aufsatz:

„Wir wollen uns mit diesen Ausführungen nicht eingehend auseinandersetzen. Unsere Leser wissen, daß wir eine Verschärfung der bestehenden Bestimmungen für geboten, ja für unerlässlich erachten. Wenn Senatspräsident Koffka hervorhebt, daß der Reichstag einer solchen Verschärfung nicht zustimmen werde, so gilt das nach menschlicher Voraussicht auch für das von ihm empfohlene und für notwendig gehaltene Verbot des Streikpostenstehens. Erachtet die Regierung derartige Maßnahmen und Verschärfungen für nötig, dann hat sie die Pflicht, den Widerstand des Reichstages zu brechen oder die Verantwortung für die bedenkliche Unterlassung ihm aufzubürden.“

Die Arbeiterklasse erblickt hieraus von neuem, daß die Reaktionen nach einem neuen Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse lauten. An ihr wird es sein, das Menschenrecht, dessen Raub geplant ist, nicht nur festzuhalten, sondern seine Erweiterung und Sicherstellung durchzusetzen.

Dr. Koffka sagt an einer Stelle seines Aufsatzes:

„Bill man daher solchen Unruhen vorbeugen, so muß entweder die Polizei abgefasten werden, die Arbeitswilligen zu schützen, oder sie muß in den Stand gesetzt werden, den Arbeitswilligen genügenden Schutz zuteil werden zu lassen. Für das erstere kann man sich unmöglich entscheiden.“

Der Verfasser vergißt zu bedenken: wenn die Polizei sich nicht in Arbeitskämpfe hineinmischte, dann entstehen eben keine Unruhen. Das Hineinmischen erfolgt durch die Behinderung der Streikposten. Ein Verbot des Streikpostenstehens würde naturgemäß Unruhen provozieren, zu deren vermeintlicher Hinderung das Verbot empfohlen wird. Wer, wie der Verfasser, die Polizei gegen die Arbeiter anruft und gar ein Reichsgesetz in diesem Sinne verlangt, der tritt völlig auf die Seite der Arbeitgeber gegen die Arbeiter. Der tritt auf die Seite derer, die die Arbeiter zu Sklaven herabzudrücken trachten. Gegen ein Ausnahmengesetz, wie es der Kammergerichtsenatspräsident verlangt, wird die Arbeiterklasse ohne Unterschied ihrer politischen Richtung wie ein Mann stehen. Das gebietet ihre Selbsterhaltung!

Gefährliche Thronstützen.

Vor dem 18. Dezember 1906, als noch das Zentrum Regierungspartei spielte, gehörte es zum offiziellen Regierungsprogramm, daß der höheren katholischen Geistlichkeit bei allen möglichen Gelegenheiten keine Aufmerksamkeiten erwiesen wurden. Der Kaiser besuchte die katholischen Prälaten, Abteien, Klöster und Kirchen und hielt dabei längere oder kürzere Reden, in denen er die Verdienste des Klerus um die Aufrechterhaltung des christlichen Glaubens und die Niederhaltung des sogenannten materialistischen Geistes feierte.

Auch die in Hohenzollern-Sigmaringen gelegene, einst den Augustinern gehörende Erzabtei Weuron der Benediktinerkongregation hat er wiederholt mit seinem Besuche „beehrt“. Die Ausschaltung des Zentrums störte auch diese guten Beziehungen zwischen Kaiser und Klerus. Die Besuche hörten auf, und der Kaiser betätigte seine Redegabe auf anderen Gebieten — bekanntlich nicht immer zur Zufriedenheit „seines“ Volkes, selbst nicht der Nationalliberalen, Konservativen und Antisemiten. Auch nach der redlichen Mitwirkung des Zentrums bei der letzten vaterländischen Reichsfinanzreform blieb zunächst der Kaiser mißtrauisch. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß die in Preußen herrschenden Junker von einem neuen konservativ-liberalen Block nichts wissen wollen, sondern die Paarung mit dem Ultramontanismus bevorzugen, geht jetzt von neuem die kaiserliche Gnadenform über den hohen Klerus auf. Der Kaiser hat wieder die Erzabtei Weuron besucht und eine seiner bekannten Reden über die künstlerischen, religiösen und sonstigen Verdienste der Benediktiner gehalten. Und die literale Presse hat nicht veräumt, sofort den Wortlaut der kaiserlichen Ansprache zu veröffentlichen, um der Welt zu beweisen, daß das alte schöne Verhältnis zwischen Kaiser und Klerus wieder hergestellt ist.

In dieser Bekundung, daß der Kaiser die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen trachtet, liegt die Bedeutung der Kaiserworte im Kloster Weuron, nicht in dem Wortlaut der Rede, die völlig im Sinne der üblichen Ansprachen des Kaisers gehalten ist. Einiges Interesse bietet nur folgender Passus der Rede:

„Was ich von Ihnen erwarte, ist, daß Sie in den Bahnen Ihrer Vorfahren weiterarbeiten und mich unterstützen in meinen Bestrebungen, dem Volke die Religion zu erhalten. Dies ist um so wichtiger, als das 20. Jahrhundert Gedanken ausgelöst hat, deren Bekämpfung nur mit Hilfe der Religion und mit Unterstützung des Himmels siegreich durchgeführt werden kann. Das ist meine feste Ueberzeugung. Die Krone, die ich trage, kann hier nur dann einen Erfolg verbürgen, wenn sie sich gründet auf das Wort und die Persönlichkeit des Herrn. Als Symbol dafür habe ich das Kreuz in diese Kirche gestiftet, um damit, wie ich es in meinem Handschreiben gesagt habe, zu beweisen, daß die Regierungen der christlichen Fürsten nur im Sinne des Herrn geführt werden können, und daß sie helfen sollen, den reichsten Sinn, der den Germanen angeboren ist, zu härten und die Ehrfurcht vor Altar und Thron zu vermehren. Beide gehören zusammen und dürfen nicht getrennt werden. Darum fordere ich von ganzem Herzen die Bestrebungen, die Sie verfolgen. Wie bisher werde ich Ihnen auch in Zukunft meine Guld und meinen Schutz bewahren.“

Das alte Schema! Thron und Altar müssen sich gegenseitig stützen und gemeinsam die Bestrebungen bekämpfen, die das zwanzigste Jahrhundert ausgelöst hat: d. h. den Sozialismus. Der Kaiser weist also den geistlichen Orden die Tätigkeit einer Art geistlicher Genbarmerie zu. Eine prächtige Aufgabe. Nur glauben wir, daß ein Thron, der sich auf Wüchsdörben stützt, nicht allzu fest fundiert ist; wenigstens zeigen die Vorgänge in Spanien und Portugal, daß solche Stützen oft recht wackelig sind.

Die arbeitswillige Prügelmachine.

Am 6. Oktober meldete der „Vorwärts“, daß einer der bei den Unruhen in Roabit Verhafteten auf den Kohlenhof von Kupfer u. Co. von der Garde des Hinge und unter den Augen der Schulleute furchtbar verprügelt worden ist. Kein Blatt der bürgerlichen Presse hat von dieser furchtbaren Anklage Notiz zu nehmen für nötig befunden, aber auch dem Polizeipräsidentium und der Staatsanwaltschaft hat sie kein Lebenszeichen entlockt. Alles blieb stumm.

Jetzt, im Prozeß zu Roabit stellt sich heraus, daß der entsehlige Fall, den der „Vorwärts“ damals mitteilte, nicht vereinzelt ist. Die Vernehmung der Angeklagten zeigte ihn als ein Stück eines wohlorganisierten Systems! Wie eine gutgeölte Maschine funktionierte auf dem Kohlenhof von Kupfer u. Co. die Prügelmachine des Streikbruchunternehmers Hirtze. Sie trat sofort automatisch in Funktion, die Schulleute hatten gar nicht nötig, sich etwa durch ein Kommando zu kompromittieren. Das Erscheinen eines Verhafteten genügte, um die Häufte und Weine der „wertvollsten Elemente“ in Tätigkeit zu setzen. Dem wehrlosen Häftling wurde von zehn bis fünfzehn der rohen Gesellen, die mit Wollust dieses Schänderamt übten — es hat, wie die Bekenntnisse Friedrich Ginges zeigen, ihrem Charakter wunderbar entsprechen — ein „Wollkomm“ bereitet, dessen Schilderung einem noch heute das Blut in den Adern erstarren läßt. Nicht nur mit Häufen, auch mit scharfen Instrumenten müssen sie geschlagen haben, wie die Wunden des Angeklagten Hirtze beweisen, die vom Gerichtshof beaugenscheinigt wurden. Und nicht eher wurde von dem unglücklichen Opfer abgelassen, als bis die Arbeitswilligen des Schlagens müde waren oder der brausende Polizeibeamte mit den Worten: „Nun ist's genug!“ den Befehl zur Einstellung der Schänderarbeit gab!

Nicht in allen Fällen übrigens haben die Schulleute die Mißhandlungen durch ihre Piktorens ausführen lassen — mehrfach haben sie sich auch eigenhändig bemächtigt. Der Angeklagte Hirtze erzählt, daß er an Händen und Füßen gefesselt und dann derartig mißhandelt wurde, daß man im Krankenhaus Roabit an seinem Aufkommen zweifelte, wie der Polizeibericht selbst anderen Tages meldete. Ein anderer Angeklagter gibt an, daß er in der Zelle zweimal von je zwei Schulleuten geprügelt wurde!

Ob wir von einem Strafverfahren gegen die Schuldigen „Sicherheitsbeamten“ hören werden? Oder wird der Polizeipräsident sie nicht ermitteln können, wie seinerzeit sein Preussener Kollege den Handabdrucker nicht zu finden vermochte. Oder wird er sie etwa gar ebenso in Schutz nehmen, wie jene Felden, die die englischen Journalisten verprügelten?

Eine bunte Gesellschaft ist's, die von der Staatsanwaltschaft auf den Anklagebänken aufeinandergezwängt worden ist. Da sitzt der junge Burck, der Steine warf und anderen Steine in die Hand drückte, neben dem gereiften Mann, der in der Erregung über das, was er sah, ein Wort der Empörung nicht zurückhalten konnte; der ehrliche Arbeiter neben Leuten mit bedenkllicher Vergangenheit, der Organisierte neben dem Indifferenten und dem Gelden, der Nüchtere, den das Erregende des Willens forträgt, neben dem am typischen Blaukoller Leidenden und den Leuten mit der „betrunkenen Gesellschaft“. Eine bunte, gemischte Gesellschaft, die allen schon das Schärfermacher- und Polzeimärchen von der „sozialdemokratisch verhejhten Masse“, die die „Revolution“ gemacht hat, zerdrückt. Es wird dem bösesten Willen nicht gelingen, diese Angeklagten der Arbeiterbewegung anzuhängen. Mehrere davon erklärten, daß sie noch nie in ihrem Leben einem Verbannten angehört haben, und der Selbe Albrecht, der sich „aus Geschäftsrückgriffen“, weil er sonst auf den Siemens-Schulderwerken keine Arbeit erhielt und keine Aussicht auf einen Meisterposten hätte, der seine „Geschäftsinteressen“ so sehr zu wahren weiß, daß er nicht einmal die Beiträge für den gelben Verein zahlt, der läßt sich mit aller Mobilität nicht in einen von der Sozialdemokratie Verhejhten umwandeln. Der Lebins verläßt den Mann jetzt abzuschießen, aber das wird ihm nicht gelingen. Der ist ein ausgewachsenes Prachtexemplar eines Gelden, der, von keiner Gesinnung beschwert, nur seinen unmittelbaren eigenen Vorteil im Auge hat, keinerlei Verpflichtung gegen seine Berufsgenossen und seine Organisation kennt. Daß er seine Beiträge nicht zahlt, das hat er mit sehr vielen seiner gelben Kameraden gemein!

Den Schluß der Sitzung schloß wieder eine Debatte über Haftentlassungsanträge aus. Die Staatsanwaltschaft ergriß jetzt selbst die Initiative und empfahl, drei Häftlinge freizulassen. Der energische Vorstoß der Verteidigung ist also nicht ohne Erfolg gewesen. Sie fügte den Anträgen der Staatsanwaltschaft noch einige andere an, worüber es wieder zu interessanten Auseinandersetzungen kam. Das Interessanteste war dabei ein weiterer Rückzug der Staatsanwaltschaft. Verteidiger Th. Viehbach hatte die unglaublich rückständige soziale Auffassung geäußert, die die Anklagebehörde in der Anklageschrift wider die streitenden Kohlenarbeiter kundgibt, indem sie der Firma Kupfer u. Co. attestiert, daß sie die Vermittlungsvorschläge ablehnen mußte. Jetzt erklärte Herr Steinbrecht zur allgemeinen Ueberraschung, daß das nicht die Anschauung der Staatsanwaltschaft, sondern nur die des Geschäftsführers der Kohlenfirma sei, die die Anklage lediglich referierte. Mit Recht konnte der Verteidiger entgegen, daß das nirgends in der Anklageschrift zu erkennen sei und daß diese doch selbstverständlich die Ansichten der Anklagebehörde wiedergeben habe!

Das Gericht entsprach zweien von den drei Haftentlassungsanträgen der Staatsanwaltschaft und einem von den Anträgen der Verteidigung.

Der Sieg des Sozialismus in den Vereinigten Staaten.

New York, 9. November. (Eig. Ber.) Einen großen Erfolg hat der Wahlsieg unserer Partei gebracht. Wir schreiben diesen vorläufigen Bericht nach Mitternacht des Wahltages, und die letzte zusammenfassende Meldung aus dem Landesbureau der Partei, die nach New York gelangt, besagt, daß im ganzen Lande eine gewaltige, vielleicht hundertprozentige Stimmzunahme der Partei stattgefunden hat. In den Staaten Wisconsin, Ohio, Minnesota und Massachusetts sind insgesamt 35 sozialistische Staatslegislatoren gewählt. Die Berichte aus Kalifornien deuten auf eine Verdoppelung des Parteivotums hin. Den größten Enthusiasmus erregten aber die Nachrichten aus Milwaukee, das den Ruhm gewonnen hat, die ersten sozialistischen Volksvertreter nach der Bundeshauptstadt zu entsenden, einen Ruhm, in den sich nur die Parteigenossen von Columbus in Ohio mit den Milwaukeeern teilen. In Milwaukee sind, wie der „Vorwärts“ bereits telegraphisch berichtet hat, zu Repräsentanten gewählt die Genossen Viktor Berger und Winfield Gaylord. Außerdem haben die Arbeiter des Countys (Regierungsbezirk) Milwaukee rein sozialistische Countybehörden gewählt, so daß die Sozialdemokratie heute in der Stadt, wie im County Milwaukee gebietet. In der Person des Genossen Jabel wurde dort auch der erste sozialistische Staatsanwalt der Vereinigten Staaten gewählt. Die sozialistische Fraktion in der Volkshammer des Staates Wisconsin (dessen wirtschaftliche Hauptstadt Milwaukee ist), wurde von sechs auf elf Mann vergrößert und zu dem bisherigen sozialistischen Senatsmandat wurde ein zweites hinzuerobert. Zugleich hat unsere Partei gestern von einer anderen Wisconsin, Holly, Besitz ergriffen. Nach den telegraphischen Meldungen aus der sozialdemokratischen Großstadt am Michigan-See feierten unsere dortigen Genossen ihren Triumph durch großartige StraßenDemonstrationen.

In der Stadt New York haben wir zwar nicht derartige glänzende Erfolge zu verzeichnen, aber immerhin haben wir auch in der Landesmetropole, die zugleich die Metropole des amerikanischen Kapitalismus mit all seinen forumpromierenden Einflüssen ist, einen Schritt vorwärts gemacht. Die Berichte aus allen Bezirken Groß-New Yorks ergeben eine Zunahme unserer Stimmzahl gegen die Staats- und Kongresswahlen von 1908 und erst recht gegen die vorjährigen städtischen Wahlen. Die New Yorker „Volkzeitung“ nimmt an, daß der Staat New York 50 000 sozialistische Stimmen geliefert hat, von denen auf die Stadt New York etwa die Hälfte entfällt. Damit hätte unsere Partei die von dem „gelben“ Zeitungsmillionär Hearst aufgemachte „Unabhängigkeitsliga“ von der dritten Stelle verdrängt. In der unteren Ostseite New Yorks kandidierte Genosse Meyer London, der nur dadurch unterlag, daß Demokraten und Republikaner sich in elster Stunde gegen den Sozialisten vereinigten. Jammerhin hat Genosse London über ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Im Staate New York haben wir durchweg Fortschritte gemacht, die teilweise geradezu überraschend sind. So sprang unsere Stimmzahl in Buffalo von 750 auf 3000, in Schenectady von 853 auf 2550, in Rochester von 1183 auf 2284. Auch aus Pennsylvania, Massachusetts, Connecticut und New Jersey laufen ähnliche Berichte ein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. November 1910.

Die Grenzen auf für die Vieh- und Fleischzufuhr.

Auch die sächsische Regierung erkennt jetzt an, daß eine Fleischnot in Sachsen besteht und Abhilfsmahnahmen dringend erforderlich sind. Der sächsische Staatsminister Graf Bismarck von Cassel wird sich, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ er-

fährt, am Montag nach Berlin begeben, um in der Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten die Wünsche Sachsens an die Reichsregierung zur Abhilfe der Fleischnot vorzubringen.

Die Meldung kann in dieser Form natürlich nicht richtig sein, denn der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat mit der Frage der Fleischnot nichts zu tun. Wahrscheinlich wird der sächsische Minister mit dem Reichskanzler und mit den Vertretern der preussischen Regierung verhandeln wollen, um eine Desserung der Grenzen zu erzielen. Vor kurzer Zeit noch hat die sächsische Regierung nach dem Muster der preussischen das Vorhandensein einer Fleischnot bestritten.

Ob der Reichskanzler geneigt sein wird, den Wünschen der sächsischen Regierung nachzukommen, das ist recht fraglich; denn der heftige Protest der konservativen Presse gegen die Einschränkung der Grenzsperrung und die gleichzeitige Ankündigung einer Seuchenschutz-Interpellation im Reichstage durch den Moniteur des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, haben ihre Wirkung im Reichskanzleramt nicht verfehlt. Wäre Jucht vor den Drohungen der Konservativen herrscht dort vor. Und tatsächlich scheut man denn auch, wie wir hören, davor zurück, die von Bayern gestellten Wünsche zu gewähren, nur eine größere Einfuhr von ausländischen Schweinen in Bayern will die Reichsregierung allenfalls zugehen. Doch wird noch zwischen dem Reichskanzler und Bayern unterhandelt, und wenn letzteres energisch auf seine Forderungen besteht, wird ihm voraussichtlich gestattet werden, außerdem noch eine beschränkte Zahl Rinder aus Frankreich nach seinen Hauptfleischmärkten einzuführen.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages hat deshalb zu geeigneter Zeit einen weiteren Vorstoß unternommen. Die Genossen Sindermann und Prähdorf wandten sich im Namen der sozialdemokratischen sächsischen Landtagsfraktion mit dem dringenden Ersuchen an die Regierung, Maßnahmen zur Linderung der bestehenden Fleischnot, insbesondere durch Desserung der Grenzen nach dem Beispiel Badens und Bayerns, zu treffen.

Der „Deutsch-argentinische Zentralverband zur Förderung wirtschaftlicher Interessen“, Berlin, hat eine längere Petition an den Reichstag gerichtet, in der er um Zulassung der Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch in Deutschland ersucht. In der Begründung heißt es:

Welche Bedeutung die Einfuhr argentinischen gefrorenen Rindfleischs für den englischen Markt hat, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1900 allein 2 381 543 englische Zentner im Gesamtwerte von 8 882 328 Pf. Sterl. zur Einfuhr gelangten.

Demnach dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß die Qualität des argentinischen Gefrierfleischs eine gute ist.

Die Preise für argentinisches Gefrierfleisch stellen sich nach amtlicher Aufstellung des deutschen Generalkonsulats London im Großhandel auf dem Londoner Zentralfleischmarkt am 1. September 1910 wie folgt:

Hinterviertel 24 Schilling pro englische Zentner (45,26 Kilogramm), also etwa 0,79 Mark pro Kilogramm.
Vorderviertel 27 Schilling der englische Zentner, also etwa 0,57 Mark pro Kilogramm.
Demgegenüber betragen zur selben Zeit die Preise für Rindfleisch im Kleinhandel in Berlin (nach der vom Königl. Preuss. Statist. Bundesamt herausgegebenen „Statistischen Korrespondenz“):
Hinterviertel . . . 1,90 M. pro Kilogramm
Vorderviertel . . . 1,78 „

Eine Schädigung der deutschen Landwirtschaft durch die Einfuhr gefrorenen Fleisches erscheint deshalb als ausgeschlossen, weil das gefrorene Fleisch stets nur als Qualität zweiter Klasse ein Nahrungsmittel der unbedeutendsten Klassen sein und somit der heimischen Ware keine Konkurrenz machen wird. Hierfür sprechen die diesbezüglichen Erfahrungen Englands. Dort stellte sich gegenüber dem oben angegebenen Preise von 79 M. pro Doppelzentner I. Qualität argentinischen Gefrierfleischs der Doppelzentner englischen Rindfleischs I. Qualität auf 111 M.

Dankte es sich für die konservativen und kirchlichen Agrarier tatsächlich um die Fernhaltung der Seuchengefahr, sie könnten gegen die Einfuhr von argentinischem gefrorenem Fleisch nichts einzuwenden haben; denn eine Verseuchung des deutschen Viehbestandes durch solches Fleisch ist völlig ausgeschlossen. Aber es handelt sich eben für sie nicht um Seuchenschutz, sondern um die Hochtreibung der Viehpreise. Das Gerede vom Seuchenschutz betrachten sie selbst nur als eine Verlegenheitskluge.

In Karlsruhe macht sich bereits die Wirkung der Einfuhr von französischem Schlachtvieh bemerkbar. Wie von dort gemeldet wird, hat die Einfuhr schon den Erfolg gehabt, daß die Fleischerinnung beschlossen hat, die Wurstpreise um 10 Pf. pro Pfund herabzusetzen. Eine Herabsetzung der Fleischpreise soll in aller nächster Zeit erfolgen.

Die wirkliche Militärvorlage.

Die Neuforderungen des Kriegsministers bilden in der militärischen Presse den Gegenstand abfälliger Kritik. General v. Voelck, der Förderer der vaterländischen Arbeitervereine, fragt empört: „Ist denn unser an wehrfähigen Männern so reiches Deutschland an Geldmitteln so arm, daß die zu den so geringen angeforderten Heeresvermehrungen notwendigen Unteroffiziere und Mannschaften durch Entlassungen bei den bestehenden Truppenteilen gewonnen werden sollen?“ Das Verdienst, der Frage die Schelle umgehungen zu haben, gebührt aber unstrittig dem militärischen Mitarbeiter der „Berliner Neuesten Nachrichten“. Er skizziert die Hauptwünsche des Heeres, wie sie diesen Sommer von der Heeresverwaltung „angebildet“ geplant waren, dahin: Vermehrung der Kadets durch Neuaufstellung dritter Bataillone bei den 33 Infanterieregimentern, die erst zwei Bataillone besitzen, Neuaufstellung der zweiten Feldartillerieregimenter bei der 37. und 39. Division, Verwirklichung der bayerischen Feldartillerieregimenter auf die Batteriezahl der übrigen deutschen Regimenter, Verstärkung der Trainobataillone um je eine weitere Kompanie.

Das deckt sich vollständig mit den Angaben, die der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 26. Juli gemacht hat. Aber auch diese Vorlage war bereits auf das berühmte „äußerste Maß“ beschränkt, in Wirklichkeit gingen die Pläne der Heeresverwaltung erheblich weiter. Nur dem von hoher Stelle unterstützten Nachgebote des Reichssekretärs sich fügend — also der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — hat die Heeresverwaltung klein beigetragen. Ob sie dabei als schmerzstillendes Pflaster die Zustimmung erhalten hat, daß ihr nach den Wahlen keine Schranken mehr gezogen werden sollen, ist uns nicht bekannt, wir halten es aber für sehr wahrscheinlich. Aus dem ganzen Treiben ergibt sich aber, daß die jetzigen Mehrforderungen bloß eingebracht wurden, damit der Reichstag nicht aus der Uebung kommt. Die wirkliche Militärvorlage ist fix und fertig, sie kommt nach den Neuwahlen.

Der Kampf der „Nationalliberalen Korrespondenz“ gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen.

In diesem Kapitel wird uns noch geschrieben:

Am Ende des vorigen und Anfang dieses Monats brachte die „Nationalliberale Korrespondenz“ in einigen ihrer Nummern eine Sammlung von Anketen und Wägen über sozialdemokratische Umtriebe in den Ortskrankenkassen. Um die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen zu vernichten, erscheint der „Nationalliberale Korrespondenz“ jedes Mittel recht, wenn es nur dazu dient, die Ortskrankenkassen-Vorstände bei den Scharmachern und der Regierung zu denunzieren. Wir glauben aber, daß selbst diesen Stellen Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Erzählungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ aufsteigen werden, denn wenn sie nur die geringste Probe ausüben, würde die Korrespondenz doch wenigstens die Orte nennen, wo sich die verschiedenen Begebenheiten abgespielt haben sollen. Bei der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wird wohl das Material hängen geblieben sein, mit dem Mitglieder des Reichswahrheitsverbandes vor einiger Zeit Aufsehen erregen zu können glaubten; sie mußten aber ihre Gewährsmänner sehr bald von den Hochschiffen abschütteln.

Um zu erfahren, was an dem „Material“ der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wahr ist, wandte sich der Reichstagsabgeordnete Eichhorn an die „Nationalliberale Korrespondenz“ mit dem Ersuchen, in das Material Einsicht nehmen zu dürfen. Das wurde ihm aber aus politischen Gründen verweigert. Die Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen zu Berlin, doch sicher eine berechnete Instanz, verweigerte nunmehr ihr Glück und sandte nachstehendes Schreiben an die genannte Zeitschrift:

„An die Redaktion der „Nationalliberalen Korrespondenz“

Berlin W. 9.
In der Nummer vom 4. d. M. bringen Sie in Ihrer geschätzten Zeitung eine Notiz über sozialdemokratische Ortskrankenkassen und bemerken dabei, daß für die bezüglichen Material jedermann zur Einsicht frei steht, sofern er ein Interesse daran hat und einen vertrauenswerdenden Eindruck macht.

Ich gestatte mir nun die ergebene Anfrage, ob und wann es mir gestattet ist, in dieses Material Einsicht zu nehmen.

Für Ihre Freundlichkeit im voraus verbindlich dankend, gestatte ich mir, ein Preiswert mit der Bitte um baldigste Antwort ergebendst beizufügen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen

Engelstraß 15, Berlin.

gez.: E. S i m a n o w s k i, Vorsitzender.“

Hierauf ging ihr am 11. November 1910 folgende Antwort zu:

„Nationalliberale Korrespondenz“

Berlin W. 9, 10. November 1910.

Schellingstr. 9.

An

die Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen

z. D. des Herrn E. S i m a n o w s k i

SO. 16, Engelstraß 15.

Auf Ihr gest. Schreiben vom 9. d. M. erwidere ich ergebendst, daß ich bedauere, Ihnen die erbetene Einsicht in das von der „National. Korr.“ veröffentlichte Material über die sozialdemokratische Aktivität in den Ortskrankenkassen nicht gewähren zu können. Ich bemerke dabei, daß Ihnen bei der Bezugnahme auf die Zeitung in Nr. 235 der „Nationalliberalen Korr.“ infolgedessen ein Irrtum unterlaufen ist, als wie für die Einsichtnahme nicht nur die Bedingung eines vertrauenswerdenden Eindruckes, sondern auch die weitere Bedingung aufgestellt haben, es müsse Gewähr dafür gegeben sein, daß die „auf diese Weise erlangte Kenntnis der Namen und Orte nicht zu Nachteilen gegen die Einsender benutzt wird“. Sie haben das offenbar übersehen. Wir müssen diese Gewähr eo ipso als nicht vorhanden ansehen bei Mitgliedern der Sozialdemokratie und bei solchen Persönlichkeiten, welche dieser Partei nahe stehen. Im übrigen haben wir nur einen kleinen Teil der uns übersandten Anlagen veröffentlicht und zwar denjenigen, bei dem die Zuverlässigkeit der Einsender und ihrer Angaben zweifellos festzustellen werden konnte.

Ergebendst

gez. Dr. Fritz Stephan Neumann.“

Die Kunde, mit der sich Dr. Neumann auch der Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen gegenüber um die Vorlegung seines „Materials“ herumdrückt, ist ebenso laut, wie die Andenken gegenüber dem Abg. Eichhorn und der „Leipziger Volkszeitung“. Wenn irgend eine Stelle berufen ist, Klarheit über vermeintliche Mißstände in den Ortskrankenkassen zu schaffen, so doch sicher die Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen, die nicht nur die Interessen der Krankenkassen wahrnimmt, sondern auch in ihrer jahrelangen Arbeit stets aufs Ehrigste bestrebt war, etwa auftauchende Unzutrefflichkeiten in den Kassen zu beseitigen. Wer die verdienstvolle Tätigkeit dieser Zentralstelle verfolgt hat, wird uns darin nur zustimmen. Und nun besigt die „Nationalliberale Korrespondenz“ die Unberechenbarkeit, dieser Zentrale dieselben unanständigen Profile zu unterstellen, die bei den nationalliberalen Arbeitgebern, wie allemählig festliegt, gang und gäbe sind.

Wird die „Nationalliberale Korrespondenz“ dabei, auch jetzt und fernerhin Anschuldigungen zu ergehen, ohne bestimmte Orte oder Namen zu nennen, so muß sie sich schon gefallen lassen, daß ihre sensationellen Schwindelnachrichten auch als Schwindel bezeichnet werden.

Das Zentrum in Baden.

Aus Offenburg wird uns telegraphiert:

Mittwoch fand die Landesversammlung des badischen Zentrums in Offenburg statt. Ueber die politische Lage sprach der Chef der Partei, Reichstagsabg. Wacker, über die Finanzreform Herr Lehner und über die Reichstagswahlen Herr Schöfer, der die Aussichten des Zentrums als sehr günstig bezeichnete. Der 9. (Durlach-Förzheim) und 10. Kreis (Karlsruhe-Bruchsal) konnte durch ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie abgenommen werden. Die Versammlung nahm eine im reinsten Scharfmacherstil gehaltene Resolution gegen die Sozialdemokratie an, deren Verwirklichung die wichtigste Aufgabe der Regierung und der bürgerlichen Parteien sei. Die Nationalliberalen und Herr v. Bodman werden in bezüglichen Worten beauftragt, der Sozialdemokratie Vorstoß zu leisten. Das Zentrum würde den gemeinsamen Kampf aller bürgerlichen Parteien durch die Sozialdemokratie freudig begrüßen und eine solche Sammlung lebhaft unterstützen.

Die Versammlung hat wiederum gezeigt, daß das Zentrum seit dem Abschluß des schwarzblauen Bündnisses zu einer reaktionären Gefahr der schlimmsten Art geworden ist.

Die Warenhäuser und der Wahlfonds des Hanfahundes.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V., bringt folgendes Schreiben zur Verlesung:

Vertraulich! Berlin, 10. November 1910.

An unsere Herren Verbandmitglieder!
Rundschreiben Nr. 28/1910.
Vetr. Wahlfonds des Hanfahundes.

Wie Ihnen bekannt, ist der Hanfahund gegenwärtig mit der Sammlung eines Wahlfonds für die nächsten Reichstagswahlen, die erst im November 1911 stattfinden sollen, beschäftigt. Der Hanfahund bezweckt, wie wir Ihnen positiv mitteilen können, die Befestigung der agrarisch-konservativen Herrschaft und damit die Realisation in Deutschland. Eine bessere, d. h. liberalere Zusammensetzung des Reichstages ist der erste Teil seines Programms, dem dann die Verbesserung der Verhältnisse in den Einzelstaaten und in der Verwaltung folgen soll.

Alle gewerblichen Kreise müssen deshalb die größten Anstrengungen machen, daß das erste Eingreifen des Hanfahundes von vollem Erfolge gekrönt wird. Eine weitgehende Beeinflussung der Wahlen ist aber nur möglich, wenn der Hanfahund über die erforderlichen Geldmittel verfügt; darum müssen Handel, Gewerbe und Industrie diesmal das größte Opfer bringen und tief in die Taschen greifen; wenn das nicht geschieht, sind alle Bemühungen für diesmal und auch für die Zukunft fruchtlos.

Wir bitten Sie daher, seine Opfer scheuen zu wollen, vielmehr dem Vorstände des Hanfahundes ihrer Ortsgruppe bzw. Ihres Provinzialverbandes namhafte und möglichst große Summen zur Verfügung zu stellen.

Zugleich bitten wir Sie, uns die Höhe des von Ihnen geleisteten nur einmaligen Beitrages baldmöglichst mitzuteilen, damit wir dem Hanfahunde im Interesse der Verstärkung des Gewichtes und Einflusses unseres Verbandes die Gesamtlumme, die unsere Verbandmitglieder für den Wahlfonds geleistet haben, angeben können.

Wir hoffen seine Fehltritte zu tun, wenn wir an Ihre Opferwilligkeit appellieren und begründen Sie

mit folgender Hochachtung
Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V.
(gez.) Oskar Tieg, Vorsitzender.
(gez.) Dr. J. Bernide, Generalsekretär.

Militärische Jugendzucht.

Generalleutnant z. D. v. Reichenau behandelt im „Scherl'schen Tag“ das gegenwärtig sehr aktuelle Thema der militärischen Jugendzucht. Der Verfasser wendet sich mit aller Schärfe gegen die Soldatenspielerlei, die gegenwärtig namentlich von den bestgehenden Ständen angehörigen Jugend getrieben wird. Das Urteil, das er fällt, ist außerordentlich scharf. Er bemerkt, daß wer jahrelang Soldat gespielt hat, wird sich schlecht mit den Forderungen der Disziplin abfinden. Der Uniformierung und Ausrüstung der Knaben-Truppenteile wohne ebenfalls lediglich der Charakter der Spielerlei inne. Dann heißt es:

„Die jugendliche Soldatenspielerlei erfüllt ferner die Knaben nur zu leicht mit einer Steltheit und Ueberhebung, die den sonstigen Aufgaben der Erziehung hinderlich werden muß. Uniformen, Fahnen, Paraden, öffentliche Bewunderung und Hurrarbeitsfall bringen den Knaben falsche Begriffe über ihre Können und die Bedeutung ihrer Leistungen bei. Das ist ungesund, verdirbt den Charakter, tilgt die Harmlosigkeit kindlicher Auffassung aus und begünstigt die Neigung zur Großmännlichkeit, die der modernen Jugend ohnehin gefährlich ist. Das beeinträchtigt auch die aufmerksame Hingabe an den Schulunterricht. Kann man erwarten, daß Knaben, denen noch die ihnen geltenden Hurras von gestern in den Ohren klingen, heute geneigt sein werden, sich aufmerksam mit wissenschaftlichen Dingen zu beschäftigen? Es taugt nichts, wenn Kinder an die Dessenlichkeit gezogen werden!“

Was wird der Kriegsdienst v. Speeringen dazu sagen, der im vorigen Jahre einige Offiziere des Kriegsministeriums damit beauftragte, einer Parade der Berliner Jugendwehr amtlich beizuwohnen. So viel und erinnerlich, hat sich einer der Offiziere höchst anerkennend ausgesprochen. Ein Urteil, das von dem Unternehmer, der diese Jugendwehr leitet, sofort geschäftlich ausgelegt wurde. Die Auslassungen des Generals v. Reichenau stehen in schroffem Widerspruch zu den Ansichten, die man im Kriegsministerium über diese Soldatenspielerlei hat. Man wird dem General v. Reichenau zustimmen müssen, wenn er dafür eintritt, daß man die Jugend zu geübten, kräftigen, charakterfesten Menschen erziehen solle. Allerdings gehen die Ansichten über die Wege, die zu diesem Ziele führen, ganz erheblich auseinander. Die Vertreter der Sozialdemokratie sind im Reichstag schon vor langen Jahren für eine bessere körperliche Ausbildung der Jugend eingetreten. Insbesondere war es Bebel, der diesen Gedanken stets mit allem Nachdruck verfochten hat. Heute ist die Militärverwaltung selbst durch die Not der Zeit gedrängt, dem Gedanken der besseren militärischen Ausbildung der Jugend nachzutreten, nur daß sie diese Ausbildung mit einer ebenso iden wie unsinnigen Soldatenspielerlei erreichen will.

Die Erste Kammer im elsass-lothringischen Verfassungsplan.

Die Straßburger „Post“ veröffentlicht aus dem Entwurf der Verfassung für Elsass-Lothringen ausführliche Angaben über die Zusammensetzung der Ersten Kammer. Danach soll sich die Erste Kammer folgendermaßen zusammensetzen: Zunächst enthält sie 6 ständige Mitglieder, die auch bei der jeweiligen Neubildung der Kammer für 5 Jahre, ebenso wie bei jeder Neuzusammensetzung nach dieser Auffassung Mitglieder bleiben würden. Das sind die Bischöfe von Straßburg und Metz, der Oberlandesgerichtspräsident, der Präsident des Oberkonsistoriums der römisch-katholischen Konfession und der Präsident des Synodalverbandes der reformierten Kirche. Für die israelitische Weltgemeinschaft kommt kein ständiges Mitglied in Betracht, weil kein gemeinsames Oberkonsistorium besteht, sondern es wird für jede neue Legislaturperiode ein Mitglied der drei israelitischen Konfessionen neu zu wählen sein. Ebenso wird die Universität ihren Vertreter in die Erste Kammer aus der Zahl der ordentlichen Professoren jeweils neu zu wählen haben. Weiter enthält die Erste Kammer 4 gewählte Vertreter der Gemeinderäte der vier großen Städte Straßburg, Metz, Mühlhausen, Kolmar, drei gewählte Mitglieder des Landwirtschaftsrats für Elsass-Lothringen, je einen gewählten Vertreter der Handelskammern Straßburg und Metz und einen gemeinsamen Vertreter der beiden Handelskammern in Straßburg und eventuell 1 bis 3 gewählte Mitglieder noch zu schaffender Arbeitervertretungen, also zusammen 15 bis 21 Vertreter von Körperschaften. Dazu kommen die vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats zu ernennenden Mitglieder der Ersten Kammer, die die Hälfte der Gesamtzahl der Mitglieder nicht überschreiten dürfen.

Zu diesen Absichten bemerkt die Straßburger „Post“, daß es außerordentlich schwierig sein werde, aus der einzelstaatlichen Bevölkerung eine genügende Zahl Männer in die Erste Kammer zu entsenden, die die höhere Bürgerschaft für eine unbedingt reichstreu deutsche Gesinnung und Haltung leisten würden. Es komme aber alles darauf an, daß die Zusammensetzung der Ersten Kammer die oppositionelle Wirkung der Zweiten Kammer ausgleiche.

Nationalliberal-freistänige Meldungen.

Gestern fand in Köln zwischen gewählten Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen der Rheinprovinz eine Besprechung statt, um über eine Einigung beider Parteien für die nächsten Reichstagswahlen Beschluß zu fassen. Wie die „Frankf. Zeitung“ erzählt, ist im Prinzip eine volle Einigung zwischen den Vertretern der beiden Parteien erzielt worden, die von dem Gesamtvorstande der beiden Parteien allerdings noch zu genehmigen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Graz, 17. November. (Privattelegramm.) Bei der gestrigen Gemeindevorwahl errangen unsere Genossen im dritten Wahlkörper trotz des stark beschränkten Wahlrechts einen glänzenden Erfolg. Die Hauptstadt der Steiermark wählte sechs Sozialdemokraten, darunter den Redakteur des „Arbeiterwillen“, Gen. Dr. Schacherl und den Reichsratsabgeordneten Gen. Pongrach.

Spanien.

Ein Übereinkommen mit Marokko.

Madrid, 17. November. Zwischen Spanien und Marokko ist ein Übereinkommen abgeschlossen worden, wonach Spanien die Verwaltung des Teiles des Rifgebietes, der von den spanischen Truppen besetzt ist, und von Alhucemas und Penon erhält, ferner eine Entschädigung von 65 Millionen Pesetas, die in 75 Jahresraten zu entrichten ist. Mit dem Abschluß dieses Vertrages dürfte die Gefahr eines neuen Kolonialkrieges fürs erste abgewendet sein.

England.

Die politische Lage.

London, 17. November. (Privattelegramm.) Die Konservativen haben den Kampf ins Oberhaus verlegt. Die Lords verlangen, daß ihre Beschlüsse über die Vetoresolutionen abgewartet werden, bevor das Land befragt wird. Sie wollen der Wahlparole der Liberalen ein eigenes Programm der Oberhausreform entgegenstellen, das zwar das Prinzip der Erbliberalität stark einschränkt, aber eben dadurch den Einfluß des Oberhauses verstärken würde. Zugleich waren gestern Gerüchte im Umlauf, daß der König die Garantie, die Asquith verlange, nicht gewähren wolle. Bekanntlich hat Asquith sich verpflichtet, nur dann die Regierung fortzuführen, falls er die Sicherheit habe, daß nach einem liberalen Wahlsieg der König so viele liberale Lords ernenne, daß das Gesetz gegen die Lords auch im Oberhaus auf sichere Annahme rechnen könne. Bei Verlegung dieser Garantien wäre Asquith nach seinen eigenen Ankündigungen zum Rücktritt verpflichtet gewesen. Heute scheint aber das Verbleiben der Regierung und die Auflösung des Hauses sicher.

Die hochoffizielle „Westminster-Gazette“ erzählt, daß die Absicht der Regierung, das Parlament möglichst bald aufzulösen, nach wie vor feststehe. Es wird beabsichtigt, das Budget noch vor der Auflösung zur Annahme gelangen und die Budgetdebatte im Unterhause erledigen zu lassen, während die Lords über die Vetobill beraten. Man kann daher annehmen, daß das Parlament nicht später als Montag in acht Tagen aufgelöst wird. Unter diesen Umständen wird die Debatte im Oberhaus zur reinen Farce, um so mehr, da die Regierung bereits angekündigt hat, keinerlei Änderungen an ihrem Gesetzesvoranschlag zu akzeptieren.

Die Oberhausführung.

London, 16. November. Oberhaus. Das Haus ist nicht bereit, Lord Lansdowne verlangt die unverzügliche Vorlage der Vetoresolutionen und erklärt zur Begründung:

Es ist uns zu verstehen gegeben worden, daß wir uns am Vorabend einer Auflösung des Parlaments befinden. Eine der Folgen der Auflösung wird darin bestehen, daß alle jetzt dem Parlament vorliegenden Angelegenheiten auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Eine andere Folge der Auflösung wird zweifellos die sein, daß die Finanzen in einen Zustand unheilbarer chaotischer Verwirrung gebracht werden, wie man sich bei einem früheren Anlaß ausgedrückt hat. (Gelächter auf Seiten der Opposition.) Eine Auflösung würde auch eine Verzögerung der Beratung von Rosebergs Reformresolutionen und der Parlamentsbill der Regierung verursachen. Wenn sich das ereignen sollte, so würde es ein sehr leichtfertiger Affront für das Parlament sein. Er sei geneigt, die Ansicht zu vertreten, erstens, daß eine Verminderung der Anzahl der Peers wünschenswert sei, zweitens, daß kein Peer im Oberhaus lediglich aus erblichem Recht sitzen und bestimmen solle, drittens, daß das Oberhaus von außen entweder durch Ernennung oder durch Wahl verstärkt werden müsse. Seine Partei sei ferner bereit, wenn möglich Mittel zu erwägen, durch welche die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Oberhaus und dem Unterhause vielleicht in vernünftiger und wenn möglich freundschaftlicher Weise ausgeglichen werden könnten. Er möchte wissen, was geschehen sei, um die Regierung zu veranlassen, alles durch eine heilige Auflösung des Parlaments kurz abzuschneiden. Die einzige Antwort auf diese Frage sei — soweit er gewahr werde —, daß in der Zwischenzeit die Vetokonferenz gescheitert sei. Aber wir haben absolut kein Recht zu der Annahme, fuhr der Redner fort, daß acht Mitglieder beider Parteien nicht zur Übereinstimmung gelangen könnten, das Parlament der Gegenwart herab zu werden soll. Sie sind mit diesen so wichtigen Problemen zu beschäftigen. Die Regierung sollte in beiden Häusern mit ihren Vorschlägen vorwärtsgehen.

Hierauf brachte Lord Crewe namens der Regierung die Parlamentsbill ein, die sodann in erster Lesung formell angenommen wurde. Der Minister erklärte sodann:

Die Vetoresolution der Regierung seien wieder feindselig noch unverträglich mit der Reform des Oberhauses. Lord Lansdowne wünsche anscheinend mehr Zeit für das Oberhaus, sich zu reformieren, bevor die Frage der Beziehungen der beiden Häuser zueinander in Erwägung gezogen würde. Niemand habe das Oberhaus bezüglich der Reformfrage gedrängt, die seit vielen Jahren dem Hause wie dem Lande vorgelegen habe. Aber nichts sei geschehen, und es sei anscheinend nur eine geringe Annäherung für eine Einigung über die Methode der Reform vorhanden. Es sei überaus bewiesen worden, daß es aussichtslos sei, zu versuchen, die Frage durch eine Verständigung in diesem Parlament zu lösen. Er nehme nicht lediglich an, daß dies aussichtslos sei, sondern er wisse es. (Beifall auf Seiten der Regierungspartei.) Das Oberhaus sei berechtigt, seiner Ansicht über die Vetobill Ausdruck zu geben, aber die Regierung könne keine Amendments diskutieren. Die Regierung sei bereit, die Bill dem Hause vorzulegen, damit es dieselbe annehme oder ablehne, aber es würde ein vollständiges Possenspiel sein, zu versuchen, im Hause alle die Punkte zu diskutieren, die in der Konferenz diskutiert worden seien.

Nachdem Lord Rosebery sodann angekündigt hatte, daß er morgen seine Reformresolutionen beantragen werde, erklärte Lord Lansdowne, in Anbetracht der Weigerung des Carl of Crewe, eine Diskussion von Amendments zuzulassen, sei es zweifelhaft, ob die Vetobill überhaupt

mit Nutzen diskutiert werden könnte. Aber er werde seine Kollegen über diese Angelegenheit befragen. Es sei jedoch schwierig für die Lords, sich zu entscheiden, bevor Asquith am Freitag seine Erklärung abgegeben habe.

Dem Vernehmen nach wird die zweite Lesung der Parlaments-Veto-Bill im Oberhause am Montag stattfinden.

Rußland.

Zarische Justiz.

Moskau, 17. November. Der Appellhof sprach heute das Urteil gegen 31 Personen, welche wegen Zugehörigkeit zur revolutionären Partei angeklagt waren. Drei wurden zu Zwangsarbeit, zehn zur Verhaftung und die Mehrzahl der übrigen Angeklagten zu Festungshaft verurteilt.

Türkei.

Der Belagerungszustand.

Konstantinopel, 16. November. Nach zuverlässigen Nachrichten ist zwischen den Mitgliedern des Kabinetts ein Einvernehmen dahin erzielt worden, daß der Belagerungszustand mit dem 18. April 1911 aufgehoben werden soll. Dagegen soll das Freizuggesetz verschärft werden.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 17. November.

Die Unterkommission zur Beratung des Entwurfs v. Campy nach dem die Kleinunternehmer von den Berufsgenossenschaften abgetrennt und in Genossenschaften für bestimmte Bezirke abgetrennt werden sollen, erstattete Bericht. Danach habe die Aussprache ergeben, daß die Absonderung der Kleinunternehmer im Rahmen des jetzigen Entwurfs nicht zweckmäßig, ja sogar nicht einmal durchführbar sein würde. Dagegen sei die Befreiung der Kleinunternehmer in Bezug auf die Verwaltung tatsächlich rechtlos sein.

Nachgehend seien einzeln und allein einige wenige Großunternehmer. Für die große Masse der Kleinunternehmer bestche die so viel gerühmte Selbstverwaltung gar nicht.

Demgemäß beantragte das Zentrum, daß in einer Genossenschaft, in der verschiedene Gewerbezweige oder Betriebsarten (große, mittlere, kleine Betriebe) vereinigt sind, diese im Vorstände möglichst vertreten sein sollen. Der Antrag wurde angenommen, obgleich damit für die Kleinunternehmer so gut wie gar nichts erreicht ist.

Für die

Unfallverhütung

ist ein Antrag der Sozialdemokraten wichtig. Er bezieht sich auf eine Vereinfachung, die auf Anregung der Konservativen beschlossen worden ist. Nach dem geltenden Gesetz und ebenso nach der ursprünglichen Fassung des Entwurfs muß jeder Unternehmer, der mehrere selbständige Betriebe verschiedenartiger Gewerbezweige hat, den Berufsgenossenschaften für alle diese Gewerbezweige angehören. Für solche Fälle wurde beschlossen, daß der Unternehmer auf seinen Antrag mit allen seinen Betrieben nur einer Berufsgenossenschaft zugeteilt wird, wenn die Betriebe in dem Bezirk desselben Oberverwaltungsamts liegen und in ihnen zusammen nicht mehr als 10 Versicherungspflichtige beschäftigt werden.

Die Sozialdemokraten wiesen im Anschluß hieran auf einen Mißstand hin, der schon jetzt in den Nebenbetrieben besteht, sich aber in Zukunft auch bei den Betrieben zeigen wird, die nach der neuen Bestimmung einer anderen Genossenschaft zugewiesen sind, als sie nach ihrer Natur angehören müßten. Auf alle diese Betriebe würden nämlich die Unfallverhütungsvorschriften, die für die Betriebe dieser Art erlassen sind, nicht gelten, da jeder Betrieb nur den Unfallverhütungsvorschriften derjenigen Berufsgenossenschaft unterworfen ist, der er angehört. Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß in jedem Falle die Unfallverhütungsvorschriften derjenigen Berufsgenossenschaft zur Anwendung kommen müßten, der der Betrieb nach seiner Natur angehören müßte. Dies würde dann auch sowohl für die Nebenbetriebe als auch für die selbständigen Betriebe befehlen.

Im übrigen gab sich der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler die größte Mühe, die schon ohnedies nur zu ungenügenden Bestimmungen über die Unfallverhütung noch weiter zu verschlechtern. Er hatte damit aber kein Glück.

Nächste Sitzung Freitag.

Aus der Partei.

Das Jubiläum eines Arbeiterblattes.

Stockholms „Socialdemokraten“ konnte am 18. Novbr. dieses Jahres das 25jährige Jubiläum seines Bestehens feiern. Es war am selben Datum des Jahres 1885, als, abgesehen von einigen früher herausgegebenen Probenummern, die erste Nummer des Blattes erschien, das von da ab regelmäßig einmal wöchentlich herauskam, bis es im April 1899 in ein Tagesblatt umgewandelt wurde. „Socialdemokraten“ war das erste sozialdemokratische Organ in Schweden, das Bestand hatte. Wahl hatte der Schneider August Palm, ein auch jetzt noch außerordentlich eifriger Parteigenosse, schon im Jahre 1882 in Malmö eine kleine Zeitung „Folkviljan“ — „Der Volkswille“ — gegründet, sah sich aber bald genötigt, um nicht wirtschaftlich zugrunde zu gehen, das Blatt aufzugeben und die Stadt zu verlassen. Er ging nach Stockholm, wo es ihn und dem kleinen Kreis von Genossen im Sozialdemokratischen Verein dann drei Jahre später gelang, mit einem Kapital von 108 Kronen das Blatt ins Leben zu rufen, das sich von Anfang an schon durch seinen Titel zur Sozialdemokratie bekannte. „Socialdemokraten“ ist am Montag in einer illustrierten Jubiläumsausgabe erschienen, in der Hjalmar Branting, der seit einiger Zeit wieder die politische Redaktion des Blattes übernommen hat, einen Überblick über die verflochtenen 25 Jahre gibt, und August Palm sowie andere Genossen die Entwicklung des Blattes schildern.

Gemeindevorwahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Köthen eroberte unsere Partei vier Mandate von neun zu besetzenden. Bisher hatten wir nur ein Mandat in Besitz. Der Stimmenzuwachs gegenüber der Wahl von 1908 beträgt 200.

Einen schönen Erfolg erzielten unsere Parteigenossen bei der Stadtverordnetenwahl in Hildes bei Düsselhof. Auf die Kandidaten der Sozialdemokratie fielen 401 Stimmen, das Zentrum brachte es auf 485 und die Liberalen auf 50 Stimmen. Es ist Etwaß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie erforderlich. Der Stimmenzuwachs, den die Sozialdemokratie zu verzeichnen hat, ist ein ganz enormer, wenn man berücksichtigt, daß sie im Jahre 1906 auf ihre Kandidaten nur 49 und im Jahre 1908 nur 138 Stimmen vereinte.

Bei der Gemeindevorwahl in Eichholz-Sichtendorf (Wahlkreis Dortmund-Hörde) legten unsere Genossen in der dritten und zweiten Abteilung. Die Gegner verfügen nur noch über die erste Abteilung. Eichholz-Sichtendorf ist die vierte Landgemeinde im Wahlkreis Dortmund-Hörde, in der unsere Genossen über die Mehrheit verfügen.

Gewerkschaftliches.

Die Gärung unter den Arbeitern Großbritanniens.

London, den 15. November. (Eig. Ber.)

Ich habe eben eine längere Unterredung mit dem Genossen Tom Mann gehabt, der von einer Agitationstour durch Großbritannien nach London zurückgekehrt ist. Tom Mann bespricht als die dringendste Reform für die britische Gewerkschaftsbewegung die Zentralisierung der vielen bestehenden Organisationen in große Industriebünde. In Südwesten war er Augenzeuge der von der bürgerlichen Presse so übertriebenen Vergarbeiterunruhen. Ich befragte ihn daher über die Vorkommnisse im Streikgebiet.

Neunzehn zwanzigstel von dem, was die bürgerliche Presse über die Unruhen in Südwesten geschrieben hat, ist erlogen und erfunden, erwiderte er mir. Er beschrieb mir darauf die Umzüge der Streikenden, die sich in ordentlicher Weise vollzogen hätten, wo die Polizei die Leute in Ruhe gelassen habe. In Südwesten bei den Vergarbeitern wie bei den Kesselschmiedern, die er ebenfalls besucht habe, sei das große Uebel der Mangel einer einheitlichen Organisation. Neben der großen Vergarbeiterorganisation beständen noch eine Reihe kleinerer unabhängiger Organisationen von Arbeitern, die auf der Suche arbeiten. So gebe es eine Gewerkschaft der Lokomotivführer, die die Kohle auf den unterirdischen Strecken befördern, ferner eine Organisation der Fördermaschinenarbeiter (engine winders) und andere mehr, die bei einem Streik der Vergarbeiter nicht mithelfen und wie jetzt in Wales den günstigen Verlauf des Ausstandes beeinträchtigen. Solange diese Arbeiter auf ihrem Posten blieben und die Anlagen in gutem Zustand hielten, hätten die Vergarbeiter in Südwesten keinerlei Verluste zu erwarten; denn für die ausfallende Produktion würden sie aus der Kasse des Unternehmerverbandes entschädigt. Er hoffe, daß dieser Streik dazu führen werde, eine einzige, alle Arbeiterkategorien im Bergbau umfassende Organisation zu schaffen.

Ueber die allgemeine Unruhe unter den Arbeitern im Lande äußerte sich Tom Mann, daß sich, so weit seine Erfahrungen reichten, noch nie eine solche Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und mit der Unzulänglichkeit der heutigen Gewerkschaftsorganisation in Großbritannien gezeigt habe wie jetzt. Selbst die Arbeiter, die man gewöhnlich zu den konservativen Elementen rechnet, wachen auf. Ueberall fand der Genosse das britische Proletariat ernstlich bestrebt, die von den Sozialisten ausgestreuten Ideen zu verstehen. Ihm, der zu Anfang des Jahrhunderts nach Australien ging und erst vor sechs Monaten wieder heimkehrte, sei dieser Wandel als eine freudige Ueberraschung gekommen. Nie zuvor habe die sozialdemokratische Bewegung in Großbritannien einen besseren Boden zur Entfaltung gehabt, wie gerade jetzt.

Was der Genosse über die Sonderorganisationen der Maschinisten und anderer Arbeiter in der Bergwerkindustrie sagt, wird man auch in Schottland in aller nächster Zeit studieren können. Dort bestand schon vor der Gründung des schottischen Vergarbeiterverbandes eine Gewerkschaft der Fördermaschinenarbeiter. In der letzten Zeit sind Versuche gemacht worden, diese kleine Gewerkschaft mit dem Vergarbeiterverband zu verschmelzen. Die Bestrebungen sind aber bisher immer an dem Verlangen der kleinen Organisation, das gleiche Stimmrecht zu haben wie die 70—80 000 Vergarbeiter, gescheitert. Augenblicklich kämpfen die schottischen „engine winders“ um den Akt und Entag. Sie haben schon darüber abgestimmt, ob sie in einen allgemeinen Streik eintreten sollen; das Resultat der Abstimmung wird aber vorläufig, solange die Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt sind, noch geheim gehalten. Gleichzeitig haben sie, ohne Bedingungen zu stellen, den schottischen Vergarbeiterverband erachtet, sie aufzunehmen. Treten sie in den Streik, so werden wir in Schottland in den nächsten Wochen eine allgemeine Stilllegung der Bergwerkindustrie erleben.

Ein gutes Omen für die zentralistische Entwicklung der britischen Gewerkschaften ist der Antrag der Maschinenbauer (engineers), die Gewerkschaften der Maschinenbauer und Werkarbeiter zu einer Organisation zu vereinigen. Das Exekutivkomitee der Maschinenbauer hat an die Vorstände der verschiedenen in Betracht kommenden Organisationen eine Einladung zu einer Konferenz geschickt, der ein Einigungsplan unterbreitet werden soll.

Berlin und Umgegend.

Beschwerden der Hilfsarbeiter in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Eine Betriebsversammlung der Stah- und Kernstromfabrik, Abteilung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, fand am Dienstagabend bei Kirchhofstraße statt. Es standen allerlei Mißstände in dem Betriebe zur Besprechung, durch Promke vom Deutschen Transportarbeiterverband in einem Vortrage beleuchtet, denn es handelte sich besonders um die Baker, Lager-, Expeditionsarbeiter und Hilfsarbeiter überhaupt. Die Löhne sind hier sehr niedrig; Arbeiterinnen werden mit 17 bis 20 Pf. Stundenlohn eingestellt und Arbeiter mit 35, 38 und 37 Pf. Eine Arbeitszeit von 11, 12 und 18 Stunden wird nicht selten verlangt. Von der Organisation will man nichts hören, man erschwert und verweigert es den Arbeitern, den Verbänden sich anzuschließen, die ihre Interessen vertreten, obgleich der Generaldirektor Rathenau selbst erklärt hat, daß den Arbeitern in dieser Beziehung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen. Jüngst hat man erst zwei Vertrauensleute entlassen, und die Gründe der Entlassung erscheinen den Arbeitern als sehr ungenügend. Auch die Kommissionsmitglieder, die gelegentlich Verhandlungen führen, fühlen sich bedroht. Zahlreiche Beschwerden über die Zustände im Werk sind laut geworden. Unter anderem wird über schlechte Behandlung durch den Obermeister Prähslich geklagt. Speise- und Garberoberräume sind mangelhaft; es fehlt an Klosetts, und die Leberwurstung über das Berweilen in den Klosetts (!) wird als sehr ungebührlich empfunden. In der Bäckerei ist die Belüftung sehr schlecht; in der Klobfabrik, wo eine drückende Hitze herrscht, fehlt es an genügender Ventilation. — Manche Kritik wurde in der Diskussion noch geübt und als Mittel zur Beseitigung der Mißstände eine bessere Organisation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen empfohlen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß sehr viel an den Arbeitern selbst liegt, die sich zum Beispiel die besagte grobe Behandlung verbitten müßten und die manche Mißstände durch energisches Drängen nach Abstellung bekämpfen könnten. Der organisierte Arbeiter finde dann in seinem Verbandsrat immer die beste Rückenbedeckung.

Lohnbewegung der Kranzbinden. Zu den Firmen, welche den Tarif anerkannt, ist jetzt noch Breuß, Puitlamerstr. 18, hinzugekommen. Breuß hat schon mit Beginn der Lohnbewegung Verantw. Abst.: Richard Barth, Berlin. Insuperantell verantw.

die geforderten Löhne gezahlt, doch fehlte bisher die formelle Anerkennung des Tarifes. Diese ist jetzt erfolgt. Damit gelten auch die Betriebsverhältnisse der Arbeiter von Breuß: Koschel, Charlottenburg, sowie Norden, Zimmermann, Sief, Niemei in der Markthalle II (Friedrich- und Lindenstraße) als geregelt.

Gesperrt sind noch folgende Firmen: Bethge, Streifher Straße 2 (Liesert Markthalle Uderstraße), Kolbe, Elisabethstraße 12, Kleiner, Grenadierstraße, Drozdowski, Rigdorf, Osterstraße. Die letzteren drei liefern vielfach für Rigdorfer Blumengeschäfte.

Kollegen aus den Blumengeschäften, sorgt dafür, daß keine Ware aus den gesperrten Kranzbindereien verarbeitet wird.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister Jernke, NO. 43, Landwehrstr. 15 (Reparaturwerkstatt), suchte am letzten Sonntag in der „Volkzeitung“ Arbeiter. Diesesmal wurden vom Arbeitgeber gefragt, ob sie dem Verbandsangehörigen. Bei Bejahung der Frage wurde den Arbeitssuchenden gesagt: „Solche Leute kann ich nicht gebrauchen!“ Dem Organisationsvertreter, der sich über den Sachverhalt informieren wollte, wurde die Tür gewiesen. Die organisierten Kollegen mögen dieses beachten.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Allgemeiner Streik in den Schraubenfabriken Berlins.

Die in den Schraubenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen gestern Abend in einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung in den „Andreasfälen“ den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Der große Saal war samt den Galerien bis auf den letzten Stehplatz gedrängt voll. Die Verhandlungen hatten erst am selben Nachmittag stattgefunden und von 4 bis 7 1/2 Uhr gedauert. Aus dem Bericht, den Handke gab, ist zu entnehmen, daß es hinsichtlich der Einstellungs- oder Mindestlöhne nach langem Hin und Her, vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung, zu einer Einigung zwischen den Vertretern der Parteien gekommen war. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an der Forderung einer prozentualen Erhöhung der Akkordpreise. Die Vertreter der Arbeitnehmer bestanden festweges unbedingt auf die gestellte Forderung von 10 bis 15 Proz., sondern zeigten sich bereit, den Arbeitgebern soweit wie nur irgend möglich entgegenzukommen, um auf die eine oder andere Weise eine annehmbare Erhöhung des Wochenverdienstes bei Akkordarbeit zu erzielen. Das Zugeständnis, daß die Vertreter der Arbeitgeberorganisation schließlich als ihr äußerstes Angebot machten, besagte, daß die Akkordpreise nach Bedarf so erhöht werden sollten, daß der Stundenverdienst um 5 Proz. steigt. Uebriens erklärten sie auch, daß es noch festweges sicher sei, ob ihre Mandatgeber den gemachten Zugeständnissen zustimmen würden. Zu einem weiteren Entgegenkommen hinsichtlich der Akkordpreise waren sie nicht zu bewegen. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten darauf, daß sie ihren Mandatgebern dies Angebot nicht empfehlen könnten, es aber der Versammlung zur freien Entscheidung vorlegen wollten. Es wurde dann noch einige Zeit über die übrigen Forderungen verhandelt, jedoch ohne daß etwas Nennenswertes dabei herauskam. Die zu 7 Uhr einberufene Versammlung warte schon lange auf das Erscheinen ihrer Vertreter. Es beschäftigte sich sodann zunächst eine Sitzung der Vertrauenspersonen mit dem Angebot der Unternehmer und kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß das Zugeständnis der Akkordpreiserhöhung als ungenügend zu bezeichnen ist. — Nach kurzer Diskussion faßte die Versammlung ebenfalls einstimmig denselben Beschluß. — Sodann teilte Handke mit, daß nach Meinung der Vertrauensmänner ein weiteres Verhandeln mit den Arbeitgebern nicht angängig sei und derartige Versuche nur zu noch längerer Verschleppung der Angelegenheit führen könnten. Es sei demnach nichts anderes möglich, als den Streik zu beschließen. Die Kommission sowie auch die Ortsverwaltung seien ferner der Auffassung, daß die Einrichter und die Werkzeugmacher sich mit der übrigen Arbeiterschaft der Schraubenfabriken sofort solidarisch erklären.

Die Abstimmung über den Vorschlag zur Arbeitsniederlegung war geheim und es beteiligten sich daran nur die Arbeiter und Arbeiterinnen der eigentlichen Schraubenfabriken mit Ausschluß der Arbeitslosen sowie der in den Betrieben beschäftigten, die die Schrauben zum eigenen Gebrauch und nicht als Ware herstellen. So wurde der Streik, der heute, Freitagmorgen, beginnt, mit 984 gegen 54 Stimmen beschlossen.

Zur Beilegung der Differenzen bei der Firma Herpich Söhne fanden auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes der Pelzwarenbranche Berlins am 14. November unter Teilnahme des Arbeitgeberverbandes, des Hauptverbandes des Deutschen Kürschnerverbandes, der hiesigen Filiale, des Herrn Julius Herpich, der beiden Geschäftsführer Herren Richter und Teufel, der drei Werkführer, sowie des Ausschusses und etlicher Gruppen der Firma Verhandlungen statt. Gatten wir bis dahin geglaubt, daß es sich bei all den Handlungen des Werkführers Wolfersmann um ein System seiner Person handelt, von dem die Firma nichts weiß und vieles nicht billigen würde, so sollten wir durch diese Sitzung eines anderen belehrt werden. Auf alle die Anlagen der dort beschäftigten Kollegen, die von Angesicht zu Angesicht in Gegenwart des Herrn Julius Herpich und der Geschäftsführer gegen Herrn W. erhoben wurden, wußte dieser so gut wie nichts zu erwidern; aber Herr Herpich bedachte Herrn Wolfersmann dadurch, daß er erklärte: Seine Werkführer hätten zu all den Handlungen, die sie im Geschäft unternommen, seine Zustimmung gehabt. So dieselbe nicht vorher eingeholt worden wäre, da erteile er sie nachträglich! Für diese „Absolution“ hatten wir genügendes Verständnis, obwohl uns die Situation dafür nicht günstig schien. Auf unsere Frage, welche Vorschläge nun die Firma zu unterbreiten hätte, erwiderte Herr Richter, daß sie diejenigen, die ihnen als Arbeitswillige treue Dienste bis jetzt geleistet, nicht entlassen, und nur nach Bedarf einstellen könnte. Das hieß also: Wir werden uns diejenigen, die uns genehm sind, ausbilden!

Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Tatsächlich hat die Firma drei alte Gehilfen eingestellt, die nur dasitzen müssen, um sagen zu können, es haben sich Arbeitswillige gefunden. Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.

Die Firma G. A. Hoffmann, Mägenfabrik, die sich sonst so gern als „human“ bezeichnen läßt, hat dieser Humanität am Montag ihren Arbeitern gegenüber dadurch einen schönen Dienst geleistet, daß sie Kriminalbeamte zugezogen hatte, als die Leute sich ihre Sachen einpackten und den Restlohn ausbezahlt erhielten. Auch hier hat sich der erst diesen Sommer auf Anregung des Herrn Hoffmann gegründete Arbeitgeberverband der Mägenfabrikanten mit dem Ausstände befaßt. Die Herren wollten es aber nicht wissen, daß der Ausstand jetzt Sache der Organisation ist, denn sie richteten ein diesbezügliches Schreiben an das Streikkomitee der Ausständigen.

Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Die Streikzesse gemacht werden.

Die bürgerliche Presse brennt in gegenwärtiger Zeit geradezu darauf, von fürchterlichen Streikzessen berichten zu können. Und die Polizei geht mit einer Schärfe gegen Streikende vor, die wohl geeignet ist, Streikzesse erst entstehen zu lassen. Als Beweis dafür ein neuer Fall.

In Thorn streiken die Steinseher. Vor einigen Tagen kamen von Graudenz 2 Poliere und 3 Lehrlinge, die vom Bahnhof von einem Unternehmer und 2 Polizeibeamten abgeholt und zur Arbeit transportiert wurden. Als der Unternehmer auf der Baustelle sah, daß die Arbeitswilligen sich mit den Streikenden unterhielten, forderte er die dabeistehenden Polizeibeamten auf, die Streikenden

zu entfernen. Dem wurde auch Folge geleistet. Später wurde das angefallene Publikum aufgefordert, zurückzugehen. Obgleich dieser Aufforderung sofort nachkommen wurde, wurden die Streikenden von den Polizeibeamten beschimpft. Als das auch dem anwesenden Gauleiter des Steinseherverbandes Schwandke passierte, fragte er, artig seinen Hut lästend, die Beamten nach ihrem Vorgehen, um die Belcidiger feststellen zu lassen. Ob dieser Provokation wurde er gepackt und von zwei Beamten abgeführt. Auf der Wache wurde ihm dieselbe Behandlung zuteil.

Nach einstündigem Arrest ging er zum Herrn Polizeinspektor, der wissen wollte, was Schwandke in Thorn wolle. „Wollen es wohl machen, wie in Moabit?“ Nachdem er es wieder dreiviertel Stunden in Arrest. Dem Gericht vorgeführt, gefiel sich der Gerichtsschreiber in derselben Rolle und verlas Schwandke die Episteln, bis dieser dagegen protestierte und eine Behandlung beanspruchte, wie sie jedem Untersuchungsgefangenen zukomme, zumal ihm kein Vergehen nachgewiesen werden könne. Der Verhaftete wurde schließlich aus der Untersuchungshaft entlassen. Natürlich gibt die bürgerliche Presse entstellte Berichte heraus. Sie redet davon, daß die Arbeitswilligen mit Täuschlichkeiten bedroht wurden; die Phantasie der Stribisage geht sogar soweit, zu berichten, daß die Streikenden das Steinpflaster aufgerissen hätten, um Wurfgeschosse zu haben. Ferner wird erzählt, Schwandke habe sich zwischen die Schienen gestellt und trotz wiederholter Aufforderung nicht oder nur mehrmals stehen bleibend den Platz verlassen; deshalb sei er verhaftet worden. Auch seien die Arbeitswilligen durch sein Auftreten derartig eingeschüchtert worden, daß sie mittags Thorn verließen. Verhörungen von Schwandke nahm die noble Presse nicht auf. Genosse Schwandke hat gegen das Auftreten der Polizeibeamten Beschwerde eingelegt.

Die Gelben haben Angst vor der Wahrheit.

In dem in Augsburg erscheinenden Wochenblatte „Die Welt“, dem von der bekannten Maschinenfabrik Augsburg ins Leben gerufenen und bezahlten Organ der Gelben findet sich in der letzten Nummer folgender bezeichnender Aufruf:

Achtung, Gelbe!

Der Deutsche Metallarbeiterverband gibt Fragebogen heraus über die Löhne und Arbeitsverhältnisse, welche nicht nur den Freiorganisierten, sondern auch allen anderen Arbeitern zur Ausfüllung zugestellt werden.

Wir eruchen unsere Mitglieder, diese Fragebogen nicht auszufüllen, da die Beantwortung doch wieder zur Agitation und zur Belästigung derjenigen Arbeiter benützt wird, welche der Freien Organisation nicht angehören.

Die in dem Fragebogen gewünschten Angaben gehen die Organisierten gar nichts an; wenn wir irgendeine Änderung unserer Arbeitsverhältnisse wünschen, dann wissen wir selbst, wie wir die Sache anzustellen und an wen wir uns zu wenden haben.

Augsburg, November 1910.

Schriftamt.

Die gelben Drahtzieher haben allerdings begründete Ursache, mit der Angabe der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der gelben Mitglieder hinter dem Verge zu halten. Rüsse doch im anderen Falle ziffernmäßig zutage, welche horrenden Lohnabzüge den in die gelben Verbände geprehten Arbeitern in der letzten Zeit gemacht worden sind, nachdem sie erst zum Austritt aus der Gewerkschaft veranlaßt und so wehrlos dem Unternehmertum ausgeliefert worden sind. Es kam dann heraus, daß die „menschenfreundliche“ Maschinenfabrik Augsburg Akkordlohnreduzierungen von 50, 70 und 100 Proz. vorgenommen hat. Deshalb die Angst vor der Statistik.

Der Lohnkampf bei der Zigarrenfirma Mertens in Ruhlshof (Waden) ist mit einem sehr wesentlichen Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Am 16. November nahmen sämtliche Arbeiterinnen und Arbeiter, die seit vier Wochen im Streik standen, die Arbeit wieder auf. Die Arbeiter stimmten einem zweijährigen Tarife zu.

Letzte Nachrichten.

Die Einfuhr von Schlachtvieh in Bayern.

München, 17. November. Nach amtlicher Mitteilung wird die Einfuhr von Schlachtrindern und Schlachtschweinen aus Frankreich nach Bayern in einigen Tagen mit der Maßgabe gestattet werden, daß wöchentlich eingebracht werden dürfen: in den Schlachthof Augsburg 100 Rinder und 100 Schweine, Hof 50 Rinder, 200 Schweine, Kaiserslautern 100 Rinder, 200 Schweine, Ludwigshafen 150 Rinder, 200 Schweine, München 500 Rinder, 400 Schweine, Nürnberg 300 Rinder, 400 Schweine, Regensburg 70 Rinder, 100 Schweine. Der Einführende hat spätestens 5 Tage vorher bei der Schlachthofdirektion des Bestimmungsortes unter Angabe der Stückzahl anzufragen, ob die Zulassung nach Maßgabe des Wochenanteils gestattet werden kann.

Die Reform des englischen Oberhauses.

London, 17. November. In der heutigen Sitzung des Oberhauses eröffnete Lord Rosebery die Diskussion über seine Resolutionen zur Reform des Oberhauses. Die einleitenden Resolutionen, die sich über das Münchenswerte der Reform und die Grundlinien aussprechen, auf denen die Reform vor sich geben sollte, sind bereits früher in diesem Jahre zur Annahme gelangt. Die jetzt von Rosebery beantragte Resolution erklärt, das Oberhaus solle aus folgenden Lords des Parlaments bestehen, erstens, die von allen erblichen Peers aus ihrer Mitte gewählt und die durch Ernennung seitens der Krone bestimmt seien, zweitens, die kraft ihrer Ämter im Oberhause säßen, drittens, die aus außerhalb des Hauses stehenden Persönlichkeiten gewählt seien.

Lord Rosebery beauftragte dringend die Annahme der Resolution. Die zur Verfügung stehende Zeit sei kurz, und das Oberhaus werde vielleicht keine andere Gelegenheit erhalten, diese oder irgend eine andere Resolution zu diskutieren, die die Zukunft des Oberhauses betreffe. Die Resolution bringe die Bereitwilligkeit des Oberhauses zum Ausdruck, an der Lösung der Aufgabe seiner eigenen Reform mitzuwirken und jede Regierung zu unterstützen, die einen Reformplan auf dieser Grundlage vorbringen sollte. Auf solchen Prinzipien könne das Oberhaus reformiert, das große konstitutionelle Problem gelöst und die alte Konstitution erhalten werden ohne die Erschütterungen, die mit einer Reform verbunden seien, welche durch fortgesetzte neue allgemeine Wahlen durchgeführt werde. Es sei keine Wahl möglich zwischen einer Reform des Oberhauses und der Tyrannei einer einzelnen Kammer.

Die Resolution Roseberys wurde einstimmig angenommen.

Die Cholera in der Türkei.

Konstantinopel, 17. November. (B. Z. V.) Heute wurden 37 Erkrankungen und 21 Todesfälle an Cholera festgestellt.

Schwere Feuersbrunst.

Konstantinopel, 17. November. (B. Z. V.) In dem Orte Dazide am Marmarameer sind 900 Häuser durch eine Feuersbrunst vernichtet worden.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Schöfter Tag.

Vor der Estrade, auf der das Gericht sitzt, sind auf zwei Tischen eine Menge verschiedener Gegenstände aufgehäuft: Bündel von Kleidungsstücken, sieben Schuymannshelme, einige Säbel und dergleichen mehr. Jeder dieser Gegenstände ist mit einem Etikett versehen. Wahrscheinlich sind diese Gegenstände bei den „Straßenschlächten“ beschädigt worden und sollen nun als Beweismittel dienen.

Nachdem Landgerichtsdirektor Lieber die Sitzung eröffnet hatte, setzte er die

Vernehmung der Angeklagten fort.

Die Angeklagte Frau Sattler soll aus dem Fenster ihrer Wohnung auf Schuyleute geschimpft haben. Sie bestreitet das und sagt, wenn sie von Hausbewohnern angezeigt sei, so könne das nur aus Rache geschehen sein. Sie habe nicht geschimpft, nicht geworfen, auch nicht gesehen, daß andere Leute vom Balkon geworfen haben. Dagegen habe ich gesehen — sagt die Angeklagte —, daß die Schuyleute auf das Publikum geschlagen haben, ohne Ursache. Auch Kriminalbeamte sah ich auf die Leute einschlagen. Ein Mann wurde so geschlagen, daß er besinnungslos zusammenbrach. Das ist der Arbeiter Herrmann, der später infolge dieser Verletzungen gestorben ist. Wie wilde Tiere haben die Schuyleute und Kriminalbeamten auf die Leute losgeschlagen, bis sie liegen blieben. Ich sah, wie einem Manne der Kopf gespalten wurde.

Die Angeklagte Fräulein Sattler sieht unter derselben Beschuldigung wie ihre Mutter und bestreitet ebenfalls ihre Schuld.

Der Angeklagte Hausdiener Heinemann soll eine Menschenmenge gegen die Schuyleute aufgereizt haben. Er sagt, die Menge sei ruhig gewesen, sie sei auch nicht aufgeföhrt worden, auseinanderzugehen. Später soll ein Schuß aus der Menge gefallen sein. Er sei festgenommen und

auf der Wache ohne weiteres schwer mißhandelt worden.

Er habe Kopfweh bekommen, sei von den Schuyleuten mit Häufen und Säbeln geschlagen worden.

Der Angeklagte Arbeiter Nothe, soll sich an einer Zusammenrottung von Menschen beteiligt haben, welche Steine gegen Schuyleute geworfen haben sollen. Es soll aus einem Fenster geschossen worden sein. Der Angeklagte soll „Blutkunde“ gerufen haben. — Er gibt an, er sei auf dem Wege nach Hause in die Menge geraten und festgenommen worden, ohne daß er eine Veranlassung dazu gegeben habe. Auf der Wache sei er von

Schuyleuten mit Fäßen getreten worden.

Der Angeklagte Hermann Weiß, der vom Balkon herab nach Schuyleuten geworfen haben soll, gibt an: Ich besuche jeden Abend eine technische Schule, um mich als Werkmeister auszubilden. Als ich abends um 7/11 aus der Schule kam, sah ich, daß die Straße dunkel war. Menschen rannten mir entgegen: Ein Schuymann säumte mit dem Revolver in der Hand auf die Menge los. Da ging der Tumult los. Weil mir die Situation gefährlich schien, ging ich in ein Schanklokal, um zu warten, bis es ruhig werden würde. Erst nach 12 Uhr konnte ich nach Hause gehen. Die Straße war menschenleer. Aus den Häusern riefen mir Leute zu, ich solle nicht weiter gehen, denn da oben in der Weußstraße sei es gefährlich. Ich habe deshalb drei Schuyleute, mich zu schlagen. Einer von ihnen begleitete mich darauf nach Hause. Am Abend des folgenden Tages schien mir die Situation auf der Straße so gefährlich, daß ich nicht zur Schule ging, sondern zu Hause blieb. Aus dem Fenster sah ich, daß Menschen die Straße entlang gingen. Ich sah auch zwei Schuyleute, welche blank gezogen hatten und jedem Passanten, dem sie begegneten, einen Hieb mit dem Säbel verlegten. Ein Arbeiter bekam einen Säbelhieb über den Kopf, so daß das Blut herunterfloß. Ich ließ die Jalousie herunter, weil ich die furchterlichsten Dinge auf der Straße nicht mehr sehen mochte. Denn ich graute mich davor. Später wurde Hilfe gerufen, da sah ich noch einmal zum Fenster hinaus. Gegen 9 Uhr wurde es ruhiger. Dann habe ich bis 1/2 schriftliche

Kleines feuilleton.

Der Blutdruck beim Fliegen. Die körperlichen Erscheinungen, die sich beim Erlimmen großer Höhen im Gebirge geltend machen, müssen mit einigen Abänderungen wohl auch dann eintreten, wenn sich ein Mensch in einem Ballon oder mit einer Flugmaschine in entsprechende Höhen erhebt. Unterscheidende Merkmale sind, daß beim Fliegen die körperliche Anstrengung eine geringere ist oder gänzlich fehlt, daß dafür aber der Uebergang von geringeren zu größeren Höhen schneller erfolgt. Zur Beurteilung der Folgen dieser Umstände sind die Arbeiten, die Prof. Moulinier in der „Medizinischen Wochenschrift“ in Bordeaux über den Blutdruck bei Aviatikern veröffentlicht hat, von bedeutendem Wert. Es hat sich herausgestellt, daß ein Flieger, der mit möglicher Schnelligkeit zu 1200 bis 200 Meter aufsteigt, eine Blutüberfüllung der Gliedmaßen erleidet, die allerdings wahrscheinlich durch die niedrige Temperatur in den höheren Schichten des Luftmeeres verursacht wird. Ferner ist ein Blutandrang zum Auge beobachtet worden. Der Puls zeigt eine schwache Beschleunigung, aber sonst keine Unregelmäßigkeit. Häufig tritt auch ein vorübergehender Kopfschmerz und Ohrensausen ein. Seltener macht sich ein Schlafbedürfnis bemerkbar, das aus während des Flugs fühlbar werden kann. Nach Beendigung des Flugs zeigt sich der Blutdruck stets gesenkt. Bei einem Flieger, der 25 Minuten in der Luft gewesen war und 1100 Meter Höhe erreicht hatte, war der konstante Blutdruck von 9 auf 12, der maximale von 18 auf 19 Zentimeter Quecksilber, der Puls von 70 auf 80 Schläge gesunken. Diese Tatsache ist um so mehr beachtenswert, als die Flieger, an denen die Beobachtungen angestellt wurden, körperlich bereits durchaus trainiert waren. Im Zustand starker Ermüdung zeigt sich bei den Fliegern eine geringe Zunahme des Blutdrucks, dafür aber eine höhere Beschleunigung des Pulses und ein unregelmäßiger Herzschlag. Die Erklärung dafür liegt darin, daß die Organe bei dem schnellen Abstieg nicht Zeit haben, sich der Steigerung des Luftdrucks anzupassen. Dabei müssen Herz und Arterien in erster Linie bei einem Flieger in Ordnung sein.

Eine Kosmologeschichte von heute. Eine Liebesgeschichte, die an die Abenteuer der Kosmologie erinnert, erzählt die „Straßburger Post“. Die Gattin eines reichen New Yorker Kaufmanns hatte seit einigen Monaten eine allerliebste blonde Kammerzofe, mit der sie sehr zufrieden war. Diese Zofe war nicht nur fleißig, sondern auch tugendhaft, denn so oft der Herr durch kleine Vertraulichkeiten mit ihr eine Verbindung herstellen wollte, wurde er fühlbar zurückgewiesen. Die Zofe wohnte im Zimmer unmittelbar neben dem der Herrin, und nur sie allein durfte der gnädigen Frau von früh bis spät Handreichungen und Besorgungen machen. Als vor kurzem die Dame mit ihrem Gatten eine Reise nach Europa machte, nahm auch die Zofe daran teil. Die Reise ging nach London, Brüssel und Paris. Hier aber kam es zu einer Katastrophe. Als der Kaufmann eines Abends ein Vergnügungsgelokal aufsuchte, entdeckte er einen Mann, der der Zofe seiner Frau außerordentlich ähnlich war. Er beobachtete den Fremden weiter und kam zu der felsenfesten

Arbeiten gemacht und mich um die Vorgänge auf der Straße nicht mehr gekümmert. Es kann gar keine Rede davon sein, daß ich geworfen habe.

Schreiber Paul Wand und Schlosser Paul Schulz sollen Laternen entzwei geworfen haben. Der Vater von Schulz ist Steuererheber und Mitglied eines konservativen Bürgervereins. Aus den schwer verständlichen Angaben des Angeklagten Schulz scheint hervorzugehen, daß er nur zufällig in eine Gruppe von Menschen hineingelassen ist. Er behauptet, der Mitangeklagte Wand habe ihm einen Stein gegeben und ihn aufgefordert, eine Scheibe entzwei zu werfen. Das habe er auch getan.

Wand, der beschuldigt ist, mit einem Stock eine Laterne eingeworfen zu haben, gibt an, er habe vor der Haustür mit 8 bis 9 Personen gestanden. Das sei die Zahl, aus welcher der Untersuchungsrichter in den Akten eine Menschenmenge gemacht habe. Die Polizei habe geschossen. Schulz sei aufgeregt gewesen, weil er von einem Schuymann beinahe Schläge bekommen hätte. Schulz habe von ihm, dem Angeklagten Wand, einen Stein verlangt und bekommen. Daß Schulz damit werfen solle, sei ihm nicht gesagt worden. Von einem jungen Manne seien kleine Steine verteilt worden. — Der Vorsitzende stellt fest, daß Wand wegen leichten und schweren Diebstahls verurteilt ist.

Der Angeklagte, Monteur Albrecht, soll an einem Auflauf teilgenommen haben. Er gibt an, daß er bei Siemens-Schüdert arbeite und dem Bunde der Gelben angehört, weil er weiß, daß er dadurch ein besseres Fortkommen habe, als wenn er sich zu den Roten hielte. Andere als Mitglieder des gelben Bundes würden bei Siemens-Schüdert nicht beschäftigt. Der Angeklagte betont auf Befragen, daß er mit den Sozialdemokraten und den „roten Gewerkschaften“ nichts zu tun haben wolle und aus eigenem Willen zu den Gelben halte und auch bei ihnen bleiben werde. An dem fraglichen Abend sei er nach der Arbeit in einem Schanklokal eingelehrt, um dem Kravall aus dem Wege zu gehen. Als er um 1/12 Uhr nach Hause gehen wollte, sei die Feuerwehr gekommen. Er habe sehen wollen, was die Feuerwehr machen werde. Da sei er festgenommen und nach der Wache gebracht worden.

Auf der Wache

sei er von Beamten gefesselt, zu Boden geworfen und mit Fäßen geschlagen

worden. Auch auf den Kopf habe man ihn getreten. Nach Tage später habe er eine polizeiliche Vorladung bekommen und bei der Vernehmung erfahren, daß er die Schuyleute „blaue Hunde“ geschimpft haben solle. Das sei aber nicht wahr. Er habe an dem betreffenden Abend etwa 2/3 Glas Bier und auch Schnaps getrunken. Vielleicht habe er in der Trunkenheit ein Lied gesungen, worin etwas von „blauer Himmel“ vorkommt.

Waltergehilfe Treplowski ist wegen Beamtendeckelung angeklagt. Er sagt, er sei sehr stark angetrunken gewesen, habe deshalb nicht arbeiten können und nach Hause gehen wollen. In der Gaststube der Straßenbahn hätten zwei Schuyleute an ihn eine Frage gestellt, die er nicht verstanden, aber in seiner Trunkenheit mit Nein beantwortet habe. Da habe ihn ein Schuymann von hinten am Kragen gepackt und abgeführt. Auf der Wache sei er mißhandelt worden. Die Ursache seiner Verhaftung habe er erst später erfahren. Er solle die Hochschöhe auseinandergeschlagen und dem Schuymann das Gesicht gezeigt haben. Das sei nicht wahr. Er habe keinen Kopf, sondern ein Jackett und unter einem Arm ein Paket getragen, er könne aber schon wegen dieser Umstände die betreffende Gebärde nicht gemacht haben. Ebenso unwahr sei die Beschuldigung, daß er Widerstand geleistet habe.

Der Angeklagte Arbeiter Jolichow soll sich an einer Zusammenrottung beteiligt haben. — Er sagt: Ich war auf dem Wege von der Arbeit nach Hause. Wegen der Absperrung mußte ich einen Umweg machen und kam ohne meine Absicht in eine Menschenmenge. Da hörte ich einen Ruf: „Säbel auf die Menge einhieben“. Die Leute stürzten davon, viele fielen zu Boden. Ich konnte keinen Grund für das Vorgehen der Schuyleute sehen und war deshalb empört darüber. In der Erregung habe ich dann „Blutkunde“ gerufen. Damit habe ich nur den einen Schuymann gemeint, der mit dem Säbel auf die Leute geschlagen hat. Ein Schuymann packte mich am Arm und führte mich ab. Da trat ein gut gekleideter Herr hinzu und bot sich mir als

Uebersetzung, daß dieser „Mann“ niemand anders sein könnte als die Kammerzofe. Zuerst glaubte er, daß sich diese nur aus Leichtsinne und, um einmal das „Pariser Nachtleben“ kennen zu lernen, in ein Kammerschloß gesteckt hätte; weitere Beobachtungen ergaben aber, daß die Zofe nicht hier, sondern zu Hause in Rade war. Es war ein junger Mann, der, als Mädchen verkleidet, von der gnädigen Frau eingeschmuggelt worden war. Die eifersüchtige Dame wollte zuerst keine Kenntnis von der Maske der Zofe haben, schließlich räumte sie aber doch ein, daß der junge Mann ihr Geliebter sei. Nunmehr wird sie — ganz wie in einer Komödie — sich von ihrem Gatten trennen und den blonden jungen Mann, der aus Liebe zu ihr so lange treue Dienste getan hat, heiraten.

Eine einzigartige Erfindung. Es geht nichts über das Gehirn eines Amerikaners. Seine Erfindergabe ist nicht immer sonderlich praktisch und wertvoll, aber sie ist dafür ideenreich und originell. Worauf ein amerikanischer Kopf zuweilen verfallt, kann unmöglich auf einem anderen Boden wachsen. Ein kleiner Beweis dafür findet sich in der Patentliste der Vereinigten Staaten. Der Urheber dieser sonderbaren Erfindung muß wohl selbst einmal mit dem Leben befaßt gewesen sein, das er auf diesem Wege zu heilen sich vorgenommen hatte. Sein Einfall und dessen technische Ausführung bewachte nämlich nichts anderes, als den Kopf eines Wandwurm im Innern des Menschenkörpers zu zerstören oder geistern zu hindern. Unter diesen Wurmern ist einer, die Taenia solium, von außerordentlicher Hartnäckigkeit, da er mit den Saugsaugen seines Kopfes so fest anheftet, daß er mit gewöhnlichen Mitteln nicht losgelöst werden kann. Da aber der Kopf allein instand ist, wieder einen ganzen Wurm zu erzeugen, so hängt von seiner Beseitigung der ganze Erfolg ab. Weilhaftig sei gesagt, daß die Wandwürmer für die Wissenschaft zu den allerinteressantesten Geschöpfen gehören, die von der Mutter Natur geschaffen worden sind. Der Amerikaner wollte dem Ungeheum nun durch einen kleinen Apparat beikommen, der einem länglichen Ei von etwa zwei Zentimeter Länge und etwas mehr als einem halben Zentimeter Durchmesser gleich und eine feine Öffnung besitzt. Im Innern befindet sich eine Art von Quillrinne in Gestalt eines Zylinders, die auf der unteren Seite spitze Zähne trägt und durch eine Feder in Tätigkeit gesetzt werden kann. In die Öffnung soll eine Art von Köder gesteckt werden, der Patient das Ei verschluckt und der Wandwurm dann seinen Kopf in die Öffnung steckt, durch welche Bewegung die Feder gelöst und der Wurm entkoppelt werden würde. Diese Erfindung hat entschieden einen Mangel, denn sie ist, wie der „Scientific American“ schreibt, sehr mehr als 50 Jahre alt und scheint ganz in Vergessenheit geraten zu sein.

Musik.

In unserer furchtlich kahlen Kirchen möchte man wohl Musik zu religiösen Stoffen nur „strenge“, „rein“, „inständig“, „überredlich“ haben. Wie's etwas flotter geht, so heißt's gleich: „zu weltlich!“ Anders schon in Süddeutschland, zumal in Oesterreich und gar erst in Italien. Sariale da Verdi, der Meister italienischer Opern, auch ein Requiem, eine Totenmesse für den im Jahre 1873 ver-

Zeuge an. Er wollte mitgehen nach der Postzeitung. Aber die Beamten hinderten ihn daran. Ein Schuymann sagte zu ihm: „Ach, Sie haben gar nichts gesehen.“ Der Herr wurde durch einen Kriminalbeamten auf die Seite geführt. Mich brachte ein Schuymann nach dem Kohlenplatz von Kupfer u. Co.

Hier fielen die Arbeiter von Kupfer in Gegenwart der Beamten über mich her.

Der Schuymann, der mich hergeführt hatte, hielt mich am Arm fest, während die Kupferschneider Arbeiter auf mich losstiegen. Mit Häufen und mit harten Instrumenten wurde ich geschlagen. Ein Schuymann trat mir von hinten auf die Hüften. Ich wurde von den Arbeitern so lange geschlagen, bis der Beamte, der mich festhielt, sagte:

„Nun ist es genug!“

Auf Veranlassung des Rechtsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld wird festgestellt, daß Jolichow infolge dieser Verprügelung drei Kopfwunden erhalten hat, die ihrer Beschaffenheit nach nicht von Häufen, sondern von harten oder gar scharfen Gegenständen herrühren.

Der Angeklagte Arbeiter Otto Weiß ist der Teilnahme an einem Auflauf und des großen Unfugs beschuldigt. Er gibt an, er sei festgenommen, weil er geöhlt habe. Auch dieser Angeklagte sagt, daß er von dem Beamten, der ihn festnahm, nach dem Kohlenplatz von Kupfer geführt und dort von den Arbeitern schwer mißhandelt wurde.

Auch ein Kriminalbeamter habe ihn geschlagen. Dann sei er nach der Polizeiwache gebracht und auch dort durch Fußtritte mißhandelt worden. Einige Kopfwunden seien die Folge der Mißhandlungen.

Der Angeklagte Stallmann Romanowski soll in einer Menschenmenge, aus der geschossen worden sein soll, „Blutkunde“ gerufen haben. — Er sagt: Vor einer Haustür standen einige Frauen und Männer. Zwei Kriminalbeamte gingen auf sie zu und schlugen sie. Dann kam ein Polizeileutnant mit einigen Schuyleuten, die auf uns losgingen. Ich flüchtete in ein Haus. Da wurde aus dem Hause gerufen: „Gute Nacht, Blutkunde“. Ich habe auch einmal mitgerufen, weil ich über das Verhalten der Beamten erregt war. Ich habe gesehen, daß aus einem Hause ein Stein geworfen wurde, aber geschossen wurde nicht.

Angeschlagener Arbeiter Paul Mierisch ist in der Mittelstraße, nahe der Friedrichstraße, festgenommen worden, weil er den Ausfall eines Kupferschen Kohlenwagens „Lump“ und „Stroh“ geschimpft haben soll. Dem Schuymann, der ihn festnahm, soll er die Worte „Blut Kunde“ zugerufen und sich loszureißen versucht haben. — Der Angeklagte gibt an, er sei sehr stark angetrunken gewesen und wisse gar nicht, wie sich die Vorgänge abgespielt haben. — Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn läßt feststellen, daß der Angeklagte früher infolge eines Baumfalles einen Schädelbruch erlitten habe und seitdem durch die geringste Menge Alkohol in große Erregung gerate.

Der Angeklagte Hausdiener Mische hat mehrere Schanklokale besucht und ist dann in einem Lokal in der Königstraße eingelehrt. Dort soll er auf Schuyleute geschimpft und auf der Straße Leute mit Steinen geworfen, auch einen Knaben getroffen haben. Bei der Festnahme sind 14 Steine in der Tasche des Angeklagten gefunden worden. — Er selbst sagt: In allen Lokalen, wo er einlehte, sei von den Moabiter Vorgängen gesprochen worden. Er habe sich natürlich auch an der Unterhaltung beteiligt, er habe das Verhalten der Schuyleute getadelt, aber geschimpft habe er nicht. Die Steine, die bei ihm gefunden worden, seien vom Abbruch der Königkolonnen. Er habe sie in der Trunkenheit eingestekt und nachher wieder weggeworfen. Menschen zu werfen, habe er nicht beabsichtigt. — Auf den Vorhalt, daß er einen Knaben mit einem Steinwurf getroffen habe, sagt der Angeklagte: Ich werde doch nicht auf Kinder samsen. — Wie festgestellt wurde, hat sich der hier in Rede stehende Vorfall vor mittags um 11 Uhr ereignet. — Der Angeklagte sagt weiter: Auf der Wache haben mich die Schuyleute geschimpft und geschlagen. Eine Stunde später kamen zwei andere Beamte, die hielten mich mit Fäßen und schlugen mich mit Seitengewehren. Sie haben mich halb tot geschlagen.

Der Angeklagte Barbier Eisenreich gehört einer sehr frommen Sekte an, den Mormonen. Er ging mit der Bibel unter dem Arm in die Erbauungsstunde.

Auf der Straße kam er unter eine von Schuyleuten zurückgedrängte Menschenmenge. Er hörte einen Schuß fallen, sah die Menschen fortlaufen und einen Schuymann einige Leute verfolgen.

forbenen Dichter der „Verlorenen“, A. Manzoni. „Italienischer Opernstil“, so heißt es nun von dem Werk bei uns deutschen Musikwissenschaftlern!

Run hat der junge „Oratorien-Verein“ unter seinem Dirigenten Stehmann sich an das Verbotene wagt und es weiten Kreisen durch eine zweimalige Aufführung zugänglich gemacht; am Dienstag in der Neuen Welt und am Mittwoch in der Singakademie. Nach der zweiten Aufführung zu urteilen kann man den Oratorien zu ihrer aufsteigenden Linie Glück wünschen. Der Chor ist fast bei der Sache, besigt zwar nicht den Stimmumfang wie die musikalisch lang durchgebildeten Singvereine, erfreut aber doch durch die Abwesenheit des Raubens und Schreien. Von den vier Solisten fanden sich wenigstens die zwei mittleren allmählich in die besonders schwierigen Aufgaben des Soliquartetts hinein.

Und mit der Komposition selbst kann sich nicht nur der Musiker, sondern auch der Vort bekreunden. Sie enthält doch weit mehr als Operneffekt; und „geinb“ ist es uns „Röblichen“ jedenfalls, und auch einmal etwas recht „Südlisches“ zutommen zu lassen.

Notizen.

— Vorträge. Der Leiter des Schweizer Freilichttheaters am Vierwaldstättersee, Direktor Lorenz von Hartenstein, wird am Freitag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Kinosaal der Theaterausstellung einen Vortrag halten über „Freilichttheater“ (mit Lichtbildern).

— Kunstabend. Der IV. Volkskunstabend der Stadt Charlottenburg findet am Donnerstag ab. 8 Uhr im Kaiser-Friedrich-Gymnasium in der Friedebadstraße statt. — Dr. A. Köppen hält einen Lichtbildervortrag über Benedig und seine Kunstschätze.

— Die Mondfinsternis war am Mittwoch abend infolge ziehender Wolken erst von 12 Uhr ab sichtbar. Die fortschreitende Verfinsternung ließ sich dann im ganzen gut beobachten. Die verfinsterte Mondscheibe, deren silberner Rand noch länger zu sehen war, leuchtete in einem dunklen Rot aus dem von Gewölk und Regenwolken bisweilen verdeckten Himmel.

— Eine Sappollakterie, die vom Bayerischen Staat bereits genehmigt ist und auch in anderen Vaterländern zugelassen wird, soll die Mittel aufbringen für die antarktische Expedition des Münchener Oberleitnants Fildner. — Unsere Kapitalisten haben für solche und andere wissenschaftliche Unternehmungen bekanntlich nichts übrig.

— Wie man Nachdruckshonorar spart. Die „Bremer Nachrichten“ hatten sich in den unter Hunor und Satire erschienenen „Bericht des Burgherrn Volak-Anzeigers“ über die Moabiter Vorgänge vernehmen lassen, daß sie ihn abzubilden beschließen. Da sie in diesen Nachdruckshonorare zahlen zu müssen fürchteten, gaben sie dem Nachdruck ein Schimpfwort. Um der edlen Kosmischen Seele fürs Künftige den Zwiepsalt zwischen Gelächern und Dürren zu ersparen, wollen wir ihr gern den Gratisabdruck der Beiträge von Franz ausdrücklich gestatten. Damit sie sich aber bessere Umgangsformen angewöhnt, dürfte für diesen verschämten Nachdruck die Unterbreitung des Nachdruckshonorars am Platze sein.

Da tief der Angeklagte: „Gaut ihn!“, weil es auch andere riefen. Wie er dazu gekommen ist, kann er sich nicht erklären, er schreibt es einer momentanen Aufregung zu. Jedenfalls sei er nicht zu Gewalttätigkeiten geneigt, denn das verbiete ihm seine Religion. Der Angeklagte bemerkt noch, daß er von seinem Arbeitsverdienst seine leidende Mutter unterstütze, woran er jetzt, da er in Untersuchungshaft sitz, verhindert ist.

Der Angeklagte Glasbläser Senf ist der Beamtenbeleidigung beschuldigt. Er soll, als Eisenreich festgenommen und abgeführt wurde, den Schutzleuten zugerufen haben: „Gemeinheit“. Der Angeklagte sagt, es habe ihn empört, daß ein Mann, der nichts weiter getan habe, als „Gaut ihn!“ gerufen, von mehreren Schutzleuten gepackt und mißhandelt wurde. Er habe das von der Strohbahn aus gesehen und es als eine Gemeinheit bezeichnet. Da sei er selbst von zwei Schutzleuten aus dem Strohbahnwagen herausgezerrt und nach der Wache gebracht worden. Der Beamte, der ihn dahin brachte, habe nur angeben können, daß der Angeklagte auf Befehl des Hauptmanns festgenommen sei. Zwei Stunden habe man ihn auf der Wache eingesperrt. Daß aus der Menge geschossen sei, sei ein Märchen. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß bei seiner Festnahme ein Revolver und 24 scharfe Patronen gefunden wurden. — Der Angeklagte erklärt das so: Er habe den Revolver, wie er durch Zeugen nachweisen könne, erst am 20. September von einem Freunde gekauft. Dieser habe ihm den Gebrauch der Waffe erklärt und dabei sei eine Patrone im Lauf geblieben. Er habe nicht die Absicht gehabt, von dem Revolver etwas gegen die Polizei Gebrauch zu machen, sondern ihn nur mehr zum Spaß angeschafft und weil er von seinem Aufenthalt in der Schweiz her wisse, daß dort das Waffentragen nichts Außergewöhnliches sei. — Auf eine Frage des Vorsitzenden, warum er bei seiner polizeilichen Vernehmung gesagt habe, er habe den Revolver gefunden, antwortet der Angeklagte: Wenn die Polizei so viele Märchen erzählt, kann ich ja auch ein Märchen erzählen.

Der folgende Angeklagte ist der Kunstmalerei Weide mann. Er soll sich der Beleidigung und des großen Unfugs schuldig gemacht haben. Wie er angibt, ist er am 2. Oktober von seiner Arbeitsstelle nach seiner Wohnung in der Huttenstraße gegangen. In der Fremde darüber, daß die Unruhen vorüber waren, hat er mit Bekannten mehrere Bürgerlokale besucht und sich einen starken Rausch angetrunken. Was nachher geschehen ist, weiß er nicht, es ist ihm aus dem Bewußtsein gekommen, daß er nach der Polizeiwache gebracht wurde. Am folgenden Tage schloß er zu Hause seinen Rausch aus und ging am zweiten Tage nach der Polizeiwache, um sich zu erkundigen, weshalb er eigentlich festgesetzt worden ist. Hier erfuhr er — sagt der Angeklagte — ich solle mich der Beamtenbeleidigung schuldig gemacht haben. Man gab mir den Rat, ich solle auf dem Präsidium versuchen, ob sich die Sache nicht bellegen ließe, schlimm könne es nicht werden, wurde mir gesagt. Ich befolgte diesen Rat, auch deshalb, weil mein Vater Kriminalbeamter ist. Als ich auf dem Polizeipräsidium mein Anliegen vortrug, wurde ich wie der erste beste Pennbruder unter die Brause genommen, abgefieft und eingesteckt. — Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, ob er denn von den Straßenumruhen an den vorhergehenden Tagen nichts gesehen habe, ob er nicht gesehen habe, daß Steine und Blumentöpfe auf die Schutzleute geworfen wurden, ob er nicht das eingeschlagene Warenhaus von Preuß gesehen habe. — Die letzte Frage bejaht der Angeklagte, die anderen verneint er und sagt, er habe im Gegenteil gesehen, daß Schutzleute ohne Grund gegen das Publikum vorgingen, und er habe die Mute der Arbeiter bewundert, die sich durch das Vorgehen der Beamten nicht aus der Fassung bringen ließen. Rechtsanwalt Rosenfeld stellt durch Befragung des Angeklagten fest, daß das „erschlagene Warenhaus“ völlig unversehrt und nur eine eingeschlagene Scheibe zu sehen war.

Der letzte Angeklagte betrifft den Schankwirt Bilz und den Rentmacher Krayat. Beide sind beschuldigt, einen Arbeitswilligen namens Wellenschmid mißhandelt zu haben. Außerdem soll Bilz einen zweiten Arbeitswilligen, Gottschalk, durch Drohungen zur Teilnahme am Streik zu bewegen versucht haben. Nach der Darstellung der Anklage soll Wellenschmid von Streikenden in ein Hinterzimmer des Bilz'schen Lokals, wo sich das Streikbureau befand, geführt worden sein. Man habe ihm Butterbrot und Bier gegeben und ihn zum Streiken zu überreden versucht. Als das nicht gelungen habe, hätten sich die Streikenden auf Wellenschmid gestürzt und ihn mit Häuten und Gummischläuchen geschlagen. Wellenschmid wollte fliehen, aber Bilz soll ihn daran gehindert haben, und Wellenschmid soll dann noch mehr Kräfte bekommen haben. — Bilz stellt die Sache so dar: Ich kam aus meinem Bierkeller. Da sah Wellenschmid, den ich gar nicht kannte, an einem Tisch im Lokal. Meine Frau sagte mir, er habe zwei Stullen und Bier bestellt. Ich brachte ihm das Bestellte. Als er gegessen hatte, kam er an den Schenkisch und bestellte noch ein Glas Bier. Jetzt kamen noch einige Personen an den Tisch, die wohl mit Wellenschmid etwas vorhatten, aber ich habe nicht gesehen, ob sie ihn geschlagen haben. Wellenschmid beugte sich über den Tisch. Mir schien, daß er sich mit der Stiefelspitze an einem Tritt neben dem Tisch festgeklemmt hatte. Ich führte Wellenschmid hinter den Ladentisch und durch eine Hintertür zum Lokal hinaus. Weiter hatte ich mit Wellenschmid nichts zu tun. — Die Behauptung des anderen Arbeitswilligen wird gleichfalls bestritten. — Krayat gibt an, Wellenschmid sei von einigen Leuten, die aus dem Hinterzimmer kamen, geschlagen worden. Er, der Angeklagte, gehörte aber nicht zu diesen, er habe auch nicht geschlagen. Zu den Streikenden habe er keine Beziehungen, er habe bei Ludwig Löwe gearbeitet. Der ganze Austritt mit Wellenschmid habe höchstens zwei Minuten gedauert.

Beweisanträge.

Rechtsanwalt Rosenfeld bittet, festzustellen, daß der Angeklagte Litwidi lediglich auf Grund seiner eigenen Aussage angeklagt worden ist, die er als Zeuge vor dem Untersuchungsrichter in einer jetzt vor dem Schwurgericht anhängigen Sache machte. Der Untersuchungsrichter habe Litwidi nicht darauf hingewiesen, daß er eine Aussage, die ihn selbst belastet, nicht abgeben dürfe. — Vorsitzender und Staatsanwalt verweisen auf die Akten, welche diesen Hinweis enthalten. — Die Rechtsanwältin Rosenfeld bemerkt, ist dieser Hinweis, wie sich aus den Akten ergibt, erst nach der Vernehmung erfolgt. — Der Angeklagte Litwidi sagt, der Untersuchungsrichter habe ihn nicht darauf hingewiesen, daß er sein Zeugnis verweigern könne. — Rechtsanwalt Rosenfeld beantragt, über diesen Punkt das Zeugnis des Untersuchungsrichters zu hören und ferner einen Arzt der Unfallstation zu laden, der über die Art der Wunden Auskunft geben soll, die dem Angeklagten Jolkow aus dem Kupferschen Kassenplatze von Arbeitswilligen in Gegenwart der Polizei zugefügt worden sind. — Auch von anderen Verteidigern und Angeklagten werden noch neue Beweisanträge gestellt.

Haftentlassungsanträge.

Kun folgte eine längere Erörterung über die Entlassung der Angeklagten aus der Untersuchungshaft. Staatsanwalt Stelzner führt aus, mit der Haftentlassung des Angeklagten Eisenreich sei die Staatsanwaltschaft einverstanden. Eisenreich gehöre einer Sekte an, welche Gewalttätigkeiten betreibt. Der Angeklagte habe nur in der Erregung in den Ruf „Gaut ihn!“ eingestimmt, ohne sich der Tragweite seiner Handlung bewußt zu sein. Auch Schulz könne aus der Haft entlassen werden unter der Voraussetzung, daß er bei seinen Eltern Aufnahme finde. Schulz mache einen guten Eindruck, er stamme aus anständiger Familie und habe wohl nicht die Absicht, sich gegen die Ordnung aufzulehnen, wenn er sich auch anscheinend durch Wand verleitet, schwer vergangen habe. Wand könne nicht entlassen werden. Rechtsanwalt Dr. Hinemann beantragt, die Haftentlassungen noch weiter auszudehnen. Die Ver-

herigen Verhandlungen hätten ergeben, daß ein Grund, die Haft fortzusetzen zu lassen, nicht vorliege. Wenn der Staatsanwalt meine, es seien deshalb hohe Strafen zu erwarten, weil die Schimpfworte in einer erregten Situation gefallen seien, so könne man auch umgekehrt sagen, die allgemeine Erregung müsse als Milderungsgrund gelten. Denn unter solchen Umständen lassen sich auch ruhige und besonnene Leute zu unbedachten Meinungen fortreißen. Ein klassisches Beispiel dafür sei ja der Angeklagte Eisenreich. Der Verteidiger begründet die Haftentlassung insbesondere für die Angeklagten Jolkow, Nierisch und Wand.

Die Rechtsanwältin Cohn, Liebnecht, Rosenfeld und Rosenberger beantragen und begründen die Haftentlassung der Angeklagten Heide, Bilz, Krayat, Litwidi und Senf. — Staatsanwalt Stelzner widerspricht den Entlassungsgründen der Verteidiger. Nur gibt er anheim, auch Litwidi zu entlassen, weil er, wie der Verteidiger angeführt hatte, demnächst einen Familienzuwachs zu erwarten hat.

Rechtsanwalt Liebnecht fordert nochmals die Haftentlassung von Bilz und Krayat. Er weist darauf hin, daß es eine grundlose Verdächtigung sei, wenn die Staatsanwaltschaft annehme, weil Bilz Partei- und Streikwirt sei, werde er Zeugen zum Meineid verleiten. Das ganze Verfahren gegen Bilz gehe von derselben falschen Voraussetzung aus, welche die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift zum Ausdruck bringt, indem sie sagt, die Firma Kupfer konnte die Forderungen der Streikenden nicht bewilligen, sie mußte die Einigungsverhandlungen ablehnen usw.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Die Staatsanwaltschaft hat zu dem Streik selbst keine Stellung genommen. Was darüber in den Akten steht, das sind — die Ausführungen des Geschäftsführers der Firma Kupfer.

Rechtsanwalt Liebnecht: Davon steht nichts in den Akten. Die Anklageschrift gibt die subjektive Meinung der Staatsanwaltschaft wieder und diese geht dahin: die Firma mußte ablehnen, sie konnte nicht bewilligen usw. — Ferner bemerkt Rechtsanwalt Liebnecht, daß der Angeklagte Georg Meyer, dessen Verteidiger (Lohmann) nicht anwesend ist, um Entlassung aus der Haft bittet.

Rechtsanwalt Ulrich, der den aus konserverlicher Bürgerfamilie stammenden Angeklagten Schulz verteidigt, war während des ganzen Tages nicht anwesend.

Rechtsanwalt Heine, dessen Mandanten übrigens durch andere Verteidiger mitvertreten werden, konnte nicht anwesend sein, weil er in Lüdenscheid einen wichtigen Prozeß wahrzunehmen hatte, dessen Verhandlung, trotz eines Antrages von Heine, nicht verlegt worden ist.

Nach einer kurzen Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende, daß die

Haftentlassung der Angeklagten Litwidi, Nierisch und Eisenreich beschlossen.

ist. Bei den übrigen in Haft befindlichen Angeklagten soll die Haft aus den bisherigen Gründen bestehen bleiben. Wie aus der Begründung des Gerichtsbeschlusses hervorgeht, verdankt Litwidi dem bevorstehenden Familienereignis, Nierisch der Trunkenheit bei der Tat und Eisenreich seiner Frömmigkeit die Entlassung aus der Untersuchungshaft.

Die Sitzung wurde um 3/4 Uhr auf heute um 9 Uhr verlagert.

Aus Industrie und Handel.

Nette Aussicht.

Die Reichsfinanzreform hat neben der Volksfeindlichkeit der Miller und Helligen auch deren Unfähigkeit als Steuerexperten erwiesen. In der Sucht, die Bestehenden von der Gefahr einer Erbschaftsteuer zu befreien, packte man den Besitzlosen eine Reihe Steuern auf, deren Ertragnis nicht richtig eingeschätzt wurde. Gründlich blamiert hat sich der Schnapsbrosch z. B. auch mit der Zündholzsteuer. Sie löste nicht nur eine große Erregung aus, erwiebs sich als selbstwirkende Agitation von unvergleichlich aufträglendem Erfolge; ihre finanzielles Ergebnis blieb auch weit hinter dem errechneten Anfaß zurück. Zündhölzer und Zündkerzen sollten jährlich 25 Millionen Mark in die Reichskasse springen lassen. Für das Etatjahr 1911 hat man vorsichtigerweise nur 15% Millionen Mark als Ertrag dieser Steuer eingeseht. Das ist zweifellos ein blamables Fiasko. Nun bietet sich der Regierung ein Weiler an, der viel mehr aus der Zündholzsteuer für den Fiskus herauszuschlagen will; es ist die Vereinigung der Zündholzfabrikanten. Diese wollen im ersten Jahre 15 Millionen Mark dem Reichsfiskus zuführen und die Leistung allmählich bis auf 34 Millionen Mark pro Jahr anwachsen lassen. Natürlich verlangen sie dafür eine Gegenleistung, nämlich ein Privatmonopol für die Produktion und den Vertrieb von Zündhölzern und die Besteuerung aller anderen Zündmittel. Das könnte den Fabrikanten passen, sie würden das Vielfache der Steuer aus den wehrlosen Konsumenten herauszuschinden. Man merkt: der Gedanke der Liebesgabenpolitik macht Schule!

Die Fleischnot.

In Mannheim arbeiten anscheinend die Viehhändler der Steuerung der Fleischnot entgegen. Ueber den ersten Austritt französischer Viehes dortselbst am vergangenen Montag berichtet die Schlachthofdirektion:

„Der Import von französischem Schlachtvieh für den Platzbedarf war heute noch sehr gering; obwohl die Erlaubnis zur Einfuhr des ganzen Kontingents gegeben war, brachte nur eine Firma 11 Ochsen und 11 Farcen zum Verkauf, welche von ganz hervorragender Qualität waren. Die übrigen Händler, welche Einfuhrerlaubnis erhalten hatten, fanden die Einkaufspreise und die Spesen zu hoch. Die Preise für die französische Ware stellten sich deshalb mit den inländischen Waren gleich hoch. Die Händler mit inländischer Ware befürchteten einen zu großen Import französischer Schlachtvieh und so halten wir circa 200 Stück Wenigerzufuhr von deutscher Ware als sonst. Die Tendenz des Marktes war deshalb sehr lebhaft und ist vom Sinken der Fleischpreise noch zu bemerken.“

Unser Mannheimer Parteiblatt schreibt hierzu: „Es muß angefaßt der gestrigen Erfahrungen der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß nicht die Viehhändler durch absichtliche Zurückhaltung des einheimischen Schlachtviehs die Preis künstlich in die Höhe halten und so den Rohpreisen zur Verringerung der Fleischnot direkt entgegenarbeiten. Sollten die Herren wirklich eine derartige „Preispolitik“ treiben wollen, so müßten seitens der städtischen Verwaltungen energische Maßnahmen ergriffen werden, um diese Pläne zu durchkreuzen.“

Die Stadtverwaltung in Gotha hatte den Bezug von dänischem Ochsenfleisch organisiert, um es zum Selbstkostenpreis an das Publikum abzugeben. Das Fleisch wurde für 88 bis 72 Pf. das Pfund abgegeben. Darob waren die Fleischermeister erbost. Sie warfen dem Stadtrat „bedenkliche Kurzsichtigkeit“ vor und weitereten gegen die „Schädliche Kurzsichtigkeit“. Sogar einen Kandidaten zu der heute stattfindenden Stadtverordnetenwahl haben die Herren aufgestellt, und zwar den „Obermeister der Fleischerinnung“, der für die gesicherte Existenz der Berufscollegen kämpfen soll! Und schon haben sie den Erfolg zu verzeichnen, daß die Stadt den Fleischbezug einstellte. — Nach Walterhausen kamen pro Woche überhaupt nur 6 bis 10 Zentner des dänischen Fleisches. Der Fleischverkauf war noch nicht recht bekannt gegeben, da war auch schon „auverkauft“. Dem Stadtrat in Ohrdruf bewilligten die Stadtverordneten in der letzten Sitzung 1000 M., damit er dänisches und holländisches Rindfleisch beziehen könne, zwecks billiger Abgabe an die Bevölkerung.

Deutschlands Außenhandel. Nach den soeben erschienenen amtlichen Ausweisen betrug der Wert der deutschen Einfuhr im Oktober dieses Jahres ohne Edelmetalle 754,5 Millionen Mark und in den zehn Monaten Januar bis Oktober 7046,0 Millionen Mark gegen 6976,8 Millionen Mark im Vorjahre, die Einfuhr ist also um 70 Millionen gestiegen. Der Wert der deutschen Ausfuhr stellte sich im Oktober auf 648,5 und in den zehn Monaten Januar bis Oktober auf 6094,7 gegen 6301,4 Millionen Mark. Die Ausfuhr stieg demnach in den verfloffenen 10 Monaten dieses Jahres um rund 793 Millionen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des südlichen Amerika macht reizende Fortschritte. Die 20 Republiken „Latein-Amerikas“ (das sind die spanischen: Mexiko in Nord-, 6 Staaten in Mittel-, 9 in Südamerika, 2 in Ostindien; das portugiesische Brasilien und die westindische Negerrepublik Haiti) hatten im Jahre 1909 einen Gesamt-außenhandel von über 9 Milliarden Mark; genauer 2145 Millionen Dollar (zu 4,20 M.) gegen 1908 Millionen im Jahre 1908 und 942 Millionen im Durchschnitt der Jahre 1896/98. Gegen das Vorjahr ist das eine Zunahme um 7 1/2%, gegen den früheren Durchschnitt gar um 128%. Auf den Kopf macht das rund 80 Dollar bei über 71 Millionen Einwohnern. Auf die Einfuhr entfielen 895,7, auf die Ausfuhr 1249 Millionen, also ein Ausfuhrüberschuß von 353 Millionen gegen 198 Millionen im Vorjahr, wo die Einfuhr 809, die Ausfuhr nur 1007 Millionen Dollar betrug. Seit 1896/98 nahm die Einfuhr um rund 115, die Ausfuhr um 143 Proz. zu. 1909 entfielen auf die Länder Südamerikas 689,9 Millionen Einfuhr, 963 Millionen Ausfuhr, auf die übrigen 255,8 Millionen Einfuhr, 285,0 Ausfuhr. Weitans an der Spitze steht Argentinien mit 302,8 (Millionen) Einfuhr, 397,4 Ausfuhr. Es folgen Brasilien (179,7 Ausfuhr, 308,8 Einfuhr), Kuba (86,8 Einfuhr, 117,6 Ausfuhr), Mexiko (75,3 Einfuhr, 115,6 Ausfuhr), Chile (94,3 Millionen Dollar Einfuhr, 110,3 Millionen Ausfuhr). Von der Einfuhr kamen aus Großbritannien 289,1, den Vereinigten Staaten 200,8, dem Deutschen Reich 134,5 Millionen Dollar. Von der Ausfuhr gingen nach den Vereinigten Staaten 406,4, Großbritannien 221,7, dem Deutschen Reich 146,0 Millionen Dollar. Das Deutsche Reich war also an der Gesamteinfuhr dieser Länder mit 15, an ihrer Ausfuhr mit 11,7 Prozent beteiligt. An der Einfuhr aus Deutschland waren vornehmlich beteiligt: Argentinien (33 Proz. der deutschen Einfuhr), Brasilien (21), Chile (17), Mexiko (über 6), Uruguay (je 4 1/2—5 Proz.) — an der Ausfuhr dorthin: Brasilien (33 Proz.), Argentinien (28 Proz.), Chile (16), Mexiko (4 1/2 Proz.).

Besonders groß ist natürlich der Geschäftsverkehr mit den Vereinigten Staaten. Das internationale Bureau der amerikanischen Republiken in Washington, dessen Mitteilungen auch diese Statistik entnommen ist, berechnet den Gesamtbetrag des Kapitals, das aus den Vereinigten Staaten in den lateinischen Republiken angelegt ist, auf rund 1 Milliarde Dollars. Der größte Teil davon entfällt auf Eisenbahnen. In Mexiko sind rund 700 Millionen angelegt, beinahe die Hälfte der Gesamtsumme, was die Regierung des Präsidenten Taft die gefühlte Gewalttätigkeit des Präsidenten Diaz von Mexiko führt; 135 Millionen in Kuba, das beinahe die Hälfte der Gesamtsumme der nordamerikanischen Zuckerpflanzen von der spanischen Herrschaft „befreit“ wurde; 50 Millionen in Brasilien, 30 in Argentinien, 20 in Guatemala, je 10 in Bolivien und Chile, 7 in Costa Rica usw.

Aus der Frauenbewegung.

Erfolgreiche Agitation.

In den Kreisen Nieder-Barnim und Teltow-Beeskow wurde im den letzten Wochen eine Reihe von Frauenversammlungen abgehalten, die durchweg sehr gut besucht waren und der Organisation viele neue Mitglieder zuführten. Die verschiedensten Themata standen auf der Tagesordnung. In Reinickendorf sprach Genossin Friedländer vor ungefähr 300 Versammlungsbefugten über: „Lebensmittelmutter und Kaiserreden.“ Eine größere Anzahl neuer Mitglieder für den Wahlverein wurde hier gewonnen. In Dichtenberg referierte Genossin Wulff vor circa 400 Frauen über: „Die Frau im wirtschaftlichen Leben und die Auffassung des Kaisers über die Aufgaben der Frau.“ Auch diese Versammlung hatte einen erfreulichen agitatorischen Erfolg. Dasselbe Referent sprach in Friedrichsfelde über das Thema: „Die Reichstagswahlen“, wobei sie besonders hervorhob, daß sich die Frau um die politischen Verhältnisse kümmern mußte. Genossin Binjeler gab bekannt, daß in Friedrichsfelde eine Einrichtung zur Unterstützung für Wöchnerinnen und der Fürsorge für Lungenkranke bestehe, die leider zu wenig in Anspruch genommen wurde. Eine gute Versammlung hat auch in Tegel stattgefunden, wo Genossin Wulff über: „Zunierpolitik und Kaiserreden“ sprach. Eine größere Anzahl Frauen erklärte ihren Beitritt zum Wahlverein. Dasselbe Thema behandelte Genossin Wulff in einer gut besuchten Versammlung in Stralau, wo 14 Frauen für den Wahlverein gewonnen wurden. Eine Versammlung in Grünau, in der Genossin Schulte das Referat übernommen hatte, brachte dem Wahlverein 11 neue Mitglieder. Ueber: „Wilhelm II., die Königin Luise, die deutschen Frauen und Wäbchen“ sprach Genossin Waische in Marienfelde. Der Wahlverein gewann hier sieben neue Mitglieder. In Sieglitz wurden in einer Versammlung, in der Genossin Bieh über: „Lebensmittelmutter“ referierte, 25 Neuzugänge erzielt. Auch in Reinickendorf gelang es, eine Reihe neuer Mitglieder für den Wahlverein zu gewinnen in einer Versammlung, in der Genossin Bieh über: „Der Kampf der Frau um Schutz für Mütter und Säuglinge im Spiegel der Kaiserrede“ referierte. Die durchweg so fröhlichen Ausführungen lösten überall großen Beifall aus. Neben den Neuzugängen kann als Erfolg gebucht werden, daß eine größere Anzahl neuer Abonnentinnen für die „Gleichheit“ gewonnen wurde. In jeder Versammlung machte die Leiterin auf die Wichtigkeit der Lesabende aufmerksam und es ist zu wünschen, daß diesen Anregungen Folge geleistet werde. Bemerkenswert noch werden, daß in einzelnen Orten die Polizei anscheinend Gefahr für den Staat mitterte, denn sie hatte bewaffnete Mütter der Ordnung entzündet, die jedenfalls eine Revolution verhindern sollten. Aber die Revolutionierung der Köpfe kann man nicht verhindern.

Mutterkühn. Eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Bundes für Mutterkühn hat im Verein mit anderen gleichgesinnten Männern und Frauen ein neues Mütter- und Kinderheim ins Leben gerufen, zu dem ihnen als Grundlage von hilfsbereiter Seite 15 000 M. gespendet wurden. Das geräumige, in Bantow gelegene Mutterkühn-Haus, unter der Verwaltung von Frau Franziska Schulz, ist zwar wirtschaftlich völlig unabhängig vom Bunde, doch dessen Ideen, der unerbittlichen Mutter und ihrem Kinde in den Zeiten, da beider Existenz am schwersten bedroht ist, unter hygienischen Bedingungen eine sichere Stätte zu bieten, werden hier herrschend sein.

Lesabende.

Steglich. Freitag, den 18. November, fällt der Frauenleseabend aus.

Aus aller Welt.

Ein vermischter Ballon.

Seit Sonntag wird der Ballon „Saar“, der sich an einer Wettfahrt des niederrheinischen Vereins für Luftschiffahrt beteiligte, vermisch. Da man vermutet, daß der Ballon in die Nordsee abgetrieben worden ist, sind 20 Torpedoboote auf die Suche nach dem Ballon gesandt worden. Bisher ist die Streife ergebnislos geblieben, doch berichtet der Kapitän eines schwedischen Dampfers, der in Hamburg eingetroffen ist, daß er Sonntag nacht in der Nordsee bei hellem Mondlicht einen großen Ballon in nordwestlicher Richtung auf dem Meere habe treiben sehen. Nach Ansicht des Kapitäns haben sich im Nord-Deutschen See befunden, er habe jedoch auf Anruf keine Antwort erhalten.

Grubenkatastrophe in England.

Ein schweres Unglück ereignete sich gestern in einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Bristol. Nach dem Schichtwechsel wurde eine Anzahl Grubenarbeiter zutage gefördert, dabei stürzte aus bisher unbekanntem Ursachen ein mit Grubenarbeitern voll besetzter Fahrstuhl in die Tiefe. Drei Bergleute wurden sofort getötet, 25 wurden schwer verletzt an die Oberfläche gebracht.

Von einer Springflut überschwemmt.

In Triest wurden die am Meer gelegenen Stadtteile überflutet. Der Straßenbahnverkehr wurde teilweise eingestellt. Der Kometenlicht haben die Geschäfte in den an das Meer angrenzenden Straßen schwer gelitten. In den Kaffeehäusern erreichte das Wasser die Höhe von Sofas. Das Verdi-Theater wurde gleichfalls überschwemmt. Auch in dem Seebad Grado verursachte die Springflut großen Schaden. Am Strande wurden die Mauern und Badelajäten niedergedrückt. Die Insel bietet ein Bild trauriger Verwüstung. In Fiume richteten der Sturm und die Flut gleichfalls großen Schaden an. Zwei Eisenbahnwaggons wurden umgeworfen, acht andere aus den Schienen gehoben. Die sehr hoch gehende See warf zahlreiche Boote um. Der Leuchtturm bei Fiume wurde fast ganz demoliert. In Venedig überschwemmte die Springflut den Markusplatz derart, daß der Verkehr nur durch Gondeln aufrechterhalten werden konnte.

Während eines Sturmes, der am Dienstagabend auf dem Mitteländischen Meere tobte, wurden durch Springfluten, die über das Ufer drangen, mehrere Dörfer schwer heimgesucht.

Aus dem Eisenbahnwagen gestürzt.

Auf der Fahrt von Koblitz nach Görlitz ist eine Schülerin, Tochter des Eisenbahnassistenten Apelt in Koblitz, aus dem Zuge gestürzt und von einem vorbeifahrenden Güterzuge getötet worden. Fast zu der gleichen Zeit ist ein zwölfjähriger Knabe aus Bodeg, der sich mit seiner Mutter auf dem Wege nach Hamburg befand, zwischen den Stationen Weddel und Schandelaß in Braunschweig aus dem Zuge gestürzt. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß es eine halbe Stunde nach der Einlieferung in ein Krankenhaus starb.

Zu teuer standesgemäß!

Eine kurtose Geschichte meldet unser Kasseler Parteiblatt aus Eschwege. Danach soll dort ein Gerichtsvollzieher strafverurteilt worden sein, weil er den Pferdeweiß von der an seinem Garten vorbeifahrenden Straße in seinen Garten gebracht habe. Kollegen haben den Mann wegen dieser nicht standesgemäßen Tätigkeit angezeigt. Die vorgelegte Behörde hat die zweitwertigste Maßregel, die Strafverurteilung, über den Säuber verhängt, der in so unerhörter Weise gegen die Moralität des Gerichtsvollzieherstandes gesündigt hat. Vielleicht hat zwar der gegen seinen Stand frevelnde Gerichtsvollzieher in seinem Leben als Kavallerist schon des öfteren den Pferdeweiß aus dem Stalle entfernt, das berechtigt ihn aber durchaus noch nicht, als Mann mit der bekannten blauen Mütze in alte standesunwürdige Passionen zu verfallen.

Die Hölle von Jalta.

In der Nähe von Jalta, am Ufer des Schwarzen Meeres, wurde auf den Tabakplantagen von Kriß eine ganz unglückliche Explotation von Frauen und Kinderjahren festgestellt. Der Be-

statter Zwang seine Arbeitskräfte, täglich ununterbrochen von 4 Uhr früh bis 12 Uhr nachts zu arbeiten. Häufig wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen, die zudem auf das elendeste entlohnt wurden, vom Arbeitgeber geprügelt. Die humane Polizei verurteilte den Plantagenbesitzer wegen Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften zu der horrenden Strafe von fünfzig Rubel!

Ganz wie bei uns! Auch in Deutschland werden ja die Unterwerfer fast in allen Fällen, wo es sich um ungesetzliche Ausbeutung der Arbeitskraft handelt, mit Strafen belegt, die wie eine Prämie auf die Uebertretung der Arbeitergesetzgebung wirken.

Kleine Notizen.

Eine blutige Schlägerei gab es am Mittwochabend in Hana u zwischen Soldaten des 8. Kanon- und dritten Eisenbahnregimentes. Zwei Soldaten vom 3. Eisenbahnregiment wurden durch scharfe Säbelhiebe am Kopf und an den Armen schwer verletzt. Die Exzedenten wurden sämtlich nach der Polizeiwache gebracht.

Die Liebe. Aus Eiferfücht schoß am Mittwochabend in Frankfurt a. M. ein 21-jähriger Mechaniker auf seine Geliebte und verwundete sie schwer. Nach der Tat richtete er die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine Kugel in den Kopf, die ihn schwer verletzte. — Aus den gleichen Motiven erschoss in Chemnitz ein 25-jähriger Kaufmann eine 21-jährige Kellnerin. Durch einen Schuß in die Schläfe verletzte er sich dann selbst in lebensgefährlicher Weise.

Wieder einer! Der Rentant der Gerichtskasse in Heide, Gerichtsschreiber Fickel, ist nach Unterschlagung von mehr als 20000 Mark amtlicher Gelder flüchtig geworden.

Ein großer Brand hat in der letzten Nacht das Jesuitinnen-Kloster in Pologz in russischen Gouvernement Witebsk eingeäschert. Von den 60 Nonnen, die das Kloster bewohnten, werden drei vermißt.

Inserem Genossen u. Genossin
Karl Böhme nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur
silbernen Hochzeit.
Die Genossen des 709. Bezirks.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Portier
Oskar Fabian
am 15. November im Alter von
43 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, 19. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes der Christen-
Gemeinde aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Ernst Krause
am 13. November im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
42/6 Die Bezirksverwaltung.

Dankjagung.
Sagen hiermit allen, welche
meinem lieben Gatten, unserem guten
Vater, dem Kesselfabrikanten **Robert
Berg** auf seinem letzten Wege das
Schmerzliche gegeben, unseren herzlichsten
Danke.
18102

**Wwe. Charlotte Berg
nebst Kindern.**
Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
Mannes
Joseph Kittel
dem Deutschen Metallarbeiterverbande
(Verwaltungsstelle Berlin) sowie allen
Freunden, Bekannten und Verwandten
meinen innigsten Dank.
18688
Die trauernden Hinterbliebenen:
Albertine Kittel geb. Berlin.

Dankjagung.
Zurückgeführt vom Grabe unseres
lieben Enkelsohnes lagen mir allen,
die ihm das letzte Geleit gaben, herzlichsten
Danke. Auch danken wir für
die zahlreichen Kranzspenden und
Unterstützung während der Krankheit
des Verstorbenen. Insbesondere
danken wir dem Köpenicker Wahl-
verein, dem Köpenicker Männerchor,
sowie den Kollegen der Firma H.
E. G. W. Hummelstein und den
Kollegen der Firma Köppler u. Co.,
Köpenick.
Die trauernde Witwe
Pauline Engler nebst Kindern.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die vielen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, des Vorstandsleiters
Karl Hollmich
sage ich allen Bekannten, dem Herrn
Geh. und den lieben Kollegen meines
unvergesslichen Mannes meinen herzlichsten
Danke.
18112
Die trauernde Witwe **Julie Hollmich**
nebst Kindern.

Zigaretten
Josetty, Manoli, Garbaty etc.,
10 Stück 2 Pf., Marken 15 Pf.,
14 Stück 20 Pf., 10 Stück 3 Pf.,
Marken 25 Pf.; 10 Stück 4 Pf.,
Marken 30 Pf. usw.

Zigarren
erstklassige Fabrikate
zu billigsten Preisen
Alte Jakobstraße 133.

**Orts-Krankenkasse
des
Mauergewerbes
zu Berlin.**
Montag, den 28. November
1910, abends 8 Uhr, findet Engel-
ufer 15 (Gewerkschaftshaus), Saal 7,
General-Versammlung
der Vertreter der Kassemitglieder
und der Arbeitgeber statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit des Vor-
standes.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes
für die Jahre 1911 und 1912 für
die ausscheidenden Vorstandsmit-
glieder: a) von den Arbeitgebern
die Herren Schmidt und Giesch,
b) von den Kassemitgliedern die
Herren Dehne, Lehmann,
Dachsel, Weisau.
3. Wahl des Rechnungsprüfungs-
ausschusses.
4. Statutenänderung der §§ 37, 58,
5. Beratung und Beschlußfassung über
den mit dem Kreisverein für die
Jahre 1911-1912 abzuschließenden
Vertrag.
Berlin, 14. November 1910.
Der Vorstand,
H. Dachsne, K. Lehmg.

**Orts-Krankenkasse
der Schmiede.**
Sonntag, den 26. November,
abends 8 1/2 Uhr,
bei Robert, Markstraße 14,
Eingang Grüner Weg:
**Ordentliche
General-Versammlung.**
1. Neu- resp. Wiederwahl der aus-
scheidenden Vorstandsmitglieder:
a) 1 Arbeitgeber auf 3 Jahre,
b) 2 Arbeitnehmer auf 3 Jahre,
c) 2 Arbeitnehmer auf 2 Jahre
(Erfahrungswahl).
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung 1910. 280/17
3. Verschiedenes.
Der Vorstand,
H. d. Pilgrim, Vorsitzender.

Offertiere in frischer, nur schöner Ware:
Nur ein Preis!
Fette Gänse 0,65
8-14 Pfund schwer.
Nur allererste Qualität
Gänserdämpfe, 1/2 Gänse.
Fette Suppenhühner, Jge. Braunschwärz.
F. Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

Bekanntmachung.
Die statutenmäßige
General-Versammlung
der Ortskrankenkasse hier selbst findet am
Dienstag, den 29. Nov. 1910,
abends 8 Uhr,
im **Sadauschen Restaurant**,
Reichenstraße 124 hier selbst statt.
Tagesordnung:
1. Wahl von Vorstandsmitgliedern
a) einen Arbeitgeber,
b) vier Arbeitnehmer.
2. Wahl der Rechnungsprüfer für
die Jahresrechnung von 1910.
3. a) Beiseite des am 7.
7. Dezember 1909 be-
zogenen 19. Oktober 1910 beschlossenen
Statuts.
b) Beschlußfassung betreffend die
Änderung des § 43 des
Statuts.
4. Genehmigung des mit dem
Kreisverein abzuschließenden Ver-
trages.
5. Antrag der Beamten, betreffend
die Gehaltserhöhung.
6. Verschiedenes.
Die Kassenvorstände haben zu ihrer
Legitimation die Kassenscheine sowie
besonders ergehenden Einladungen
vorzulegen.
Mitgliedern, die nicht zur Kassenvor-
sitzung gehören, kann der Zutritt
nicht gestattet werden.
Etwasige Beschwerden, zu denen die
Einsichtnahme der Geschäftsbücher er-
forderlich ist, sind dem Vorstande
mindestens drei Tage vorher schriftlich
einzureichen.
280/16
Reinickendorf, 17. November 1910.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse
H. v. Bensch, Vorsitzender.
Weiter werden Kundhaft zur Nach-
richt, daß ich die Werkzeugschlosserei
Ludwig Koch,
Straßenburger Straße 10,
weiterführe. 18766 Witwe Koch.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer - Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Kadler-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 20. November.
1. Abt.: 1 Uhr: Vopenberge. Start:
Kilometer 58.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Krankenhaus-
besuch. (Düne Kab.) Treffpunkt:
Fontane-Bromenade 18.
3. Abt.: 1 Uhr: Grünau (Ziger-
haus). Start: Kaufmänn. Platz.
4. Abt.: 7 Uhr: Streikzüge durch
den Westen. 1 1/2 Uhr: Zehlendorf
(Mittag). Start: Köpenicker Platz.
5. Abt.: 2 Uhr: Hirschgarten (Kar-
toffel- und Feringstour). Start:
Kilometer. Bei schlechtem Wetter per
Bahn.
6. Abt.: 5 Uhr: Obilke.
7. Abt.: 1 Uhr: Wannsee. Start:
Köllner Str. 8.
8. und 9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Wilhelm-
ruh (See- und Wald). 8. Abt. Start:
Waldstr. 8. 9. Abt. Start: Schilling-
straße 15.
10. Abt.: 1 1/2 Uhr: Zehlendorf.
Start: Weberstr. 6. 12/20

**Tischler - Verein
(E. H. 80.)**
Sonntag, 19. Novbr., abds. 8 1/2 Uhr,
Reichenstr. 15:
Versammlung.
Bertrag des Herrn H. Fromhold
über: „Konventionelle Lügen“.
Verschiedenes.
190/9 Der Vorstand.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.
Tor. Elg. Brad. Gebrod
1,50, Josef 1,00, Weite 60 Pf.

Betrifft Herren
welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen.
Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrenanzüge: Ge-
legenheitsanzüge in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese
Stücke sind zum Teil aus feinsten Materialien gefertigt (mit Stieppel-
auch auf Seide gefüttert, für jeden Herrn passend am Lager, u. a.:

Winterpaletots	10.-14.-18.-22.-
Ulster engl. Farben	12.-16.-20.-24.-
Jackett-Anzüge	11.-15.-18.-24.-
Gehrock-Anzüge	18.-22.-27.-32.-

Beinkleider v. M. 6.- an
Hochzeitanzüge, Übergangspaletots, Bein-
kleider, Gummimantel etc. sehr preiswert

Verteilung von Gesellschafts-Anzügen.
Abonnements-Haus Jägerstr. 11 G. m. b. H.
im Laden
zwischen Friedrich- und Kanonierstraße
Vorwand- und Abonnements-Abteilung, Sonntag 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.

**Linbr
Pfeifenbau!**

Eine wirkungsvolle Agitationschrift
Preis 5 Pfg. • Bei Partiebezug erheblicher Rabatt
Verlag W. Pflanzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstr. 3

Wenn der Steigerlauf der Sozialdemokratie beschleunigt werden soll,
wenn die nächsten Reichstagswahlen eine vernichtende Niederlage der
Anter und anderer Neofaschisten bringen soll, muß das große Herz der
Landarbeiter und der Landarbeiterinnen und auch die Masse der
Frauen in den Städten für die Arbeiterbewegung gewonnen werden.
Diesem Zweck dient nun ihre Schwester auf dem Lande, die einfach
und vollständig die Hauptforderungen der Sozialdemokratie und die
Einnahme der Gegner behandeln. Welchen großen Umfang die Vertrie-
be in Nord und Süd gefunden haben, beweist am besten die Tatsache, daß sich
fast bei jeder Zeit ihres Erscheinens drei große Auflagen nötig machten

Zu haben in sämtlichen Parteigeschäften

Unser neuer Salamander-Korksohlenstiefel
D. R. G. M. 362 918
bietet Schutz gegen Nässe und Kälte,
indem er Ihre Füße warm und trocken
hält. Er kostet in Luxusausführung M. 16,50



Fordern Sie Musterbuch V

Salamander

Schuhgen. m. b. H., Berlin

Zentrale: Berlin W. 8, Friedrichstr. 182.

W. Friedrich-Straße 182	NO. Gr. Frankfurter Str. 102
SW. Friedrich-Straße 221	(am Straußbergerplate)
N. Friedrichstr. 118/19	NW. Wilsnacker Straße,
O. König-Straße 47	Hecke Turm-Straße 9
W. Potsdamer Straße 6	Charlottenb., Wilmersdorfer
O. Rosenthaler Tor 1	Straße 126
W. Tauentzien-Straße 15	Steglitz, Schloß-Straße 20
N. Bad-Straße 20	Spandau, Breite Straße 30
	Potsdam, Nauener Str. 24

Das ist die Brandsohle.



A. Lohwandtschich
B. Lederbrandsohle
C. gerollte Korksohle
D. dünne Lederbrand-
sohle

Kräftige Kalbleder-Wetterstiefel
für Damen und Herren mit
extra starken Doppel-Sohlen
Einheitspreis M. 12,50
Luxusausführung . . M. 16,50

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten, 60112
jeht Krausenstr. 139, gegenüber
Kommandantenstraße.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12.

Nathan Wand
129 Stollger Str. 129.
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots u. Ulster
und Anzüge
in neu
fotografisch
Monats-Garderobe
von Modellen getragene Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
besitzt auch auszuweihen sind in
großer Auswahl stets zu hand-
habigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stollger Str. 129.
Hochbahnhofsstation Köpenicker Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Gewerkschaftshaus
mit 100 Betten, Beclammlungs-
zimmer, Saal in einer lüftlichen
Zubehörtstadt an launigen
nachweislich tüchtigen Wächter
zu vergeben. 183/75
Angebote unter **H. 303 P.M.**
an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 20. November, abends 6 Uhr, im Moabiter Schützenhause, am Nordufer:

Jugend-Versammlung.

Vortrag des Herrn Dr. Hugo Leichtentritt über:

Die Entstehung und Entwicklung des Liedes.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, bei Grande, Weinstraße 11:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dawell über: „Die indirekte Besteuerung der Arbeiterklasse.“ 2. Verbandsangelegenheiten.

NB. Die Mitglieder-Versammlung der Jungerkrankenkasse findet am Freitag, den 18. November, nicht statt.

Es handelt sich um eine Versammlung der Delegierten zur Jungerkrankenkasse.

44/11 Der Vorstand.



Großes Aufsehen Martin Katz

Schneidermeister

Dresdener Straße 76, nahe dem Thalia-Theater

Herbst- und Winter-Garderobe nach Maß

aus besten deutschen u. englischen Stoffen, prima Zutaten, billigste Preise bei

regieren die enorm billigen Preise bei

Fertige Herren-Konfektion

in gediegener Ausführung in großer Auswahl am Platze.

Kleinste Wochen- oder Monatsraten gern gestattet.

Vorzug dieses Inserats erhält 5% Rabatt.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche-Fabrikation, Wäsche-Konfektion, Krawatten-, Korsett- und Schürzenbranche Berlins!

Kollegen und Kolleginnen! Bei der Firma Grünbaum hat man die Zuschneider wegen der Fieseler Streikarbeit gemahnt, die dortigen Arbeiterinnen werden sich mit ihnen solidarisch erklären, mag kommen, was da will.

Wäschearbeiterinnen und Arbeiter! Wir rufen Euch zu: Macht keine Streikarbeit! Zurück mit jeder fremden Arbeit! Kommt alle, um die notwendigen Schritte zu besprechen und zu beschließen, in die

Öffentliche Versammlung

am Freitag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizer-Garten, am Königstör.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik der Wäschearbeiter in Bielefeld, die Unterbringung von Streikarbeit in Bielefeld und die hieraus resultierenden Maßnahmen und event. Arbeitsniederlegungen bei der Firma Emil Grünbaum: Berichtserstattung über die Sitzung mit den Fabrikanten, und was bedeutet die Berliner Wäschearbeiterchaft zu tun? Referenten: A. Eue und A. Heitmann. 2. Diskussion und Beschlußfassung.

Kollegen, Kolleginnen, Heimarbeiterrinnen! Sehr ernst ist die Situation für die Wäschearbeiter! Unsere Parole sei, darf nur sein: Kampf mit der Streikarbeit aus Berlin.

Fabrik- und Heimarbeiterrinnen und bei Zwischenmeistern Beschäftigte kommt zur Versammlung!

Die Anfänger und Fahrer sowie die Arbeiterinnen in Dampfwech-anstalten sind hiermit ganz besonders eingeladen.

Unsere Mitglieder ersuchen wir, in allen Arbeitsfällen diese Versammlung bekannt zu geben.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.

Neue Königt. 6. Bismarck Berlin III. Telefon 3, 6734.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat (Einmal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleinmonatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10110.

Auch Sonntags geöffnet.

Bekannt in aller Welt ist's lang, „Humor“ nimmt ein den ersten Rang.



Humor

putzt alle Metalle sauber und geruchlos.

Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.

Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31

Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

8. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. November vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

434 858 [500] 540 1099 [500] 241 450 659 870 2019
509 10 368 403 [500] 505 614 964 3022 301 [500] 921 47
4071 96 377 693 813 [500] 922 5509 705 800 833 95
6124 25 55 63 [1000] 419 582 602 34 7094 280 421 600
84 704 84 8409 507 078 30 [1000] 730 9238 206 610 29
87 854
10014 24 379 442 89 771 11305 27 29 [500] 33 531
423 68 12009 71 71 314 809 13487 759 875 14039 133
303 490 500 725 516 15072 125 250 91 243 322 726 80
94 828 83 961 16158 211 300 473 525 947 17108 18063
153 339 82 90 900 19:54 329 86 [5000]
20025 87 208 [500] 21647 89 239 360 818 725 84
829 987 22285 328 459 [500] 750 935 83 88 [500] 23306
87 401 4 2009 710 942 24206 407 80 503 23 018 82 744
25377 322 34 913 26294 252 461 881 935 27009 29
[1000] 205 601 28129 334 351 516 29101 212 31 409
33 564 838 35
30053 818 93 [500] 745 951 [500] 31090 250 81 789
603 34 321 228 63 285 473 608 35 704 933 39 981
33381 48 414 545 632 734 [500] 898 344 500 696 706 31
[500] 58 [1000] 841 [500] 954 35123 288 428 [1000] 932
36182 259 300 417 707 89 37058 183 219 [500] 60 820
45 [1000] 406 830 38211 35 370 [1000] 800 917 39215
202 547 731
40154 412 676 41890 143 334 71 402 22 828 [5000]
942 42012 27 74 213 321 432 [1000] 33 [1000] 71 550
420 63 292 43168 204 21 32 543 458 [500] 44254 459
733 303 45168 28 87 96 558 85 852 42601 314 34 42
85 812 [1000] 21 79 792 47157 540 683 729 67 [1000]
825 71 48029 791 [5000] 346 89 328 509 700 803 49153
89 240 438 41 370 318 [500]
50291 828 704 856 [5000] 325 49 51888 258 274 417
670 91 840 76 [500] 924 67 [1000] 52207 46 320 981
83 480 [500] 32 84 38 506 800 73 [500] 53193 233 684
88 730 801 54001 91 110 306 814 737 37 [500] 812 50
55238 56 [500] 237 68 864 80 807 930 56930 356 63
479 [1000] 542 [500] 687 57660 193 500 516 70 [500]
804 58185 82 [1000] 438 542 690 712 838 [1000] 50987
152 208 619 [1000] 79 307 52
60106 215 34 282 181 35 507 61196 343 351 67 94
[500] 472 633 [500] 721 27 858 [500] 62555 [1000] 63067
211 454 539 86 64894 635 [1000] 660 65003 70 81 681
712 878 66109 217 282 921 87 67181 440 549 903 84
68201 [1000] 304 [500] 402 69446 62 688
70150 [500] 296 425 341 928 48 71402 550 613 828
641 [500] 78 [500] 72023 [500] 81 324 339 527 639 700
829 922 73 [500] 73231 74 74400 101 252 73 168 [1000]
88 75271 322 13 494 541 45 743 505 [1000] 76234
353 424 [1000] 505 801 875 77068 193 87 294 317 578
87 807 37 51 90 97 741 870 855 78011 44 101 214 60
85 496 371 89 601 60 716 850 83 028 30 60 79389 541 764
80138 356 [1000] 492 81314 45 47 633 196 931
82404 940 67 84205 105 88 489 502 816 500 85 85178 290
421 85 800 14 88094 221 348 72 [500] 718 815 89 78
[1000] 95 509 87034 [1000] 541 88 [500] 627 89 773
88022 350 29 22 466 [500] 870 [500] 910 87 99 89241
82 614 378 88
90088 291 359 78 458 [500] 352 82 756 933 91290
[1000] 530 78 354 92174 600 710 85 890 [500] 93443
[1000] 88 749 [500] 50 [500] 94049 301 418 570 863
95490 514 633 732 62 835 96204 12 322 400 [500] 659
700 21 89 882 920 97000 26 118 227 353 708 378 972
95038 67 [5000] 251 80 74 329 414 48 500 612 39 712
41 83 815 99141 [500] 927 648 75 727 827 [5000] 47 970
100141 335 410 521 918 70 115 10122 34 681 750
870 102 655 654 848 [1000] 62 103150 201 62 810 710
[500] 85 825 78 940 62 63 [500] 104869 285 628 705
881 953 62 105910 17 89 219 414 713 90 822 29 106079
381 447 872 841 107111 71 [500] 462 87 548 67 631 73
108028 729 804 27 903 10 77 109248 511 676 700 62
633 [500]
110808 414 45 783 87 98 111444 544 74 825 729
888 112321 474 87 [500] 113100 780 559 114047 367 41
928 615 935 115115 [500] 464 545 633 339 55 116296
479 [1000] 500 [10000] 891 941 117133 [500] 256 [1000]
79 534 [1000] 856 [500] 118054 188 [1000] 619 21 799
802 73 903 119029 60 84 153 [500] 321 405 37 [5000]
862 [500] 854
120505 [500] 380 475 83 644 [500] 121013 137 217
811 67 800 223 41 122028 14 203 49 66 315 [500] 43
801 841 726 47 89 846 69 123270 336 404 64 517 [1000]
800 842 967 124550 303 414 85 125211 611 41 708 84
804 [500] 946 96 126127 802 [500] 127100 48 72 300 3
128067 [1000] 116 38 247 607 700 329 129222 82 83
488 99 [1000] 788 465
130272 [5000] 82 630 95 922 131800 [5000] 724 56
945 132056 224 [5000] 440 737 [1000] 133326 184108
243 [1000] 514 78 130 135032 80 283 415 36 77 683 72
702 889 136125 [5000] 232 459 646 77 810 137302 303
138282 346 95 281 196 139123 32 [5000] 811 [500] 908
82 628 59 734 849 77 909 31
140135 326 401 710 141045 400 588 668 772
142172 324 301 67 246 632 82 [500] 809 43 143004
304 71 [500] 98 69 574 237 77 853 [500] 95 840 70 567
144000 250 410 521 256 145010 97 283 453 [10000]
146229 323 95 424 [500] 44 72 274 [500] 91 743 [1000]
814 811 [500] 96 147178 87 855 [1000] 435 77 [1000] 831
76 85 148179 912 [500] 149206 845 96 421 977 [500]

150010 83 [500] 91 146 365 568 [1000] 602 151719
89 821 89 152179 311 71 33 791 831 153300 96 [5000]
493 515 95 632 787 815 154141 71 227 94 323 42 703
[500] 896 [500] 155182 203 210 32 445 63 297 770 259
89 79 156029 99 291 77 78 432 607 882 922 157602
181 260 858 158821 58 97 183 215 [1000] 44 365 [500]
494 310 33 703 159015 150 315 437 721 871 [500] 954
[1000] 82
160016 340 409 502 621 38 63 [500] 643 161043 121
217 341 [500] 948 162024 315 611 724 887 163047 [500]
887 823 83 164275 458 600 165007 303 [500] 56 402 8
420 83 715 322 85 [500] 173115 95 408 287 176982
904 47 167348 [1000] 400 307 876 919 168900 663 629
744 841 169182 39 209 082 679 707 883 92 906
170123 91 254 387 329 [1000] 89 641 724 171018
181 71 [500] 307 [5000] 89 325 758 933 84 172294 344
448 376 650 51 713 21 848 948 54 173101 487 898 174033
430 83 715 322 85 [500] 173115 95 408 287 176982
135 37 63 232 88 390 507 79 784 935 54 177880 297 319
05 [500] 655 700 48 [5000] 800 815 [500] 178017 155
310 [5000] 648 532 982 179000 170 305 88 97 619 91 947
180824 70 445 50 151888 234 [500] 85 431 583
643 835 [500] 182025 448 533 87 71 787 85 48 99
183207 375 489 582 184188 814 [500] 85 [500] 239 [1000]
112 78 271 459 500 27 984 186000 155 85 [500] 239 [1000]
89 494 511 715 31 35 45 87 823 [500] 170 802 992 [500]
206223 259 69 61 824 873 [500] 779 802 992 [500]
24 56 86 121 321 [5000] 89 481 [500] 292 690 790
180000 639 [500] 732 805 191047 270 87 [500] 429
[500] 859 83 832 979 19222 42 414 790 193188
209 67 604 61 194013 49 376 [500] 405 195208 309 403
541 818 80 196128 272 481 277 197004 35 116 19 [500]
72 541 850 198222 216 600 719 28 198 [500] 72 199110
85 258 314 [500] 30 81 403 30 345 919
200112 352 578 813 897 38 [10000] 201263 89 507
[1000] 84 328 58 769 202 [600] 847 83 997 [500] 203029
49 318 99 662 898 925 22 204007 123 54 235 81 324 378
669 205002 [1000] 125 89 753 943 206207 17 98 408
753 960 207227 821 37 [500] 790 [500] 411 71 942 97
206223 259 69 61 824 [500] 673 [500] 779 802 992 [500]
208120 [500] 224 436 483 728 56 [500] 911 63
210159 211 432 [500] 308 645 [1000] 211047 78
[500] 329 474 [5000] 88 287 861 212227 323 322 [500]
52 710 71 842 909 [500] 213172 223 31 324 95 477 770
79 992 21494 71 328 480 217 558 219269 371 513 71
728 800 901 216100 220 95 422 502 673 88 [1000] 87
726 65 217467 293 338 428 643 739 992 218233 244 67
425 322 704 26 [500] 977 219128 483 134
220209 180 225 39 483 208 720 918 221114 550
222172 238 72 115 603 5 35 711 [1000] 3000 [500] 308
223181 221 405 525 629 793 836 224154 [500] 76 521
61 [500] 49 [500] 707 89 85 875 955 225000 123 82
508 226227 [5000] 324 494 634 922 37 227296 343 766
818 229082 148 [1000] 211 331 99 488 550 87 98 699
703 229255 81 803 32 500 [5000] 23 682
230151 25 47 201 92 333 448 [500] 85 725 23
694 231127 39 359 467 20 502 729 241 232523 818
[1000] 896 [5000] 874 232008 85 262 69 419 417 520
234170 219 [500] 328 676 [500] 235104 94 388 418 23
43 490 265 238125 85 217 12 47 632 700 76 239728 304
74 677 15 238147 216 429 [500] 770 962 239014 118
218 69 450 232 318 20 [500] 55 61
240087 261 312 529 49 56 241008 240 95 437 99
242082 [500] 112 321 862 75 448 243004 100 13 24
53 419 714 244142 767 840 305 [500] 21 245669 828
904 87 246081 270 592 743 800 [1000] 247421 [500] 628
827 948 [500] 248212 422 32 821 919 249009 187 233
560 888
250042 67 251005 [5000] 154 86 [500] 91 715 80
74 996 [5000] 252102 12 379 328 572 822 844 253398
730 880 [5000] 500 254022 312 58 214 371 89 [500] 414
574 [1000] 251 255108 615 618 [500] 817 62 256003
44 255 385 405 71 87 850 256 [500] 257104 319 417 520
257000 [500] 258 259 [500] 259000 897 [500] 333 467
259000 [1000] 169 259 59 603 600 [500] 91 754
261214 24 840 70 11 63 805 6 [1000] 262038 478 275
442 251 828 48 950 67 263010 109 25 504 545 64 730
972 [500] 82 264055 214 732 99 265104 92 514 682
735 266304 232 560 88 886 904 66 [500] 267181 279
263 404 268164 237 395 269005 92 402 [500] 218 21
783 99
270083 190 826 271085 151 290 336 65 644 798 883
914 272124 41 200 20 225 [500] 447 911 21 273012 367
225 74 812 246 79 829 274182 544 65 393 455 681 [5000]
698 448 940 78 275104 311 435 516 801 276994 295
277047 [500] 69 258 88 687 701 821 978 [500] 200
278000 29 117 [500] 99 278 82 [500] 687 [500] 77 90
733 279185 179 287 315 620 [500] 897 [500] 96 467
280076 179 290 704 839 904 281100 318 [1000] 417
414 268 37 42 751 282027 127 214 800 302 283008 235
477 229 284054 287 805 89 419 740 810 31 283000 57 73
912 285120 310 482 585 731 286282 454 322 75 97 934
287200 37 288288 697 770 883 884 289040 207 48 7
207 [500] 9 82 403 45 70 674 850 90 008
290236 406 [1000] 96 613 [5000] 95 788 804 291074
[500] 128 60 212 58 403 11 874 292 978 537 683 293065
222 37 303 87 481 32 603 86 909 294047 [1000] 91 448

Stadtverordneten-Versammlung.

82. Sitzung vom Donnerstag, den 17. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und gedenkt zunächst der Verdienste des verstorbenen früheren Stadtrats, Stadthalter Dübner.

In den Ausschuss für die Vorlage betr. die Petition für die Bewirtschaftung der Güter und Rieselfelder der Stadt Berlin hat die sozialdemokratische Fraktion die Stadterordneten Borgmann, Heilmann, Koblenger und Bengels deputiert.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der vom Magistrat am 7. November zur Kenntnisnahme vorgelegte Bericht der Deputation für die städtische Irrenpflege über die neuerdings gegen die städtischen Irrenanstalten.

Öffentlich erhobenen Anschuldigungen.

Es handelt sich um die am 9. und 12. September im „Berliner Tageblatt“ unter dem Titel „24 Stunden in der Irrenanstalt“ publizierten Artikel, in welchen „große Missetaten“ in Dalldorf, Herzberge und Buch behauptet werden. Der Bericht (gez. Straßmann) bestreitet fast durchweg das Vorhandensein der behaupteten Missetaten und führt die Anschuldigungen insbesondere hinsichtlich der Stellung des Arztes und Pflegepersonals wiederholt auf „läienhafte Auffassung“ und auf „aus mangelnder Sachkunde erwachsene Mißverständnisse“ zurück. Zum Schlusse heißt es: „Den Artikeln kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie ohne genügende Sachkenntnis und ohne vorherige gewissenhafte Orientierung von Unruhigen in die Berliner Bevölkerung getragen haben, ohne daß ein sachlicher Grund dazu vorhanden ist.“

Stadtr. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.): Der Magistrat hat gut daran getan, sich nicht auf eine Zeitungspolemik einzulassen, sondern die Sache vor das rechte Forum zu bringen. Mit den Angriffen eines Anonymus im „Vol.-Anz.“ und den referierenden Mitteilungen in der „Deutschen Tageszeitung“ und im „Vorwärts“ brauchen wir uns nicht weiter zu befassen. Ich halte die Angriffe des Herrn Heijermans im „Berliner Tageblatt“, obwohl er in seiner heute erschienenen Broschüre „reine Menschlichkeit“ als Grund für sein Vorgehen angibt, für eine Lende Sensation zu machen. (Zustimmung.) Kommt es ihm auf wissenschaftlich-humanitäre Forschungen an, so hätte er sich an die Verwaltung wenden können. Das hat er aber vermieiden. Wir haben in der Verwaltung nichts zu verbergen; was der Verfasser zum Gegenstand seiner Angriffe macht, ist hier bereits oft in größter Breite verhandelt worden. Es ist eine Annahme, wenn ein Laie und über die Behandlung der Irren belehren will; das versucht er aber hinsichtlich der Dauerbäder. Geradezu Pflichtvergessenheit würde es sein von der Leitung unserer Anstalten, wenn das noch gar nicht erprobte Mittel Heilich-Gata 606 bei der Behandlung zur Verwendung käme; Versuche nach der Richtung müssen natürlich gemacht werden und werden gemacht. Seine Behauptung, daß kein Psychiater in der Deputation sähe, ist ein Konfession; 4 sitzen darin. Ebenso hinwiegend ist sein Konium, daß Ärzte ohne genügende Vorbildung in der Psychiatrie angestellt werden. Alles das beweist, daß hier ein Unberufener das Wort ergriffen hat. Der Wechsel ist weder bei den Ärzten, noch bei den Pflegern ein übermäßiger. Daß durch eine Verteilung unglücklicher Umstände einmal ein Irre erkrankt, wird sich nie vermeiden lassen. Die Errichtung besonderer Heimstätten für Irre, um ihnen größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen, ist von zweifelhaftem Nutzen, wie ein in Frankfurt a. M. gemachter Versuch gezeigt hat. Im übrigen sind wir auf diesem ganzen Gebiete ständig bemüht, Fortschritte zu machen; insbesondere wird der Wohnungsfrage für die Ärzte wie für die Pfleger stets Aufmerksamkeit zugewandt. (Beifall.)

Stadtr. Straßmann: Von den beiden Artikeln des Verfassers ist nur der erste feuilletonistisch; der zweite versucht eine sachmännliche Kritik. Wir haben den ärztlichen Begleiter des Verfassers ausfindig gemacht und ihn protokolllarisch vernommen; es hat sich ergeben, daß seine Ansichten sich mehrfach mit den Ausführungen des Artikels nicht decken. (Hört! hört!) Der Verfasser war nur in Herzberge, aber nicht in Buch und nicht in Dalldorf, aber er dehnt seine Angriffe auf alle drei Anstalten aus. Der Aufforderung der Dalldorfer Ärzte, diese Anstalt zu besuchen, ist er nicht nachgekommen. (Hört! hört!)

Stadtr. Ulrich (U. U.): Wir nehmen Kenntnis von der Magistratsvorlage und billigen grundsätzlich die Stellungnahme der Deputation, der wir unser unbedingtes Vertrauen bezeugen. Der Herr Artikelredakteur hat die Behauptung aufgestellt, daß in den Anstalten Zuchtbetrieb statt individueller Behandlung herrsche, in den Anstalten werde der wissenschaftliche Trieb erstickt. Er hat die ihm liebenswürdig gebotene Gelegenheit, sich von seinen Irrtümern zu überzeugen, nicht wahrgenommen; er hat wiederholt zugesagt, zu kommen, aber wer nicht kam, war der Herr Berichtshalter. (Hört, hört!) Der Herr wollte sich eben nicht davon überzeugen lassen.

Stadtr. Dr. Jabel (Soz.): Mancher von uns wird wohl doch angefaßt von der Meinung gekommen sein: Spät kommt ihr, doch ihr kommt! Das, was in dem Bericht steht, hätte uns schon vor zwei Monaten gesagt werden können, und dann wäre es schwächer gewesen. Immerhin ist der Bericht sehr viel objektiver gehalten als die Antwort, die wir in der Deputation erhielten und die sehr hart ab irato erging. Herr Heijermans ist ein angesehener Schriftsteller (Gelächter), der sich mit vollem Ernst sozialpolitischen Studien und Problemen widmet und auch den Verkehr mit Psychiatern gesucht und gefunden hat. Ihm daraus einen Vorwurf zu machen, überlasse ich anderen; wenn ein Mann solche Probleme behandeln will, soll er in die Tiefe steigen (Unruhe); es kommt weniger auf die Wege an, die er nimmt, als darauf, daß er es gründlich tut. Er wollte seinerzeit als Pfleger in die Anstalt gehen, um die Verhältnisse kennen zu lernen; das ist ihm nicht gelungen, weil er Ausländer ist. Er hätte auch den Versuch machen können, als Geisteskranker hineinzukommen (anhaltende Unruhe). Der von ihm gewählte Weg lag sehr nahe, und nur kleinliche Geister können ihm daraus einen Vorwurf machen. (Andauernde Unruhe.) Daß er quasi als Arzt vorgegangen ist, kann ihm auch nicht zum Vorwurf gerechnen; jedenfalls wurde ihm dadurch Gelegenheit gegeben, objektiv zu beobachten. Will man ein Institut wirklich kennen lernen, so ist es immer besser, man läßt sich nicht anklagen und nicht herumführen. Ich will damit selbstverständlich nicht den Vorwurf erheben, als ob den Besuchern unserer Anstalten irgend etwas vorgebracht werde. Ich meinerseits mache Herrn Heijermans den Vorwurf, daß er nach einer so kurzen Zeit, nach einem so flüchtigen Einblick, dazu übergeht, ein Urteil zu fällen, wo er doch eigentlich als Laie keine haben kann; er urteilt mit den Augen anderer Psychiater. Ihn trifft ferner der Vorwurf, daß er ohne Grund verallgemeinert, und der schwerste, daß er der Aufforderung, sein Urteil zu erweitern und eventuell zu berichtigen, nicht nachgekommen ist. (Beifall.) Als Wahrheitsapostel habe ich die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, die Wahrheit nach allen Richtungen zu ergründen (wiederholter Beifall); auf der Kreditseite hat Herr Heijermans aber Gewichtigeres stehen als auf der Debitseite. Er hat es bewirkt, daß in unsere Irrenpflege jetzt

Öffentlich ein freier Zug

Öffentlich ein freier Zug gekommen ist, daß Einrichtungen getroffen sind, auf die wir jahrelang gewartet haben. In Herzberge sind jahrelang wegen Ueberfüllung Kranke auf Matrassen zwischen die Betten gelegt worden (Hört, hört!). Noch heute haben fast 3000 Irre, die wir aufnehmen könnten, in unsere Anstalten, keinen Platz. Nicht eine, sondern zwei, drei neue Anstalten müssen gleichzeitig gebaut werden. Nicht das geringste wird geändert, wenn in 3, 4 Jahren die Irrenanstalt IV. in Buch fertig sein wird. Wir bleiben angewiesen auf

die Privatanstalten. Hat der Mann nicht recht, wenn er diese Tatsachen hervorhebt, und hat er nicht den richtigen Weg beschritten, indem er die Öffentlichkeit aufrief? (Wohlfühlte Ausrufe: „Nein!“) Gerade in Herzberge allerdings legt der Direktor Wert auf Dauerbäder, dennoch liegt ein Korn Wahrheit in der Behauptung Heijermans, denn in einem oder dem anderen Hause fehlen sie. Wesentlich machen gegen die Dauerbäder kann der Umstand, daß der unruhige Kranke sich, wie anderweitige Erfahrungen beweisen haben, dadurch eventuell Rippenbrüche zuziehen kann, die dann aber wieder auf das Konto ungenügender Wartung gesetzt werden müssen. Eine wissenschaftliche Zentralstelle für jede Anstalt ist zur Fortbildung der Psychiater durchaus notwendig, dazu würde sich ein pathologischer Anatom besonders eignen.

Es ist daher auch nicht das Richtige, daß das Produkt der Lunabalnktion nicht in jeder Anstalt selbst untersucht wird. Daß bisher mit Ehrlich-Gata 606 in unseren Anstalten nichts geleistet worden ist, habe ich persönlich als einen Mangel empfunden; das würde anders sein, wenn wir einen pathologischen Anatomen in jeder Anstalt hätten, und ich bitte daher den Magistrat, den betreffenden Antrag von Herzberge wohlwollend aufzunehmen. Ich zweifle nicht, daß dann die anderen Anstalten bald nachfolgen werden. Die Stellung der Ärzte betreffend halte auch ich es für unzulässig, daß Herren auf sechswochentliche Kündigung angestellt werden, nachdem sie eine Reihe von Jahren bereits praktisch tätig gewesen sind. Um sie an uns zu fesseln, müssen wir ihnen doch mindestens bieten, was die Privatanstalten bieten. Viel schlimmer ist die Lage der Pfleger und Pflegerinnen. Diese sind das Rückgrat der Behandlung der Irren. Mit ihrem schweren Dienst, mit ihrer Unfreiheit, mit den hohen Anforderungen an ihre Tüchtigkeit steht ihre Befolgung und Behandlung in schreiendem Widerspruch. Es ist nicht wahr, daß man ohne Kost- und Logiszwang nicht auskommen kann; der Bau von Familienhäusern, wie in Teupitz, hilft über diese Schwierigkeit leicht hinweg. Wir haben bei uns nicht einmal ein Kasino für die Pfleger, lediglich am Urban besteht für die Viktorienweibern ein eigenes Haus. Bei uns können selbst die Oberpflegerinnen keinen Wochenurlaub durchsetzen. Auch die Hausdiener und Handwerker sind schlechter gestellt als in anderen städtischen Betrieben. Der ständige Wechsel im Pflegepersonal ist eine tieftraurige Tatsache. Er beträgt in Herzberge, Dalldorf, Wuhlgarten zwischen 24 und 28, in Buch nur 4 Proz.; das liegt daran, daß in Buch ganz besonders streng darauf geachtet wird, seine organisierten Pfleger oder Arbeiter einzulassen. Erst in diesem Jahre wurde eine Wärterin hinausgeschickt, die schon 3 Jahre dort war, weil sie für die Organisation Propaganda gemacht; natürlich wurde nicht dieser Grund, sondern ein anderer angeführt, weil sie einmal das Kassebrot zurückgewiesen und die Kollegen und Kolleginnen veranlaßt hatte, dasselbe zu tun. Was Herr Heijermans geleistet hat, hat sich bereits im Etat zu Verbesserungen vermindert. Die Erhöhung des Anfangsgehalts der Pfleger wäre ohne sein Auftreten nicht beantragt worden. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.)

Wir können also der Öffentlichkeit nur dankbar sein; mir war der Eindruck aus der Verhandlung der Deputation der, daß die

Freiheit doch als sehr unbequem empfunden wird.

(Hört! hört!) Gewiß macht sich auch die Presse der Uebertriebung und Entstellung schuldig, aber das wird durch die Diskussion geklärt. Die Sache hat ja nun auch ein Opfer gefordert; einem der Herren die Heijermans gefordert haben, ist gekündigt worden. (Aufe: Sehr gut! Sehr richtig! Sehr falsch!) Auch ich halte nicht für korrekt, wenn jemand ohne Wissen des leitenden Arztes in die Anstalt hineingelassen wird; aber die Kündigung aus diesem Grunde ist eine Handlung ab irato und entbehrt auch der Klugheit, denn sie wird ohne Zweifel als Racheakt aufgefaßt werden. (Widerpruch.) Der betreffende Assistenzarzt hat sich allerdings außer dieser Anforertheit auch der Propaganda für die Besserstellung der Assistenzärzte energischer angenommen als dem Magistrat lieb ist. Er ist wegen seiner „Gehartheit“ unmöglich geworden, genau so wie es unliebsam gewordenen Arbeitern ergeht. (Unruhe.) Die Heijermans-Artikel haben in der Öffentlichkeit Interesse für unsere Irrenpflege hervorgerufen, ein Interesse, welches hoffentlich nicht erlahmen wird. Wer weiß, ob nicht noch einmal die Zeit kommt, wo man den Herren Heijermans und Bischoff ein Standbild errichtet! (Große Heiterkeit, Beifall und Pfischen.)

Stadtr. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Wir sind in der Deputation im Gegensatz zum Vorredner der Meinung gewesen, daß man mit dem betreffenden Arzt dies zu milde verfahren ist. Die Ausführung, daß erst durch die Artikel ein freier Zug in die Verwaltung gekommen ist, muß als Verleumdung zurückgewiesen werden. (Zustimmung und Widerspruch.) An den Artikeln ist, abgesehen von der sensationellen Aufmachung, auch gar nichts dran. Die Dauerbäderbehandlung ist auch nach der Meinung gewiegter Psychiater nichts als die Ablösung eines Zwangsmittels durch das andere, ein Mittel, wodurch das Personal zur Ruhe erzogen wird. Die ewige Witter mit dem Pflegerpersonal ist ja eine leidige Tatsache, aber brauchbare Ratschläge hat uns Herr Heijermans hier nicht gegeben.

Stadtr. Dr. Bernstein (Soz.): Die Ausführungen des Vorredners werden von keiner Sachkenntnis getrübt, sie zeigen bloß, daß er auch die Dinge nicht kennt, über die er spricht (Lärm). Heijermans hat den Finger in eine schwer eiternde Wunde gelegt (Gelächter); zahlreiche seiner Vorwürfe sind von der Deputation durchaus nicht widerlegt. Das Antwortschreiben der Deputation hat mich nicht befriedigt, und ich nehme die von ihm öffentlich gestellten Fragen wieder auf; um die Antwort kommt die Deputation nicht herum. Wegen mangelnder Aussicht sind zwei Epileptiker erkrankt; was ist wahres an diesem Vorwurf? Herr Kuhlmann meint, sie hätten die Gemohnheit, sich auf den Bauch zu legen und dabei sei die Erstickung erfolgt. Ich bin in jungen Jahren Irrenarzt gewesen, habe aber eine solche Erstickung nicht gesehen. Es kommt vor, daß Epileptiker länger in diesem Zustande verharren, nicht zum Bewußtsein kommen, und so vom Leben zum Tode gebracht werden sind. Wie steht es mit dem Vorwurf der Unterbringung der Irren auf Matrassen, wie mit dem, daß in einer Anstalt eine Schnapsbarade errichtet ist und so dem Alkoholismus Vorschub geleistet wird? Wie steht es mit dem Vorwurf, daß die Pfleger nach 14stündiger Arbeitszeit, wenn sie Erholung finden sollen, über eigene Erholungsräume nicht verfügen? Das ist eine Inhumanität fondergleichen! (Aufe: Hul! Hul!) Einer unserer Assistenzärzte leitet zugleich eine Privatirrenanstalt, nimmt also eine bedenkliche Doppelstellung ein. Die Frage der Dauerbäder läßt sich auch nicht so leicht abtun, wie es Herr Ritter getan hat. Die zu den Dauerbädern benutzten Reinigungswannen werden ihrem ursprünglichen Zwecke entzogen. Isolierung soll nur mit Zustimmung des Arztes stattfinden; in Buch isolieren Oberpfleger und Oberpflegerinnen, ohne den Arzt zu fragen. Warum tun sie es? Weil nicht genügend Ärzte vorhanden sind (Unruhe). In Herzberge sind die Isolierräume mit Kranken belegt, die nicht isoliert werden sollen, auch das kann nicht aufrechterhalten werden. „Arbeitsbehandlung“ ist ein schönes Wort, aber nur eine buntschillernde Seifenblase, wie sie bei uns gebläht wird; es fehlt jede vernünftige Systematisierung und Dosierung, jedes Eingehen auf die Eigenart der Kranken. In Buch werden die Irren als Schreiber verwendet, woraus

große Schädigungen, Durchschrecken

und selbst Erpressungen entstanden sind. Jeder Beamte bekommt einen oder auch zwei Kranke zur persönlichen Dienstleistung, dem Vorkursystem in der Armee vergleichbar; ja, die Kranken werden sogar als Leichenwärtler, als Leichenwärter beschäftigt (Hört, hört!) und haben verschiedentlich den Alkohol getrunken, in dem die Leichenwärtler aufbewahrt werden (große andauernde Unruhe und Gelächter; der Vorsteher bittet dringend um Ruhe). Mit Recht wird

weiter getadelt, daß in Buch die Oberwärter an der sogenannten „Monatsvergütung“ verdienen. Jeder neu eingestellte Arzt erhält sofort eine Abteilungsleiter; das ist durchaus ordnungswidrig. Auf je 100 Kranke soll ein Arzt kommen unter Abzug des Oberarztes. Die Zahl der Ärzte nach dem Bestande zu bemessen, soll nun eine „läienhafte“ Auffassung sein; man soll sie bemessen nach dem Zugange. Damit wendet sich diese Waffe gegen die Verwaltung selbst; denn danach wäre die Ärztezah! um ein Viertel zu gering.

Die Behandlung des Wärterpersonals ist keine ideale. Ein Wärter darf nach der Dienstzeit nicht auf dem freien Anstaltsareal spazieren gehen und darf seinen Kollegen im Nachbarpaillon besuchen. Das ist eine böse Beschränkung der persönlichen Freiheit; da hatten es ja sogar die Sklaven im Altertum besser. In Buch wollte eine Oberpflegerin eine Leibesvisitation an einer Pflegerin vornehmen; letztere weigerte sich, die Prozedur an sich vornehmen zu lassen; sie hat anderen Tages um ihre Entlassung, die ihr wurde mit der Eintragung: „Grund der Entlassung — Dienstreueverweigerung“. Seit wann gehört es zu den Dienstverpflichtungen der Pflegerinnen, die Kleider in die Höhe zu heben? (Heiterkeit.) Wie ungenügend die Besoldung unserer Pfleger und Pflegerinnen ist, dafür verweist die „Sanitätswoche“ auf die Tatsache, daß in kleinen bairischen Anstalten die Besoldungsverhältnisse viel bessere sind. Ein großes Kontingent unserer Pfleger kommt aus Ostpreußen aus der Domäne des Januschaucers. (Großer Lärm. Vorsteher: Ich bin doch sehr zweifelhaft, ob derartige Bemerkungen hierher gehören.) Um die Verhältnisse zu bessern, bedarf es einer starken Hand. Als der Rielagener Skandal enthüllt wurde, drang die Plutonee der Enttüstung bis in unsere Versammlung. (Wiederholte Unterbrechung und andauernde Unruhe.) Es kam damals zur Niederlegung einer Reformkommission, die gute Erfolge erzielt hat. Was der Waisendeputation recht ist, soll der Irrendeputation billig sein. Sie ist bisher ein Torso, aus ihr muß ebenfalls eine Reformkommission hervorgehen. Videant consules! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner: Die jetzt vorgebrachten Einzelheiten stehen mit der Vorlage vielfach gar nicht in Zusammenhang; auch sind sie meist mit „soll“ und „angeht“ eingeleitet worden. Das ist nicht der richtige Weg. Nach unserer Ordnung können alle Beschwerden an die richtige Stelle gebracht werden; sie werden dann untersucht und eventuell abgestellt. Aber es kann das Urteil über uns in der Welt nicht fördern, wenn man mit „soll“ und „angeht“ operiert. Einzelnes erscheint schon jetzt als unbegründet. Daß es einem Wärter verboten worden, sich auf dem erlaubten Terrain zu bewegen, ist eine ganz falsche Darstellung, mit vollem Recht aber wird den Wärtern unterstellt, andere, die die Nachtwachen haben, zu besuchen. Ebenso ist die Bemerkung „Dienstverweigerung“ eine sehr milde Fassung, denn jene Pflegerin ist weggegangen, nachdem sie in den Verdacht geraten war, Anstaltswäsche auf dem Leibe zu tragen, und sich gewiegt hatte, sich darauf untersuchen zu lassen. Die Verwendung von Irren als Schreiber oder in der Familie kann unter Umständen außerordentlich zweckmäßig und förderlich sein; daß sie als Leichenwärter verwendet würden, glaube ich einfach nicht; bringen Sie doch die Anzeige, ich bin bereit, ihr nachzugehen.

Die Errichtung einer „Schnapsbarade“ ist behauptet worden. Außerhalb der Anstalt ist ein Schnapsauschank vorhanden; was kann die Irrenanstalt dafür? Es ist für sie sehr unangenehm, aber ein Vorwurf erwacht ihr daraus nicht. Das Schnaps trinken soll in den Anstalten toleriert werden; können Sie sich das vorstellen? (Aufe: Nein! Nein!) Gerade aber wenn man die geforderte freiheitlichere Bewegung gestattet, wird der Alkoholismus gefördert werden. Es ist tatsächlich in Dalldorf einem Assistenzarzt gestattet worden, die Oberaufsicht über eine Privatanstalt zu übernehmen, weil da Patienten aus Dalldorf untergebracht sind, die weiter beobachtet werden; Missetaten haben sich dadurch nicht herausgestellt. Auch das glaube ich nicht, daß für die Pfleger nach 14stündiger Arbeitszeit kein Lokal zum Ausruhen vorhanden ist, man sage mir, wo und wann, ich werde der Sache nachgehen. Richtig ist, daß 2 Epileptiker erkrankt sind; die näheren Umstände kann ich nicht mitteilen. Auch solche Tatsachen müßte man nicht als die Verwaltung belastend erwähnen, ehe man die näheren Umstände kennt, und diese zu erfahren ist jeder Stadtverordnete in der Lage. Jemand, der heimlich, zur Nachtzeit, eine Anstalt besucht und die Wahrnehmungen, die er als Laie macht, benutzt, um schwere Vorwürfe zu erheben, bedarf keiner weiteren Kritik, selbst wenn er psychopathische Studien macht und Material für Trauerspiele sucht. Der Magistrat seinerseits untersucht nur, ob die behaupteten Uebelstände vorhanden sind. Darum haben wir den Bericht verlangt und ihn ausnahmsweise sofort der Öffentlichkeit übergeben, nachdem in unerhöhrter Weise die allgemeine Aufmerksamkeit gegen die Stadt erregt worden ist. Die Ueberfüllung der Irrenanstalten leugnet niemand; wir bauen ja deshalb die neue Anstalt für 1600 Irre in Buch. Wir werden dann auch noch Bedarf haben; aber auch die Privatirrenpflege hat ihre großen Vorzüge. Die Behauptung bezüglich der Dauerbäder, welche die Öffentlichkeit am meisten erregt hat, ist als unhaltbar dargetan worden. Von einem Racheakt gegen den betreffenden Arzt ist keine Rede; er war schon früher einmal vom Abgang reif. Wenn er, ohne den Direktor oder den Oberarzt zu informieren, einen Fremden zur Nachtzeit auf den Stationen herumführt, wäre es geradezu ein Akt der Schwäche, gegen den Mann nicht einzuschreiten. Wir haben die Verpflichtung, die Disziplin aufrechtzuerhalten (Widerspruch und Zustimmung). Auch ich wünsche für die Verwaltung die allerweiteste Öffentlichkeit, denn sie hält das allgemeine Interesse rege und macht Uebelstände zum Gegenstand der Diskussion. Aber die Presse hat auch die Verpflichtung, nicht auf vage Vermutungen hin Behauptungen, die schwere Beschuldigungen enthalten, aufzustellen. Hier ist diese Verpflichtung nicht erfüllt worden. (Beifall und Widerspruch.)

Stadtr. Straßmann weist ebenfalls die Unterstellung eines Racheaktes zurück. Die Verfassung der Pfleger sei wesentlich verbessert, ihre freie Zeit, namentlich in Herzberge, vermehrt, die Besoldung ständig erhöht worden. Redner versucht das an einzelnen Beispielen genauer darzustellen. Erstickungsfälle durch Epilepsie können sehr wohl ohne irgend jedes Verschulden der Aufsicht geschehen.

Stadtr. Labowitz (R. L.): Unsere Irrenanstalten kranken das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen und dürfen es nicht scheuen. Herr Heijermans hat mir seinerzeit sehr viel Vergnügen gemacht, als er sich, ein moderner Forum Al Raschid, in das Obdachlosenhof begab. In Herzberge aber hat er sich auf krummen Wegen eingeschmuggelt, und Dr. Bischoff hat eine Disziplinlosigkeit begangen, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Stadtr. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.): Herr Heijermans ist allerdings sehr unvorsichtig vorgegangen und ebenso der Arzt, der ihn geholfen hat. Die Grundzüge seiner Publikationen ist also keineswegs einwandfrei, und das hat auch Dr. Jabel zugegeben, dennoch kann ich der Deduktion des Oberbürgermeisters, daß die Presse hier ihre Pflicht nicht erfüllt hätte, nicht folgen. Herr Heijermans ist ein angesehener Schriftsteller und hat seine Artikel mit voller Namensunterschrift veröffentlicht. Da geht der Oberbürgermeister also zu weit. Um „Lende Sensation“ kann es sich schon deswegen nicht handeln, weil man eine solche mit einer Handbewegung abtut, aber nicht lange Stunden darüber debattiert. Es muß also mehr dahinterstehen. Ueber die Laien ist hiev abfällig geurteilt worden. Auch der Oberbürgermeister ist ein Laie, ebenso sind es die Mitglieder der Deputation aus unserer Mitte, mit der einzigen Ausnahme des Hochmannes Dr. Jabel. Man kann also die Urteile der Laien nicht so ohne weiteres beiseite schieben. Auch eine Kritik mit Entgegnungen ist immer noch besser, als die Kritik mundtot zu machen.

Stadtv. Cassel: Herr Dr. Bernheim ist weiter gegangen, als Dr. Jabel, der Mitglied der Deputation ist, aber offenbar die von Dr. Bernheim vorgetragene Beschuldigung seinerseits nicht vorzutragen wollte. Dr. Bernheim hätte ja dem Dr. Jabel sein Material mitteilen können, damit es in der Deputation erörtert wurde; damit hätte er sich ein größeres Verdienst erworben. In der Deputation sitzen auch Bürgerdeputierte, und unter diesen befinden sich ebenfalls zwei Ärzte; ferner nehmen die vier Anstaltsdirektoren an den Sitzungen teil. Wir bestreiten ganz entschieden, daß, wenn in Zukunft in der Krankenpflege Verbesserungen erfolgen, sie diesen Ärzten zu verdanken seien.

Hierauf wird ein Schlußantrag von der Mehrheit angenommen und damit den nochmals zum Worte gemeldeten Stadtv. Dr. Jabel und Dr. Bernheim das Wort abgeschnitten.

Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen. Unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung erklärt der Vortrager, daß die Versammlung von der Vorlage Kenntnis genommen hat.

Die Verhandlungen des Magistrats mit dem Aktienverein des Zoologischen Gartens

haben nunmehr zu einem neuen Vertrag über Errichtung und Betrieb eines Aquariums geführt. Der Vertrag weicht von dem schon am 1. Oktober 1908 angenommenen Entwurfe zu einem Vertrag mit der damals geplanten neuen Aquariumgesellschaft n. b. S. nur unwesentlich ab; Voraussetzung für das Zustandekommen des Vertrages ist aber für den Aktienverein, daß die städtische Subvention für den Zoologischen Garten ab 1. April 1911 um 9000 M. jährlich, von 12 000 auf 21 000 M., erhöht wird. Der Magistrat ist mit dieser Erhöhung einverstanden. Nach dem Vertrage ist dem Aktienverein für den Betrieb des Aquariums auf 40 Jahre eine städtische Weisung von jährlich 25 000 M. zu gewähren.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir müssen tief bedauern, daß das alte Aquarium geschlossen werden mußte, ohne daß es möglich war, das neue zu eröffnen; da es sich um ein gebiegenes Instrument für den Anschauungsunterricht und auch um einen Anziehungspunkt für die Fremden handelt. Wir haben wiederholt die Übernahmehilfe in die städtische Kasse angeregt, scheiterten aber sowohl an prinzipiellen Widerständen derer, die schon den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sahen, wenn sie bloß von der Verstaatlichung eines solchen Instituts hören, aber auch an der Behauptung, daß nicht einmal die Zinsen für die Markthalle in der Dorothienstraße garantiert sein würden. Im Oktober 1908 kam leider der Anschlagsantrag, der eventl. die Schaffung eines eigenen städtischen Instituts empfahl, zu Fall, und damit waren der Verwaltung die Hände gebunden; mit einem anderen Kontrahenten als dem Zoologischen Garten, keinem gemeinnützigen Unternehmen im Sinne der „Urania“, sondern einer kapitalistischen Erwerbsgesellschaft, konnte sie kaum verhandeln, und diese hat nun der Stadt Damschrauben angelegt. Die Erhöhung der Subvention um volle 75 Proz. ist nicht hinlänglich motiviert, daher muß schon deshalb Ausgleichzahlung eintreten. In irgendeiner Form mußte doch auch über eventl. Rückzahlung eine Vereinbarung getroffen werden. Von Einrichtungen zu wissenschaftlichen, speziell biologischen Studienzwecken, wie sie der frühere Vertrag vorsah, ist jetzt keine Rede; und was soll aus der Station in Rovigno werden, aus der frisches Material den Schulen zur Verfügung gestellt werden sollte? Wir müssen auch eine Statistik verlangen, in welchem Umfange unsere Schulkinder die Institute besuchen.

Nachdem auch die Stadtv. Jacoby (A. L.), Labewig (R. L.) und Solmig (r. Fr.) für Auszubehaltung gesprochen haben, wird demgemäß beschlossen. Dem sofort ernannten Ausschusse gehören auch die Stadtv. Bader, Leid, Dr. Wehl und Buch (Soz.) an. Zur baulichen Instandsetzung der Aula im Schulgebäude Georgenstraße 30-31 werden 8500 M. bewilligt.

Hierauf geht die Versammlung die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung ab.

Schluß der öffentlichen Sitzung 9 Uhr.

Soziales.

Wann liegt „Erwerbsunfähigkeit“ vor?

In dem Bericht der Invaliditätsanstalt für das Rheinland wird eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über den Begriff der „Erwerbsunfähigkeit“ mitgeteilt, die für die Reichsversicherungsordnung verwendbar ist.

Eine Krankenkasse weigerte sich, das Krankengeld an die Versicherungsanstalt zu zahlen, weil diese das Heilverfahren für Rassenmitglieder übernommen hatte, die noch arbeitsfähig waren, obwohl sie an Tuberkulose krank befunden wurden. Da Krankengeld nur im Falle der Erwerbsunfähigkeit gewährt werden darf, so machte die Krankenkasse geltend, daß sie gesetzlich gehindert sei, das Krankengeld in solchen Fällen an die Versicherungsanstalt abzuführen, weil die Tuberkulose „noch nicht soweit vorgeschritten sei, daß sie Erwerbsunfähigkeit verursache“. Die Entscheidung vertritt aber den Standpunkt, daß Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes schon vorliege, wenn der Tuberkulose nur mit Gefahr der Verschlimmerung seines Lebens seine Arbeit fortsetzen und seinem Erwerb nachgehen kann. So sehr wir mit dieser Auffassung einverstanden sind, so entschieden müssen wir auch verlangen, daß durch die neue Reichsversicherungsordnung dieser Standpunkt nicht allein für die Krankenkassen, sondern auch für die Unfall- und Invalidenversicherung festgelegt wird.

Lehrlingsklagen.

Vor dem Gewerbegericht wurden am Donnerstag vor der Kammer 5 unter Vorsitz des Magistratsrats Wöhlbing mehrere Lehrlingsklagen verhandelt.

1. Unzulässige Zurückhaltung des Arbeitsbuchs. Der Mechanikerlehrling Sch. hatte sein Lehrverhältnis zum Mechaniker Strauber vorzeitig gegen dessen Willen gelöst. Deshalb verweigerte ihm der Lehrherr die Herausgabe des Arbeitsbuchs. Der Lehrling klagte auf Herausgabe des Buches und Schadenersatz

von 1 M. für jeden Tag, an dem er infolge des Fehlens des Arbeitsbuchs beschäftigungslos war. Das Gericht gab dem Klageantrage statt und beurteilte den Beklagten mit folgender Begründung: Der Kläger war Vaterlos. Der Lehrvertrag hatte also, um gültig zu sein, vom Vormundschaftsgericht genehmigt sein müssen. Das war nicht der Fall. Nichts war der Lehrvertrag nichtig und der Kläger berechtigt, aus der Lehre zu gehen, und der Beklagte war zur Einhaltung des Arbeitsbuchs nicht berechtigt. Da der Kläger ohne Arbeitsbuch nicht beschäftigt werden darf, so war der Schaden als durch Vorenthaltung des Arbeitsbuchs erwiesen anzusehen.

2. Klage wegen Nichtzahlung des Lehrgelds. Der Mechaniker G. Levin klagte gegen seinen Lehrling W. auf Auflösung des Lehrverhältnisses und Zahlung der Vertragsstrafe von 400 M., weil der Vater des Lehrlings die Vertragspflichten nicht erfüllte. Nach dem Vertrage hatte dieser für die Ausbildung seines Sohnes 800 M. Lehrgeld in sechs Raten à 50 M. zu zahlen, 150 M. sind bereits gezahlt worden. Zwei weitere in den 1½ Jahren bereits fällig gewordene Raten waren vom Vater des Lehrlings nicht bezahlt, weil der Lehrherr wiederholt die Entlassung des Lehrlings wegen angeblicher Unfähigkeit angedroht hatte. Der Vater will deshalb das Lehrgeld erst postnumerando zahlen.

Das Gericht wies die Klage ab, weil nach dem Gesetz kein Grund zur Aufhebung des Vertrages vorliegt.

3. Unberechtigte Lösung des Lehrverhältnisses. Der Mechanikerlehrling H. klagte gegen seinen Lehrherrn, den Mechaniker Vierwagen, auf Ersatz des Schadens, der ihm durch die vom Beklagten vorgenommene Lösung des Lehrverhältnisses zugefügt ist. Der Kläger war nach erst dreimonatlicher Lehre vom Beklagten entlassen worden. Eine anderweitige Lehre zu erhalten war ihm trotz eifriger Bemühungen nicht möglich gewesen. Der Beklagte begründet die Entlassung damit, daß erstens der vierzehnjährige Kläger seinen ebenfalls bei ihm lernenden sechzehnjährigen Sohn gräßlich beleidigt und geschlagen hätte, und zweitens der Kläger sich zur Fortsetzung der Lehre als unfähig erwiesen hätte. Denn wenn er nicht beaufsichtigt werde, mache er alle Arbeiten verkehrt. Die Verhandlung ergab, daß der Kläger vom Sohne des Beklagten zuerst geschlagen worden ist.

Das Gericht verurteilte den Beklagten nach dem Klageantrage. Bezüglich des zuerst geltend gemachten Entlassungsgrundes nahm das Gericht Notiz, daß gegen den tatsächlichen Angriff an, der gegen den kleinen Kläger von dem recht haltlosen Sohne des Beklagten erfolgt war. Der zweite Entlassungsgrund konnte als stichhaltig nicht anerkannt werden, da der Beklagte ja selbst zugegeben, daß der Kläger, wenn er beaufsichtigt wurde, richtig zu arbeiten verstand. Nichts liegt keine Unfähigkeit vor.

Gerichts-Zeitung.

Sind Möbel in möblierten Zimmern pfändbar?

Für eine große Reihe von Zimmervermietern ist die Frage, ob wegen ihrer Schulden die Möbel pfändbar sind, die sie einem Mieter überlassen haben, von großer Bedeutung. Die Rechtsprechung geht weit auseinander. Der Reichsenat des Kammergerichts hat unter dem 6. August die Frage der Pfändbarkeit für diejenigen Fälle verneint, in denen aus dem Vermieten von Zimmern der notwendige Lebensunterhalt gezogen wird. Diese in Nr. 10 der „Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts“ veröffentlichte Entscheidung lautet in den wesentlichsten Teilen folgendermaßen:

„Die Schuldnerin hat gegen den landgerichtlichen Beschluß weitere Beschwerden erhoben und unter Vorbringung von fünf polizeilichen Anmeldungen aus den Jahren 1908 und 1907, aus denen sich in Verbindung mit der Erklärung des Gerichtsbollziehers das Vermieten eines möblierten Zimmers ergibt, näher ausgeführt, daß sie mit ihrem zwölfjährigen Kinde auf das Vermieten des Zimmers völlig angewiesen und daß das Zimmer ohne die gepfändeten Sachen nicht vermietbar sei.

Das Rechtsmittel ist an sich zulässig (§ 568 Abs. 2 der Zivilprozessordnung) und rechtzeitig angebracht. Es ist auch sachlich gerechtfertigt.

Daß der Schutz des § 811 Ziffer 5 der Zivilprozessordnung dem Zimmervermieter niemals zur Seite steht, kann in der Allgemeinheit nicht ausgesprochen werden; es wird vielmehr in jedem einzelnen Falle nach freiem Ermessen zu prüfen sein, ob die Ueberlassung der Räume zum Wohnen oder die persönlichen Dienstleistungen des Vermieters den wesentlichen Teil der Erwerbstätigkeit ausmachen. Ist letzteres der Fall, so ist der Vermieter durch § 811 Ziffer 5 der Zivilprozessordnung geschützt (vergl. O. L. G. 18, 227, auch O. L. G. Frankfurt ebenda 7, 892; ferner O. L. G. Köln in J. D. R. 6, 901 und O. L. G. München ebenda 8, 812).

Im vorliegenden Falle, wo die Schuldnerin ein möbliertes Zimmer vermietet hat und davon ihren Lebensunterhalt mit bezieht, ist bei den offensichtlich kleinen Verhältnissen, um die es sich handelt, anzunehmen, daß die persönlichen, dergleichen Mietern regelmäßig zu gewährenden Dienstleistungen den wesentlichen Teil der Erwerbstätigkeit der Schuldnerin ausmachen; ihr steht also der Schutz des § 811 Ziffer 5 der Zivilprozessordnung zur Seite.

Hiernach war auf die weitere Beschwerde der Schuldnerin der angefochtene Beschluß aufzuheben und die Beschwerde der Gläubigerin gegen den die Pfändung einer Freischwingeruhr und einer Taschenuhr und Marmorplatte aufhebenden Beschluß des Amtsgerichts als unbegründet zurückzuweisen, weil die gepfändeten Gegenstände zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit der Schuldnerin unentbehrlich sind.“

Der Streit um den Kleiß-Nachlaß

bildete den Gegenstand einer Privatklage, welche gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zum Austrag gebracht wurde. Als Kläger trat der von Rechtsanwält Frankfurter vertretene Arzt Dr. Siegmund Rabner auf. Beklagte sind der frühere

Rektor der Berliner Universität Professor Erich Schmidt und der Archivar Dr. Minde-Pouet aus Bromberg, vertreten von Rechtsanwält Kronjohann Bromberg. Gegenstand der Beleidigungsklage bildet folgendes: Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Meldung, daß der jetzt als Kläger auftretende Dr. Siegmund Rabner eine Reihe von Briefen aufgefunden habe, die Heinrich v. Kleiß an seine Schwester Ulrike und an seinen Jugendfreund v. Pfuels gerichtet hatte. Es war seit langem bekannt, daß diese Briefe noch irgendwo existieren müßten und seit Jahren waren diese von zahlreichen Literaturfreunden in der ganzen Welt vergeblich gesucht worden. Als die Wiederauffindung bekannt wurde, trat der jetzige Beklagte, Dr. Minde-Pouet, an Dr. R. heran, um diese Briefe zu einer großen Kleiß-Ausgabe zu verwenden. Dr. Rabner behauptet, daß ihm Dr. Minde-Pouet in einer Unterredung die Mißbräuchlichkeit an dem Werk zugesichert habe. Dr. Minde habe sich, wie der Kläger behauptet, jedoch die an Herrn von Pfuels gerichteten Briefe verschafft und sie zu der Kleiß-Ausgabe verwendet, ohne auf ihn, als den eigentlichen Entdecker der Briefe hinzuweisen. Diese Behauptung führte zu einem mit großer Schärfe geführten Schriftstreit in verschiedenen literarischen Blättern, an welchem sich auch der Mißbräucher Prof. Erich Schmidt beteiligte. Wegen verschiedener Ausführungen, die in diesem Streite von Seiten der Beklagten gefallen waren, strengte Dr. Rabner die jetzige Privatklage an. Diese wurde von den Beklagten mit einer Widerklage erwidert, da Dr. Rabner behauptet haben soll, ihm sei das in jahrelanger mühsamer Arbeit gewonnene Material hinterücks entwunden worden.

Nach längerer Verhandlung kam folgender Vergleich zustande: Beide Teile erklärten, daß bei den den Gegenstand der Klage und der Widerklage bildenden Angriffen Mißverständnisse im Spiele waren. Beide Teile bebauerten diese Mißverständnisse. Demzufolge nahmen beide Teile ihre gegenseitigen Angriffe vollständig zurück. Insbesondere nimmt der Privatkläger die Vorwürfe zurück: a) „daß die Angeklagten Verlust haben, keinen Besitzstand sich anzueignen“, b) „ihm die Früchte seiner Arbeit zu entziehen“, c) „ihm die von ihm genommenen Forschungsergebnisse hinterücks aus den Händen zu winden“, d) „eine geistige Entwendung gegen ihn zu verüben“. — Die Angeklagten nehmen insbesondere die Vorwürfe zurück: a) „daß die Angriffe des Privatklägers aus persönlicher Rache entspringen seien“, b) „daß der Privatkläger weit entfernt von ehrlicher Förderung der Kleißforschung sei“ und „Geheimniskerei betrieben habe“, c) daß er „selbstliche Absichten verfolgt habe“ und d) daß er „Tatsachen böswillig verdrückt habe“ und „seinem Wesen Böswilligkeit nicht fremd sei“. — Beide Parteien haben das Recht, diesen Vergleich zu publizieren. Die gerichtlichen Kosten tragen die Parteien zur Hälfte, die außergerichtlichen werden gegenseitig aufgehoben.“ — Das Verfahren wurde hierauf eingestellt.

„Arbeiter trinkt keinen Schnaps“.

Die ganze Kulturbegeisterung unserer Polizei spricht aus einem Strafverfahren, das gegen den Genossen Bohne zu Breslau angestrengt worden war, weil er die preussischen Plakatvorschriften, die durch § 90 des Reichspressgesetzes mit gewissen Modifikationen anrecht erhalten sind, übertreten haben sollte. Der § 9 des preussischen Pressgesetzes bestimmt: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über geistlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten über den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“ Die Uebertretung dieser Bestimmung wurde dem Bohne zum Vorwurf gemacht. Am 13. März hatte in Morgenau bei Breslau eine große Versammlung stattgefunden. Die Teilnehmer waren auf dem Kochhauswege. Es war Sonntag nachmittag. Ein Polizeibeamter stellte den Angeklagten fest, als er durch die Schaar der Versammlungsbesucher mit einem Zweirad hindurchfuhr und dabei eine Papptafel trug, auf der eine Schnapsflasche abgebildet war und die Worte standen: „Trink keinen Schnaps!“. Das Landgericht in Breslau verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte an:

Der Angeklagte machte geltend, daß es sich um kein Plakat handle und daß er die Tafel auch nicht habe aufstellen wollen; sie sei nur eine übrig gebliebene Tafel von mehreren, die er in der Versammlung verteilt habe, und er habe sie nur nach Hause bringen wollen. Die Einwände seien entweder verkehrt oder unbeachtlich. Die Tafel sei als Plakat anzusehen, denn sie sei geeignet gewesen, an einer Mauer oder an einer anderen, in üblicher Weise für Plakate bestimmten Stelle angebracht zu werden. Es liege auch eine öffentliche Aussetzung des Plakats vor. Zur Erfüllung dieses Begriffes gehöre, daß das Plakat der Allgemeinheit sichtbar sei und daß der Täter sich dessen bewußt gewesen sei. Beides sei aber hier der Fall gewesen.

Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision mit der Begründung: Die Feststellungen des Vorderrichters seien unbedenklich. Ohne Rechtsirrtum habe der Vorderrichter die Aussetzung eines Plakats angenommen.

Abgelehnt ist ferner in der Strafprozessordnungskommission der Antrag unserer Genossen auf Aufhebung des verurteilten Plakatgesetzes.

Zum Diebstahl bei Jandorf

erlaubt die Firma Jandorf, den Gerichtsbericht über den kürzlich veröffentlichten Gerichtsbericht über eine Frau, die ein Kochbuch gestohlen haben sollte, dahin zu ergänzen, daß die Frau in ihrem Warenhaus nicht festgenommen, ferner daß sie zwar wegen des Diebstahls an dem Kochbuche freigesprochen, wegen eines anderen Diebstahls aber verurteilt worden sei.

Eingegangene Druckschriften.

Die Sünden der Päpste im Spiegel der Geschichte. Eine Modernisten-Antwort auf die Romromant-Engländer von Dr. Th. Ungert, 8 Bliedern, a 75 Pf. Kröner u. Co., Leipzig.
Sachverständigen und Jugend-Anweisungen. Von F. Hüß. „Geistiges Eigentum“, Charlottenburg 4, 60 Pf.
Klaffertum von D. H. H. 13 S. Märkische Rundschau, Straßburg

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 18. November.
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Nesterlinge von Nürnberg. (Mit 7 Uhr)
Neues königl. Operntheater. Geschlossen.
Königl. Schauspielhaus. Der Krambus.
Deutsches Opernhaus. Kammerstücke. Der verbumelte Bogel.
Besung. Das weiße Leben.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Der Takt.
Kleinod. Joachim von Brandt. Berliner. Der neue Kompanion.
Neues. Kom.
Trianon. Der heilige Hahn. Komische Oper. Die Schöne. Restens. Noblesse oblige.
Thalia. Komische Musik.
Schiller O. (Kammer-Theater.) Der Bibliothekar.

Charlottenburg. Prinz Friedrich von Homburg. Friedrich Wilhelmstädtisches. Die Nesterlinge. Die Schöne Frau. Neues Operntheater. Der Graf von Luxemburg.
Anschlußhaus. Der Feldherrnhügel.
Quellen. Berlin geht zu Bell. Modernes. Der Doppelmeisch. Herrfeld. Eine verlorene Nacht. Der Verlobte.
Volkoper. Der Freischütz. (Anfang 6½ Uhr.)
Kole. Sein Prinzchen.
Jolles Caprice. Der Feldweibel. (Anfang 6½ Uhr.)
Metropol. Gatta — Wir leben noch!
Kollus. Der schneidige Hühner. (Anfang 6½ Uhr.)
Spezialitäten.
Vanager. Spezialitäten.
Reichshallen. Seltener Sänger.
Wolkalla. Bravo! Da capo! (Anfang 6½ Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten. Tanzsaal. (Anfang 6½ Uhr.)
Spezialitäten. (Anfang 6½ Uhr.)
Karl Daberland. Spezialitäten.
Ursula. Tanzsaal. 48/49.
Abends 8 Uhr: Von Land und Leuten in Japan.
Zierworte. Invaldenstr. 57-62.
Lessing-Theater. 7½ Uhr zum erstenmal: Das zweite Leben.
Sonabend 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Neues Theater. Gastspiel Ferdinand Bonn. 8 Uhr: Kean.
Sonabend: Kean.
Sonntag: Schauspieler des Kaisers. (Abend 8 Uhr.)
Abend 8 Uhr: Regiment. J. Bonn a. G.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Kammer-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Der Bibliothekar. Schwan in 4 Akten v. G. v. Moser. Ende 10½ Uhr.
Sonabend, abends 8 Uhr: Die Welt in der menschlich langweilt.
Sonntag, abends 8 Uhr: Sodoms Ende.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, den 18. Nov., abends 8 Uhr: Die Räuber.
Sonabend 7½ Uhr: Die Hermannschlacht. 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Sonntag: Kean.
Montag: Die Hermannschlacht.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Schauspiel in 5 Akten v. G. v. Kleist. Ende 10½ Uhr.
Sonabend, nachm. 8 Uhr: Wilhelm Tell.
Sonabend, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.
Sonntag, abends 8 Uhr: Kabale und Liebe.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die schönste Frau.
Sonntag 5 Uhr: Der tolle Bauer.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Feldherrnhügel.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Der neue Kompanion. Morgen: Der neue Kompanion.
Berliner Volkoper. Seltene Musik. 7½ Uhr.
Der Freischütz.
Modernes Theater. (früher Hobbelthauer). Abends 8 Uhr: Doppelmeisch.
Trianon-Theater. „Der heilige Hahn.“ Anfang 8 Uhr.
Zoten Sonntag: Monsieur Alphonse.
Für den Inhalt der Jareate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49,
Abends 8 Uhr:
Dr. F. Wertheimer:
**Von Land und Leuten
in Japan.**

Kaiser-Panorama
Reiz! Ein Besuch von Paris.
IV. Reise in Palästina, Iaffa,
Nazareth, Jerusalem usw.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnem. 1 M. Laufende Abonnenten.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwank in 3 Akten von Hennequin
und Weber.
Sonntag, 20. Nov. (Totensonntag)
zu ermäßigten Preisen: **Die Came-
liendame.**
Kurgasttheater: M. Reichenhofer.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Berlin geht zu Bett.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Hänsel
und Gretel. 8 Uhr: Durchgegangene
Weiber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Geschloffen.
Abends 8 Uhr: Deborah.
Montag: Am grünen Weg.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Bei aufgehobenem Abonnement
Wohltätigkeitsvorstellung
veranstaltet vom Verein
„Hauspflege“ zu Wittenberg.
Zum erstenmal:
Sein Prinzchen.
Lebensbild in 3 Akten von Schöller-
Verahini.
Kinf. 8 1/2 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Hänsel
und Gretel. 8 U.: Sein Prinzchen.

Ausstellungs-Theater
abends 8 Uhr:
Oedipus auf Kolonos.

Theater „Groß-Berlin“.
Freitag, den 18. November,
Krius-Hof (Moabit):
9 1/2 Uhr: **Maria Stuart.**
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Entrée 30 Pf. Vorzugsstufen gültig.
Sonntag, Rieder-Schubhausen.
Lustige Sandjourn: Schlimme Saat.

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20. (Rosenthal Tor.)
Bravo! — Da capo!
Sonntag, 20. Novbr. (Totensonntag),
abends 8 1/2 Uhr:
Preciosa.

Folies Caprice.
Abends 8 Uhr:
Der Feldwebelhügel
Ein Akt in Schürzen
von Hengstler und Soda Soda.
Runter Tell.
Hotel zur Jungfrau.
Leuchtpolze von Fator.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 20. November:
Die Haubenlerche.
Schausp. in 4 Akten v. G. v. Wildenbruch
Kassenerstr. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Casino-Theater
Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Donnerstag, 24. Nov.:
Der schneidige Rudolf.
Ab Freitag, den 25. November:
Julie Wippen.
Sonntag 8 Uhr: Ackermann.

Königstadt-Kasino.
Polymarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
**Das erfolgreiche November-
Programm mit
Franz Sobanski.**
Reut. Molly Verch, Franz Rodolf,
Father and Son, Little Pix usw.
Kleiner Erfolg:
Ein alter Flickschuster.
Vollständ. m. Gel. 1. 1 Akt v. O. Richter.

Reichshallen-Theater.
Zum Schluss:
„Im Hausloch“.
Wittl. Humor. v. Kreyel.
Anfang
mochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Stettiner Sänger.
„Im Hausloch“.
Wittl. Humor. v. Kreyel.
Anfang
mochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

CLOU
Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91
Berliner Konzerthaus
Heute von 4 Uhr ab:
Gastspiel des Mailänder Scala-Orchesters
66 Künstler. Dirig.: Egipto Tango. **10 Solisten.**
An allen Wochentagen nachm.: Großes Promenade-Frei-Konzert.

**LICHT-
SPIELE**
Mozartsaal — Nollendorfplatz
6—11 UHR DAUERVORSTELLUNG.

WINTERGARTEN
Ein großer Erfolg!
Brémonval
Etoile Parisienne
Lafory Herlein
v. d. gr. Op. Paris. amerik. Säng.
„General“ Edward La Vine
der tapferen Handogen
sowie die
11 November-Attraktionen 11

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
norm. Groterjan, Zubad: Rud. Merz,
Schubansen Allee 139. Tel. 3. 9353.
Lebende Photographien.
Entrée 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Kinf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets reich. Programm.

Kino-Theater Bruschi
**nur
64 Badstr. 64**

Passage-Theater.
Barland
Negeroperette
16 Solokräfte
Jean Moreau
Mdm. Naddge
**Glima-Kämpfe
der Isländer-Truppe**
und das
große Programm.

Herrnfeld
Theater
Der größte Schläger
der Theater-Saison 1910.
Eine verlorene Nacht
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Vorher: Der Derby-Sieger.
Sonntag, 20. Nov. (Totensonntag):
Negerhaind. Gise aus der Bar.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

B. A. M.
Bosporus
Moritzplatz.
Täglich: Varieté. Konzert.

Zirkus A. Schumann.
Freitag, den 18. November,
abends 7 1/2 Uhr:
**Die große
Ausstattungs-Pantomime
Der große Coup
der
Schmuggler**
Vorher: Das phänomenale
Programm.
Abends 10 Uhr, ger. von
Hil. Dora Schumann und Herrn
Karl Hek.

Mirza Golem
persische Truppe, 12 Personen
Mr. Alb. Pearson.
Freiheitsdresuren, vorgeführt von
Herrn Bono
sowie die übrigen Attraktionen.

Metropol-Theater.
Surre!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern
v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.
An Szene geleitet von Dir. H. Schulz.
Sonntag, 20. Nov., abends 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.

Apollo
Theater
15 8 Uhr: **10 neue Attraktionen 10**
Der berühmte Kunstschütze der Welt
Colonel Gaston Bordenavary,
Humorist **Walter Steiner.**
10 Uhr:
Mizzi Wirth
in ihrer Oper-Reinheit: **Frauenkaiser.**

Passage-Panoptikum.
Prinz Atom,
der kleinste Mensch aller Zeiten
lebend!
**Buddhas dunkles
Geheimnis.**
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Alles ohne Extra-Entrée!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Geöffnet 11—1 und 3,30—12 abends
Eintritt:
morgens 50 Pf. nachm. 1 M.
Konzert 3,30 bis 12 Uhr
Erstkl. Restaur. 5,30 u. 10 Uhr
Attraktionen

Zirkus Busch.
Freitag, 18. Nov., ab. 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend!
Die berühmte Radfahrer-
Familie Klein.
A. G.: Herr Direktor Pierre
Althoff mit 6. hervorragenden
Freiheitsdresuren.
Außerdem: Frau Adele Althoff
mit ihren exzellentesten Frei-
heitsdresuren.
Am 70 Fuß hohen freistehen-
den Mast tollkühne Produk-
tionen der Adona Brothers.
Die drei urkomischen Fratellinis.
Um 9 1/2 Uhr zum 60. Male:
„VENEZIA“

Theater Sanssouci.
Bahnhofstation Kottbuscher Tor.
8 1/2 Uhr:
**Heute:
Halbe Preise.**
Gastspiel der
Orig.-Viliputaner.
Ah die Kerls!!
Berliner Gasse, Musik v. Eindecker.

Volgt-Theater
Geldbrücken, Badstraße 58.
Heute abends 8 Uhr:
Der Geheimnisturm.
Sauerfontäne mit Gesang in 3 Akten
von L. Angenruber.
Sonabend, 19. November 1910:
Keine Vorstellung.

Karl Haverland-
Anfang Theater-Kommandanten-
prob. 7 1/2 U. Theater-Str. 77/79.
**Ein wunderbares
November-Programm.**
Candianys Sketsch
italienische Nacht
Karl Groth m. neuen Schlogern.

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Geöffnet 11—1 und 3,30—12 abends
Eintritt:
morgens 50 Pf. nachm. 1 M.
Konzert 3,30 bis 12 Uhr
Erstkl. Restaur. 5,30 u. 10 Uhr
Attraktionen

Sport=Palast

Potsdamer Straße 72—72a

Grösster Eis=Palast der Welt

Beleuchtung durch 50000 Normalkerzen

Feerie „Am Nordpol“

200 Eislauf-Künstler

Restaurant für 6000 Personen × Drei Militär- und Zivil-Kapellen

Entree: Bis 7 Uhr 75 Pf., nach 7 Uhr 1 Mark.

Dandy

La Fleur

Deutschlands führende Marken

überall erhältlich MANOLI Cigaretten-Fabrik

Gibson Girl

Abbas

Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen

Elfe-Cigaretten

zu bevorzugen sind.

15051*

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog. Empfehlung. Aerate u. Prof. grat. u. H. Unger. Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichsruum 41/3

Achtung! Zigarrenhändler!! Einfache, elegante, sowie originelle

1316L*

Zigarren-Weihnachtspackungen

erner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII. 3047.

Tabak - Zigarren - Zigaretten - en gros.

Erfinder

Sofort bar Geld für Massenartikel. Nur Einigungen mit Angabe der Erfindung erhalten Antwort. Offerten unter J. K. 2736a an Rudolf Wolff, Berlin SW. 172/3

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Sie sparen Geld! Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung. 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bilder laufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

Teppiche! (Lehrerhalle) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Ström, Hofeicher Markt 4, Rahndorfer Straße, (Lehrer des "Vorwärts") erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

Glossen zu Yves Guvots und Eglismund Vacrois "Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 20 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Vorwärtsleiter erhalten für Prozen Extrarabatt, selbst bei nachstehenden Gelegenheitsläufen.

Teppiche, farblichschön, spottbillig. Steppdecken, eine Partie, sehr wert.

Bildportieren 8,65 Mark. Bildschildecken mit Stüchlein 6,85.

Teppich - Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz, Rosenhallerstraße 54. 1630R*

Monatanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Josen von 1,50, Gebrodanzüge von 12,00, Preis von 2,50, sowie für forpulten Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Plandbleiben verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rah, Rindstraße 14.

Ohne Anzahlung, Woche 50, Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel, Postkarten, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Vorhänge, Uhren, Gaslampen, Weber, Wenzelauerstraße 25. Besuch eventuell Postkarte. 1285R

Sozialreform oder Renovation von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 60 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Hermannplatz 6. Allerbilligste Wanderverkäufer. Riesenwahl. Winterpaletots. Sommerpaletots. Jacketanzüge. Gebrodanzüge. Herrenhosen. Extrabillige Pelztöcke. Aus-Heuerjachen. Staunendbilliger Bettdeckenverkauf. Brandbetten. Vermietungs-Gelegenheit. Spottbilliger Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Wäscheverkauf. Steppdecken. Goldschmuck. Leinwand. Bettdecken. Riesenwahl. Schmuck. Wanddecken. Nähmaschinen. Großberlin's beste Einkaufsquelle. Allerbilligster Warenverkauf im Handelshaus Hermannplatz 6. Auch Sonntags geöffnet.

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Gedichten, Romane usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten unansehnlich, zum Teil illustriert und gebunden. 60 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Farbenteller), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischbecken, Liebergardinen, Sofa-kofferte, spottbillig, Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Riesenwahl. Vorwärtsleiter zehn Prozent Sonntags geöffnet. 2488R*

Wenig getragene Winterpaletots, Anzüge, Gebrodanzüge, Damenschleier aus besseren Häutern; auch bessere neue Winter, Winterpaletots verkauft billig (für große, starke Herren Winterpaletots, Anzüge besonders billig, weil zum Teil auf Lager) Weiß, Wäsche-straße 67 eine Treppe. 1851R*

Unterwelt aus dem Lämpel der Kultur. Satirebuch von Fritz Schwegler. Verlag der Tribüne, Berlin. Preis elegant gebunden 1.- Mark. In haben Buchhandlung Vorwärts. 1099R*

Monatanzüge, Winterpaletots, Wäster, Joppen, Gebrodanzüge, Smokinganzüge spottbillig Rosenhallerstraße 48, Rein Laden. 1853R*

Riesenwahl in Betten, Stand vorwärts Anleit 10,50. Dranien-Platz, Dranienstraße 23a. 131/13

Prachtteppiche, Tischdecken 5.-, Portieren 3,75, Bettwäsche, Uhren, Ketten nur Dranien-Platz, Dranienstraße 23a. 131/14

Winterpaletots, Herrenanzüge zu billigsten Preisen. Dranien-Platz, Dranienstraße 23a. 131/15

Gaslampen, dreiflämmig 4,50, Bronzelampen 7,50, Gaslampen 7,00, Gaslampen 1,40, Gaslampen 0,55. Teilzahlungen gestattet. Kronen-lager Große Frankfurterstraße 92; Röhle Rauenstraße 6. 1301R*

Puppenwagen, ältere Muster, modern Einkaufspreis. Andreas-straße 53. 1377R*

Steppdecken. Spezialhaus Emil Reuber, Dranienstraße 158. Riesenwahl Steppdecken, Simkische (Seidenerjag) 4,25 bis 20, Stoff atlas 0,50 bis 24, Normaldecken 1,65 bis 10. 1702R*

Reichhaus Turmstraße Dreimisch-Gelehn! Abwicklung Bekleidungs! Bett-lager! Gardinenlager! Prachtteppiche!

Herrenanzüge, Herrenpaletots, Wäster, Gebrodanzüge, deren Markpreis bis 70,00, verkauft 18,00-38,00 täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. Firmabesichtigung. Teppiche, Portieren, Tischdecken, Gardinen, Steppdecken, Leinwand, Tischdecken, Bettbezüge, Wanddecken, spottbillige Riesenwahl. Potsdamer-straße 109, Teppichhaus Konrad Fischer. Vorwärtsleiter Extrarabatt. 1723R*

Geschäftsverkäufe. Restaurant mit Bewaltung Stral- hunderstraße 43. +103. Getoal, Ringbahnstraße 15, zu verkaufen, Rixdorf. +52. Plattankoff, gutgehend, sofort billig veräußert Schenkenstraße 1. Wäschegeschäft billig veräußert Lindenstraße 59. 1875R*

Möbel.

Möbelverkauf auf Teilzahlung. Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gemessene Möbel spottbillig. Berlin, Kollonnenallee 40. 1330R*

Wohntische, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einrichtete, elegante Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, beheizten gewiesen, verfallen, spottbillig, Riesenwahl, 5 Stagen. Möbelverkauf. Neue Rixdorf, 5/6. Rixdorfstraße. Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. 284/19*

Grüßenausstr. 10, Ede Rixdorf S. Braun, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung.

Wahogon-Schlafzimmer mit 180 breitem Sogant, wunderbar ausgestattet, komplett mit Patentmatten 025.-, enorm billig! Möbelfabrik R. Rixdorf, Stalderstraße 25, an der Hochbahn. 1683R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35.-, Holz, Blumen-straße 36b. 1683R

Fahrräder - Gelegenheiten. 25,00, neue spottbillig, alle nehme in Zahlung, Große Frankfurterstraße 14, Kammereit. 131/5

Musik.

Nachbaupianino, wenig benutzt, ist sehr billig veräußert. Potsdamer-straße 27b, hochpartier. 1680R*

Drachpianino, wenig gespielt 250,00, und nachbaum Qualität Frieden-straße 2, hochpartier links (Römisches). 265/19

3000 Strehmaschinen, großer Gelegenheitskauf, Stück 5,00 bis 30,00. Nachbau, Weinmeisterstraße 14, Rosenhallerstraße 48, Andreasstraße 28, Rixdofenstraße 8. 1579R*

85 000 Schallplatten habe ich auf Lager. Günstigste Gelegenheiten für Wiederverkäufer, fast alle Marken vertreten. Stück 0,20, 0,45, 0,75, 1,00, Decapo - Platten 1,75, Phonophon-Platten, grünes Etikett, fast 3.- nur 2.-, Odeon-Platten, 27 Zentimeter groß, fast 5.- nur 2,50. Nachbau, Weinmeisterstraße 14, Rosenhallerstraße 48, Andreasstraße 28, Rixdofenstraße 8. 1623R*

Banjo zu verkaufen Rixdorf, Rixdorfstraße 38. +52

Edison - Platten billig Rixdorf-straße 35, III. +27

Verschiedenes.

Enghlischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene (Einzelstunden und im Kurs) erteilt G. Siewert, Charlottenburg, Stuttgarter Platz 9, Gartenhaus III.

Komiker Schwarz, Köpenicker-straße 147. 1848R

Kunststofferei von Frau Kolosch, Schladensche, Rixdorfstraße 8 III.

Patentanwalt Wessel, Wälder-straße 94a.

Obiglos Festhale, Schwedter-straße 23/24. Kleiner Saal mit Bühne, noch Sonntags und einige Sonntags zu vergeben. Paul Obiglos, Rixdorf, 3. 33. +39*

Platina, alte Goldschmied, Bruch- gold, Silber, Gebisse, Kettgold, Gold- watten, Goldgummi, Duedel, Silber, Stanniol, Treifen, Wäpfe, sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Brod, Goldschmied, Köpenicker-straße 29. Telefon IV, 6958.

Kupfer, Messing, Platinabläße Silberabfälle, Goldschmied Rieper Köpenickerstraße 20a (gegenüber Rix- dorfstraße). 206R*

Platinanlauf, 4,50, Rixdorf, Her- mannstraße 68, II rechts. 1878R

Bibliotheken, Reuenernovation schnellstens. Buchbinderei Sieber, Rixdorfstraße 50. +27*

Gute Belohnung. Entlaufen schwarzer, kurzhaariger Zwergspinner, auf dem Namen "Gibi" hörend, abzu- geben bei Galt, Frankfurter Allee 117a.

Goldene Herrenuhr, Nr. 183 645, der eine Deckel mit Radfahrer, der andere mit Jagdtasche eingraviert, vor dem Alten Ostbahnhof verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben im Restaurant Ostbahnhof, Rixdofen- Platz. 80*

Vermietungen.

Wohnungen. Balkonwohnungen, 2 Stuben, Küche, sofort, 33.-, Kleine Wartus-straße 8. 1811R

Stube und Küche 1. Dezember, 21,00, Rixdorfstraße 20. 1721R

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Hamburg.

In der hiesigen Verwaltung sind die Stellen der beiden Bevollmächtigten

neu zu besetzen. Der Antritt wird möglichst bald gewünscht, spätestens bis 1. Januar 1911. Reflektiert wird nur auf tüchtige Kräfte. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sein. Gehalt nach der Stala für Bezirksleiter beläuft bis 3000 Mark. Eventuelle Dienstreise kommt in Anrechnung. Aus der Bewerbung müssen Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Eine selbstständige Arbeit über die Aufgaben eines Bevollmächtigten ist der Bewerbung beizufügen. Die Bewerbungen müssen bis zum 1. Dezember 1910 mit der Aufschrift "Bewerbung" an die Ortsverwaltung Hamburg, Rixdorf-Platz 57, Zimmer 10, eingekandt werden. 125/12*

Zimmer.

Gartenzimmer, leer, zweifachstrig, für besseren Herrn, Jorndorfer-straße 21. +64*

Sogleich bezugsfähiges Vorder- zimmer, auch möglichen. Witwe Dröbler, Holzgerstraße 46. 1871R

Mietsgesuche.

Partigenosse sucht 1. 12. Char- lottenburg ein- bis möbliertes Zimmer. Offerten mit Preisangabe unter W. A., Postamt 4, Rixdorfstraße. +99

Junges Paar sucht zum 1. 12. ein kleines, ein- bis möbliertes Zimmer (Röhe Ritterstraße, Alte Zafodstraße). Offerten mit Preisangabe unter B. 2, an die Hauptexpedition des "Vorwärts". 1877R*

Zwei Brüder, Schiefer, Wand- werker, suchen ein- bis möbliertes Zimmer. Preisofferten unter Einig- keit 85, Postamt 20, erbeten. +92

Möbelsucher sucht kleines mö- bliertes Zimmer, Höhe Ritterstraße, beim Partigenossen. Preisofferten: M. 100, Postamt 68. 1867R

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Rohrer verlangt Berlin, Rixdorf, Weiserstraße 54. 1869R

Korbmacher auf weitläufigste Leistenmöbel sofort Berliner Luxus- möbel-Industrie, Holmannstraße 16.

Tüchtigen Stumpfer für Kunst- steinarbeiten, Balen, Salzfür, Treppen- stufen usw., der auch dieselben ver- setzen kann, verlangt Fischer u. Co., Groß-Lichterfeld-Bez., Rixdorfstraße 4.

Tapetierer und Lötzer jetzt oder später Arbeit gegen freie Wohnung Günterstraße 38 I. +23

Arbeiterinnen zum Sortieren von Papierabfällen, Anfangslohn 10,00 Mark, belönd bis 15 Mark, verlangt Schmet, Wälderstraße 11.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Jugendheimleiter.

Den Bemerkern um die Stellung als Jugendheimleiter zur Nachricht, daß die Stelle besetzt ist. 293/3 K. Rosenfeld.

Erfahrener Partigenosse gew. Redner, sucht Posten als Redakteur, Sekretär etc.

Offerten unter C. 2 an die Haupt- expedition des "Vorwärts". 1880R

Dieselmotorenwärter

mit mehrjähriger Praxis wird bei guter Bezahlung aufgenommen. Geneue Offerten mit Eintrittszeit und Referenzen nach "H. P. 300" an Haasenstain u. Vogler A.-G., Wien 1/1. 216/2*

Sofort viel Geld event. Signum verdienen Sie durch Übernahme solbeter, lohnender Vertretung, auch als Nebenberuf. Offerten unter A. 4991 an Haasenstain & Vogler A.-G., Berlin W. S.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik und Lohn- differenzen sind gesperrt: Tischlerei Böhmisch & Co., Rixdorfstr. 34. Freya, Petersburger Str. 57. H. Borchardt & Co., Rixdorf- borer Str. 26. Pianofabrik Koch & Engel, Urbanstr. 93. Snopfabrik Kaal & Thle- mann, Rixdorf, Rixdorfstr. Für Einnehmer: Bau Marquardt, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 36. Pianofabrik Zelter & Winkel- mann, Braunschweig. Sämtliche Tischlerereien in Stolp und Lössen in Bommern. Das Berliner Arbeitsmittler- vermittlungsbureau d. gelben "Handwerker-Verbandes". Die Ortsverwaltung Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.

Deutscher Kürschner-Verband.

Zentrale für Kürschner sind: Herpich Söhne, Leipziger Straße 9-11. Bell, Zimmerstr. 29. Rixmann, Besenlanckenstr. 27. Für Kürschnermacher: G. A. Hofmann, Sackfau-straße 33. 102/17*

Polizeipitzel an der Arbeit?

Am Sonntag wurde in Berlin und einigen Vororten ein Flugblatt verbreitet, das die Arbeiter auffordert, ihre Pflicht zu erfüllen und sich der politischen Organisation, dem sozialdemokratischen Wahlverein, anzuschließen.

„Sehen Sie,“ bemerkt der Unbekannte, „wir lassen immer so und so viel tausend Flugblätter drucken, und da kommt es schon manchmal vor, daß die Genossen die Flugblätter nicht ordentlich verteilen.“

Genosse H. erwiderte, er wäre bereits Mitglied, was der Unbekannte erst nicht recht glauben wollte und das Buch zu sehen wünschte. Als der eifrige Genosse nunmehr in die Küche eintrat und sich die Nummer des Mitgliedsbuches aufschreiben wollte, fragte ihn H. nach seinem Namen und irgendwelchem Ausweis.

Anscheinend eifrig die Werbearbeit fortsetzend, ging er in das Nebenhaus, aber auffälligerweise wurde niemand außer H. von ihm besucht. Auch sein Versprechen, an demselben Abend dem Genossen H. das Mitgliedsbuch zu zeigen, erfüllte er nicht.

Da dient vielleicht als Fingerzeig, daß der Genosse H. sich bei dem Rechtsanwalt Heine als Zeuge über die Roabiter Vorgänge gemeldet hat, und dem Gericht als Zeuge bereits benannt worden ist.

Auch bei der Frau des Angeklagten Tiedemann erschien ein Mann, der sich angelegentlich danach erkundigte, ob Tiedemann Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins sei.

Er muß öffentlich die Frage aufgeworfen werden, wer ist der Veranlasser dieser Belästigungen benannter Zeugen im Roabiter Prozeß und wer übernimmt die Verantwortung für diese Art Herbeischaffung von „Material“ zur Charakteristik von der Staatsanwaltschaft nicht genehmer Zeugen?

Denn ausgerechnet Entlastungszeugen sind es, die in unerhörter Weise belästigt werden. Und zwar während des Prozesses. Liegt da nicht der Gedanke sehr nahe, daß derartige Recherchen, die womöglich auch bei dem Arbeitgeber der Zeugen angestellt werden, auf furchtbare Gemüter wirken, daß sie ängstlich gemacht werden?

Wir möchten Personen, die als Zeugen im Roabiter Prozeß geladen sind und die in ähnlicher Weise von verdächtigen Unbekannten belästigt werden, ersuchen, uns davon Mitteilung zu machen.

Partei-Angelegenheiten.

Ausstellungen von Jugendschriften und künstlerischem Wandschmuck. Um vielen Anfragen und Wünschen wegen Veranstaltung von Weihnachtsausstellungen entgegenzukommen, erklärt sich der Zentralbildungsausschuß bereit, aus seinen Beständen Kollektionen von Jugendschriften und künstlerischem Wandschmuck gegen Entlohnung herzugeben.

Damit festgestellt werden kann, in welchem Umfang ein Bedürfnis nach solchem Ausstellungsmaterial vorliegt, werden diejenigen Bildungsausschüsse Berlins und Umgebung, die von dem Anerbieten des Zentralbildungsausschusses Gebrauch zu machen beabsichtigen, ersucht, sich bis zum Dienstag, den 22. November, bei dem Unterzeichneten zu melden.

Der Bildungsausschuß. J. A. Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8. Sechster Wahlkreis. Sonnabend, den 19. November, in der Brauerei Köhnhardt, Schönhauser Allee 10: Lillencron-Abend. Anfang 8 Uhr. Willkür sind noch zu haben in der Parteispedition.

von Mars, Lybener Str. 123; Dobrosław, Schliemannstr. 89; Hönisch, Wicherstr. 8; Friedemann, Stargarder Str. 74; Schönfeld, Fehrbelliner Str. 9, und im Wahlvereinsbureau, Neue Hochstr. 23.

Charlottenburg. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 8, der zweite Vortrag aus dem Vortragszyklus des Genossen Bernstein über „Das Deutsche Reich und die politischen Parteien“ statt.

Schöneberg. Am Montag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr, veranstaltet der sozialdemokratische Wahlverein eine Agitationsversammlung im „Schwarzen Adler“, Hauptstraße 144, zu der ganz besonders die Frauen und Mädchen eingeladen sind.

Schöneberg. Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Großer, Martin-Lutherstr. 51, im kleinen Saal, Fortsetzung des Kurses: „Einführung in die moderne Gesellschaftslehre“.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 20. November, morgens 8 Uhr, findet in allen Orten des Bezirks von den Bekannten Soldaten aus eine Flugblattverbreitung statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Wer nun noch glaubt, daß im Zrennpflegeweise Berlins vieles faul sei, ja, dem ist eben nicht zu helfen. In der Stadtverordnetenversammlung haben wir uns gestern durch den Herrn Oberbürgermeister belehren lassen müssen: wer so etwas behauptet, der regt die Bürgerchaft gegen die Stadtverwaltung auf.

Die Konsumbewegung in Wort und Bild.

Nachdem der Kopenhagener Internationale Sozialistenkongreß und der Magdeburger Parteitag den Arbeitern ans Herz gelegt haben, neben ihrer anderen Organisationsarbeit auch den Zusammenschluß der proletarischen Konsumenten nicht zu vernachlässigen, regt sich an allen Ecken und Enden. Auch in Groß-Berlin! Um dieser erfreulichen Stimmung nachzuhelfen, veranstaltet die Propaganda-Kommission bei uns acht Vortragsabende, deren erstem wir am Dienstag in Rixdorf bewohnen konnten.

Zu dem Genossen Kroll aus Hamburg hat die Arbeiterkonsumbewegung einen temperamentvollen Redner gewonnen, dessen Vortrag seiner Wirkung um so gewisser ist, als der Redner das Material dermaßen beherrscht, daß er selbst für die Darlegung der Zahlen und Statistiken seines Hilfsmittels außerhalb seines Gedächtnisses bedarf.

Sogar Film (also einen „Kientopp“, wie man in Rixdorf sagt) bekamen wir zu sehen. Auf diese Weise ist es möglich, auch den Produktionsvorgang, das Ausladen der Rohstoffe aus den Schiffen, das Verpacken der Waren, das Abfahren von den Hauptlagern an die Verkaufsstellen und dergleichen mehr vorzuführen.

Wenn diese Zeilen den Lesern des „Vorwärts“ zu Gesicht kommen, haben bereits drei Vorträge stattgefunden. Aber noch vier werden von Freitag bis Dienstag in Berlin abgehalten. — Vom Inhalt des seßelnden Kroll'schen Referats haben wir hier mit Absicht so gut wie gar nichts erzählt.

Maul- und Klauenseuche auf dem Berliner Schlachthof.

Gestern mittag ist auf dem Schlachthof in den Stallungen der Firma Künzel u. Sohn unter den Schweinebeständen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Auf Anordnung der Veterinärpolizei wurden, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ meldet, sämtliche auf dem Schlachthof befindlichen Schweine, etwa 1200 bis 1500 Tiere, bis gestern abend abgeschlachtet werden.

Der Apothekereifer in Tegel ist beendet.

Zwischen der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte und den Apothekenbesitzern Herren S. Schäfer und Schulze in Tegel, ist wegen der Arzneilieferung am 14. November 1910 eine Einigung zustande gekommen.

Benannte Apothekenbesitzer liefern nun den Krankenkassen, welche zur Zentralkommission gehören, die Arzneien zu denselben Bedingungen, wie die Apotheker Berlins, jedoch mit einem Rezeptur-Disabatt von 15 Proz.

Der Seuchen-Viehhof bei Erlner. Auf die Proteste, welche in der Presse gegen die Errichtung der Beobachtungsstation für seuchenverdächtiges Rindvieh zwischen Wilhelmshagen und Erlner erhoben worden sind, gibt Herr Forstmeister Kottmeier, der Amtsvorsteher des in Betracht kommenden Bezirks Köpenick-Forst folgende amtliche Erklärung:

Der Berliner Vieh-Zentrale ist von der zuständigen Aufsichtsbehörde aufgegeben worden, einen Beobachtungsfall für krankes oder verdächtiges Vieh zu bauen. Dazu mußte eine Stelle ausgesucht werden, die von bewohnten Orten, von Flüssen, die für die Bebauung vorgesehen sind, entfernt, aber doch noch so gelegen ist, daß ein Bahnausfluß, der nicht entbehrt werden kann, möglich ist.

Diese Erklärung des Herrn Forstmeisters Kottmeier genügt jedoch den Anwohnern nicht. Sie setzen sich darauf, daß der Plan dieser Anlage weder im Kreisblatt, noch in einer anderen Zeitung bekannt gegeben worden, im Gegensatz zur sonstigen Gepflogenheit. Sei der Viehzentrale, die auch nur ein Privatunternehmen wäre, die Errichtung eines Seuchenviehhofs ausgeschrieben worden, so hätte der Plan, wie dies bei jedem Privatmann geschieht, veröffentlicht werden müssen.

Ein prägelnder Pädagoge, der's „nicht wieder tun“ will.

Wenn eines Lehrers Prügelleistung den Eltern des geprügelten Kindes zu arg scheint und sie merken lassen, daß sie irgendwie gegen den Lehrer vorgehen wollen, dann können sie leicht eine Ueberreaktion erleben. Schon mancher Lehrer, der geprügelt hatte, hielt es da für das Beste, sich zu den Eltern zu bemühen und sie um gut Wetter zu bitten.

In diese gewiß nicht angenehme Lage ist auch ein Lehrer Eduard Radtke geraten, der an der 283. Knaben-Gemeinschaftschule in der Strahmannstraße amtieret, im Hause Thaeßstraße 29 wohnt und neunundzwanzig Jahre alt ist. Wir sehen seine Personalien möglichst vollständig her, damit nicht mit ihm einer der vier anderen Gemeindefachlehrer Radtke verwechselt wird, die es in Berlin noch gibt. Herr Eduard Radtke hat in Klasse V M einen Schüler G., geprügelt, der wegen eines in der Entwicklung begriffenen Bruchleidens vom Schularzt durch Uebermaß an Bewegung als schonungsbedürftig gekennzeichnet ist und im übrigen so wenig befähigt ist, daß er erst mit Vollendung des 12. Lebensjahres die Klasse V erreicht. Für den Deutschunterricht hatte G. eine häusliche Aufgabe nicht geleistet, weil er das vorgeschriebene Lesebuch nicht besaß. Herr R. gab ihm zwei Stunden über das Geßä. Auch wenn sie mit kräftiger Hand geföhrt wurden, wird nach den unter Lehrern verbreiteten Anschauungen vermutlich kaum einer von ihnen diese Abstrafung für zu hart gehalten. Doch die Eltern hielten sie nicht nur für zu hart in Anbetracht des Bruchleidens, das der Junge hat, sondern überhaupt für unbedachtigt, weil sie meinten, daß er wegen Nichtbefähigung des Buches bestraft worden sei. Sie beschloßen, den Jungen durch einen Arzt besichtigen zu lassen. Der zuständige Schularzt Dr. Schäfer wurde, da Schularzte amtlich eine Prügelleistung nur auf Wunsch der Schule begutachten, von der Mutter als Privatarzt um ein Gutachten ersucht. Da sie aber auf seine Frage, wer geschlagen habe, die Auskunft verweigerte, so verweigerte er ein Attest. Ein anderer Arzt, Dr. Hahn, dem die Mutter auf Befragen den Lehrer Radtke nannte, tröstete sie, dem Junge werde von den paar Hieben nicht sterben, und auch er gab kein Attest. Schließlich wurde von einem dritten Arzt, Dr. Levy, folgendes bescheinigt:

„Ich fand an der rechten Hinterbacke einen grau-grünen Streifen von etwa drei Zentimeter Breite, an der linken Hinterbacke einen blaugrünen dicken Streifen von gleicher Breite. Die Stellen waren auf Druck schmerzempfindlich, so daß das Sighen erschwert war. Der Knabe leidet an einem rechtsseitigen vergrößerten Leistenkanal mit Verlagerung des Hodens in der Bruchpforte. Schläge auf das Geßä oder sonstige starke Erschütterungen des Bauches können deshalb zu schweren Komplikationen in der Leistenenge führen.“

Bemerke, Frau S. solle nicht etwa glauben, daß er Angst habe. Geschlagen habe er übrigens nicht wegen des Buches, sondern wegen geringer Leistungen in Religion und im Rechnen. Nebenbei bemerkt: Tatsächlich war es im Deutschunterricht, wo er den Jungen prügelte, und zwar nachdem der ein Lesebuch nicht gekonnt hatte. Daß S. nicht das richtige Lesebuch besaß, soll schon an einem der vorhergehenden Tage von Herrn Madde gerügt worden sein. Dem Herrn Madde wurden seine drei Mark noch am Abend durch Herrn S. zurückgebracht. Herr S., der seine Gattin und eine ihr bekannte Frau als Zeuginnen mitgenommen hatte, wurde von Herrn R. gefragt, ob er denn etwas in die Öffentlichkeit bringen wolle. Als S. bejahte und auf weitere Verfragen den „Vorwärts“ nannte, bat R. dringend, das zu unterlassen. Besonders unangenehm sei ihm, daß die Sache gerade durch den „Vorwärts“ veröffentlicht werden solle. Er werde es nicht wieder tun, den Stock werde er künftig kürzer halten, dafür gebe er sein Ehrenwort als Offizier. Herr R. ist nämlich einer derjenigen Gemeindeführer, die sich rühmen können, Reserveleutnant zu sein. Warum er sich nicht mit dem Ranneswort eines Gemeindeführers begnügt, sondern wildfremden Leuten sich als Offizier vorstelle, darüber werden vielleicht diejenigen seiner Kollegen sich wundern, die es nicht zum Reserveleutnant gebracht haben. Herr R. ist stolz auf seine Offiziersqualität hat uns ins Gedächtnis eine Prügelaffäre zurückgerufen, in die dieser Pädagoge vor einigen Jahren verwickelt war. Auch damals ging er den Eltern in die Wohnung, ließ durchschauen, daß er Reserveleutnant sei, und bat, die Sache in Güte beizulegen. Auch damals bot er an, das Attest zu begählen, und schickte den Eltern Geld ins Haus, das ihm dann zurückgeschickt wurde. Im „Vorwärts“ wurde ausführlich darüber berichtet, daß Herr R. allerdings keine angenehme Erinnerung sein.

Herrn R.'s neueste Prügelaffäre hat übrigens noch ein eigenartiges Nachspiel gehabt. Drei Tage nach seinem Besuch bei Frau S. kam er noch einmal zu ihr gelaufen, trat sehr viel zerschütterter auf und teilte in sichtlich erregter Stimmung mit, jetzt habe er die Wahrheit festgestellt. Der Junge sei nicht von ihm allein geprügelt worden, vielmehr habe vier Tage später auch der Lehrer Schur den Stock gegen S. gebraucht, und nur davon könnten die Spuren herrühren, die nach weiteren zwei Tagen der Arzt sah. Wir können nicht wissen, welcher der beteiligten Pädagogen da am kräftigsten zugehauen und die nachhaltigsten Spuren hinterlassen hat. Möge Herr Madde, der's „nicht wieder tun“ will, das selber mit seinem Kollegen ausmachen. An seiner Versicherung, daß auch ein anderer gehauen habe, interessiert uns lediglich der neue Einblick, den sie uns in die Behandlung dieses offenbar schwachbegabten und dabei bruchleidenden Jungen tun läßt. Die Schuldeputation sollte einmal festzustellen suchen, wer in der Schule außer dem Schularzt wußte, daß der Junge bruchleidend ist.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern Abend am Kurparkdammer. Als der 37jährige Kassenmeister Bernhard Schulz, Grüner Weg 6 wohnhaft, den Parkdammer überfahren wollte, kam er auf dem schlüpfrigen Pflaster zu Fall und stürzte vor einem herannahenden Privatautomobil nieder. Der Chauffeur vermochte noch im letzten Augenblick die Steuerung herumzureißen, doch wurde der Kassenmeister vom rechten Vorderrad gezeitt und so heftig gegen die Bordwand gewälzt, daß er eine Wirbelsäulenverletzung, schweren Schädelbruch und Gehirnerschütterung erlitt. Der Verletzte wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten und von dort nach dem Krankenhaus Roabit geschafft.

Auf der Straße krankt ist gestern eine unbekannt Frau von etwa 50 bis 60 Jahren. Sie erlitt vor dem Hause Säulegasse 3 einen Schlaganfall und wurde bewußtlos nach dem Krankenhaus Roabit gebracht. Die Unbekannte, anscheinend eine Arbeiterin, hat dunkles, grau gemischtes Haar und trug einen grauen Umhang, eine braune Bluse mit rotem Einsatz und schwarzen Rock und Schürze.

Eine große Revolveraffäre spielte sich gestern Mittag in der Koloniestraße zwischen Jägern ab. Es kam zwischen zwei Jägertrupps zu heftigen Angriffen, wobei etwa 40 Revolverkugeln abgegeben worden sein sollen. Einer der Täter wurde verhaftet, die anderen ergriffen die Flucht.

Gefangenzugerte. Der im Norden unter den Parteigenossen bekannte „Männerchor Norden“ (ehemalige „Nord“, „Rote Reife“, „Freier Männerchor“, „Zimmerer“) veranstaltet am Sonntag, den 20. November, ein Konzert in der Brauerei Köpenick unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn Diesbach. Anfang präzis 7 Uhr. Eintrittskarte 40 Pf. Mitwirkende sind Herr Diesbach, Violine, Herr Steinko, Cello, Rahmischer Solifonemble.

Der Gefangenenverein „Liberia“ hält sein Konzert am Sonntag in Hoppel's Konzertsaal in der Dörfelstraße 32/33 ab. Es wirken mit Professor Bernhard Dessau, Hofkonzertmeister der Königl. Kapelle (Violine) und Konzertfänger Otto Werth. Beginn des Konzerts 7 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Die Veranstaltung der Arbeiterschachspieler am Vorkrieg in Kellers Festsaal erfreute sich eines so regen Besuches, daß tatsächlich kein Apfel zur Erde fallen konnte. Sahen die Teilnehmer am Wettkampf (208) an 104 Brettern schon dicht gedrängt, so war das Gedränge der Zuschauer und derer, die wegen Platzmangel nicht mehr am Wettkampf teilnehmen konnten, geradezu unbändig, ein Zustand der nur beseitigt werden kann, durch das Verschaffen eines sehr großen Raumes. Sämtliche am Wettkampf Teilnehmenden wurden in zwei Herdlager geteilt, in eine weiße und eine rote Partei. Von den gespielten 104 Partien gewannen die Roten 58, während es die Gegner nur auf 46 brachten. (Es scheint üblich zu werden, daß die Roten immer siegen.) Auch die zwei Blindpartien der vier Berliner Arbeiterschachspieler erfreuten sich eines regen Interesses. Es waren über 500 Personen anwesend.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Aus der letzten Magistratsitzung. Dem Antrage des Mobilisationsonderausschusses der freiwilligen Krankenpflege für den Stadtteil Rigdorf, ihm für den Mobilisationsfall die Paraden der früheren Krankenanstalt in der Cammer Str. 42-48 nebst dem Garten zu überlassen zwecks Errichtung eines Vereinslazarets soll stattgegeben werden. — Zum 1. April 1911 sollen an den hiesigen Gemeindefschulen acht Lehrer und drei wissenschaftliche und zwei technische Lehrerinnenstellen neu eingerichtet und die erforderlichen Kosten in den Voranschlag für 1911 eingestellt werden. — Der Magistrat beschloß des ferneren die Anmeldeung eines Zuschlagsanspruches auf § 53 des Kommunalabgaben-Gesetzes gegen die Stadtgemeinde Berlin auch für das Rechnungsjahr 1910. — Es wurde beschlossen, beim Präsidenten des Bezirksausschusses in Berlin wegen Förderung der bereits anhängigen Schulklassenprojekte vorstellig zu werden. Der Magistrat erklärte sich mit der Einrichtung eines Pferdemarktes auf den städtischen Grundstücken in den Dörfelwiesen vom 1. Januar 1911 ab endgültig einverstanden. — Die Ausdehnung des Wochenmarktes auf dem Kranoldplatz auf die Bensostraße bis zur Knebelstraße wird genehmigt. — Der Termin für die Stadtverordnetenwahl im 19. Wahlbezirk wird auf Donnerstag, den 15. Dezember 1910 in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends im W. Kempfers Lokal, Prinz Handjerystraße 70, anberaumt.

Gezogen wurde in seiner Heimat Arnsdorf bei Jessen im Bezirk Halle der Bauunternehmer Richard Zwider, über dessen Untertun und Flucht wir berichteten. Der Verdacht wurde vorläufig in das Gerichtsgelände zu Jessen gebracht. Er behauptet, nicht zu wissen, wo das Geld, das ihm der Bauherr Knispel gegeben hat, geblieben sei. Er habe am Sonnabendabend eine große Bierreise gemacht. Dabei müsse ihm das Geld irgendwo abhanden gekommen sein, als er sinnlos betrunken gewesen sei. Die Behandlung seines eigenen Bruders, der vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist, widerspricht dieser Ausrede.

Verantwortlicher Redakteur Richard Berr, Berlin. Für den

Charlottenburg.

Eisenverein für freie Erziehung. Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, findet im Volksbause, Rosinenstr. 3, ein großer öffentlicher Vortragsabend statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. S. Rosenfeld: „Das Recht des Kindes“. 2. Freie Aussprache.

Die hiesige Gewerkschaftskommission veranstaltet am Sonntag, den 20. November, 8 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Festsaal (Gymnasium), Knefelbedstr. 24, einen vollständigen Kunstabend. U. a.: „Venedig und seine Kunstschätze“, Lichtbildvortrag von Dr. Alfred Köppen. Billets zu ermäßigten Preisen sind zu haben bei Weidheit, Rosinenstraße 3, und A. Wilt, Kirchstr. 30.

Schöneberg.

Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse finden heute Freitag, den 18. d. M., nachmittags von 4 bis 9 Uhr, statt. Die Wahl der Arbeitnehmer erfolgt in getrennten Wahllokalen und zwar wählen alle diejenigen, die in Betrieben beschäftigt sind, die östlich der Wannseebahn liegen, sowie freiwillige Mitglieder, die daselbst wohnen, in der Turnhalle der Gemeindegasse, Kolonnenstr. 22/23. Die in Betrieben westlich der Wannseebahn Beschäftigten, sowie die daselbst wohnenden freiwilligen Mitglieder wählen in der Turnhalle der Mittelschule, Pflägenstr. 15. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Kassenmitglied, das über 21 Jahre alt ist und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Als Legitimation gilt der Meldeabschnitt oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers. Für freiwillige Mitglieder gilt die grüne Karte. Zu wählen sind 112 Vertreter und 112 Stellvertreter.

Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Nach eingehender Debatte faßte die Gemeindevertretung den Beschluß, dem Besuch um Erweiterung bezw. Umbau der in der Chausseestraße belegenen Privatirrenanstalt beim Bezirksausschuß zu widersprechen und zwar weniger im Interesse der Gemeinde als der Nachbarn jener Anstalt. Gemeindevorsteher Müller meinte sogar, daß die ganze Angelegenheit sei gar nichts angeht, da der § 30 der Gewerbeordnung nur vorschreibt, daß die Gemeindebehörde in solchen Fragen zu hören seien. Die Gemeindevertretung sei gar keine Behörde, sondern nur der Gemeindevorstand.

Dem Herrn Professor scheint an der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht allzuviel zu liegen, zum mindesten sind ihm in dieser Beziehung die Grenzen offenbar weit genug gesteckt. Man kann es den vorgelegten „Behörden“ nicht einmal abnehmen, wenn sie solchen Vertretern einer Gemeinde ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht nicht zugeteilen wollen. Sie wissen tatsächlich nichts damit anzufangen. — Ueber den Abschluß eines Nachtragsvertrages mit der Terraingesellschaft am Botanischen Garten referierte Schöffe Domino. Die Gesellschaft mußte letzterzeit für die Kosten der Regenwasserableitung 88 000 M. hinterlegen und sich verpflichten, zum Bau der Mollsebrücke 50 000 M. und zur Verbreiterung der Straße im Zuge der Döhlemer Straße 25 000 M. beizutragen. Nachdem der Bahnhof Botanischer Garten durch die Gesellschaft errichtet wurde, ist seitens der Gemeinde von ihrer Verpflichtung zu den Brückenbauten befreit worden. Die von der genannten Gesellschaft noch zu zahlende Summe beträgt abzüglich des Zuschusses der Gemeinde zum Brückenbau noch 60 000 M. Nach der Versicherung des Gemeindevorstandes war aus der Terraingesellschaft absolut nicht mehr herauszuschlagen als durch den früheren Vertrag bezw. Nachtragsvertrag erreicht worden sei. Gemeindevorsteher Engelmann rügte die minimale Landabgabe von 400 Quadratmetern für Gemeindegewerke, die bei einem solchen großen Komplex gar nicht ins Gewicht fälle und der Gemeinde wenig nütze. Er wußte sich aber vom Gemeindevorsteher Schulz mit Recht sagen lassen, daß die Gemeindevertretung ja zugestimmt habe und das Neben post festum keinen Zweck mehr hätte. Der Nachtragsvertrag wurde genehmigt. Bei dieser Gelegenheit entpuppte sich der Gemeindevorsteher. Joten vom Grundbesitzerverein des Ostens als ein warmer Freund der unbemittelten Volkschichten. Er sieht den Gemeindevorstand förmlich an, künftig mit den Terraingesellschaften vertraglich festzusetzen, daß Wohnungen unter vier Zimmer nicht mehr errichtet werden dürfen. Solche mit einer Stube und Küche gebe es genug und der Zugang von Leuten, die den Gemeindevorstand belasten, müsse verhindert werden. Er verteilte in dieser Beziehung auf das Vorgehen Wilmersdorfs, das er empfehle. Wilmersdorf macht überall in den sogenannten besseren Vorortgemeinden des Westens Schule. Es ist bekannt, daß in einem bürgerlichen Berliner Blatt selbst aus den Kreisen der Grundbesitzerspezialisten das Vorgehen der westlichen Gemeinden in der für die Rinderbestimmten so wichtigen Wohnungsfrage als durchaus unförmlich gebremst wurde. Herr Joten ist noch ein Reuling in der Gemeindevertretung, sonst müßte er wissen, daß die Leute, die in Groß-Lichterfelde den Armenetats belasten, nach ausdrücklicher Festsetzung durch den Schöffen Herrn Domino fast ausschließlich aus bürgerlichen Kreisen stammen und daß die Zahl der Wohnungen mit nur einer Stube und Küche sehr gering, hygienisch zweifelhaft und zudem recht teuer sind. Für die Errichtung einer Werkzeugsanstalt am Händelpfad werden noch 57 000 M. nachbewilligt. Außerdem sollen auf demselben Platz eine offene Wartehalle für die Fahrgäste der Kreisbahn und der hier einmündenden Berliner Straßenbahn, ein Zeitungstisch und eine Normaluhr errichtet werden. Der von einem Gemeindevorsteher geäußerte Wunsch, die Straßenbahngesellschaft und den Kreis zu den Kosten des Baues der Wartehalle heranzuziehen, wurde als aussichtslos abgelehnt. — Da hätte die Gemeindevertretung in Groß-Lichterfelde etwas früher aufstehen müssen.

Einem Unterhaltungabend unter Mitwirkung von Frau Margarete Wolkotte veranstaltet am Totensonntag in Richters Festsaal, Chausseestra. 104, der Lichterfelder „Männerchor“. Eintritt 30 Pf. Abendkasse findet nicht statt, weshalb um vorherige Besorgung von Billets ersucht wird.

Der Verein rechnet, da er bei Arbeiterfestlichkeiten mitwirkt, auf regen Zuspruch.

Wilmersdorf.

Zu der in der Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Verdringung des Stadtverordnetenvorsitzers Dr. Feldig wird uns nun auch von unserem Korrespondenten, der den fraglichen Bericht uns überlieferte, folgende Zuschrift übermittelt: In von den städtischen Arbeitern beschlossene Eingabe wurde in 49 Exemplaren dem Stadtverordnetenvorsitzer zwecks Verhängung an die Stadtverordneten übermittelt. Nach der Verdringung des Stadtverordnetenvorsitzers gewinnt es den Anschein, daß, wie wir richtig vermuteten, wohl unter den kurzen geschäftlichen Mitteilungen in der Stadtverordnetenversammlung dieser Eingabe erwähnt, eine Verteilung an die einzelnen Mitglieder des Kollegiums jedoch unterblieben sei. In dieser unserer Auffassung werden wir umso mehr dadurch bestärkt, als von keiner Seite des Kollegiums Anlag genommen wurde, die auf 11 Seiten Folioformat eingereichte Vorlage einer Würdigung zu unterziehen. Würde der gute Wille vorhanden gewesen, auch für die städtischen Arbeiter etwas zu tun, so hätte es bis zu dem nun erfolgten Inkrafttreten der Arbeitsordnung vollkommen genügt, dem Wunsch der Arbeiter zu entsprechen. Daß man dieses unterlassen, läßt die in unserer Notiz gezeigte Schlussfolgerung als richtig erscheinen.

Brig-Budow.

Brig-Budow. Ueber „Der Massenstreik“ referierte in der letzten Versammlung des Wahlvereins Genosse Medakow Dittmer. Eine Diskussion über den lehrreichen Vortrag wurde nicht beliebt. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin am 4. Dezember wurden die Genossen Koch und Herms delegiert. Am Schluß machte Genosse Kapke auf die am Montag, den 28. November, im Lokal von Jilg, Werder Str. 88, stattfindende Frauenversammlung aufmerksam.

Bohnsdorf.

Die letzte Mitgliederversammlung nahm zunächst ein Referat des Genossen Simon Kagenstein über „Jugenderziehung“ entgegen. Die Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung wurden der Genosse Weizensee und die Genossin Bedekst gewählet. Unter Vereinsangelegenheiten wurde Abhaltung eines Weihnachtsgesangs besprochen. Genosse Müller gab einen Beschluß des Vorstandes bekannt, am Januarabend eine Kontrolle über die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit vorzunehmen.

Alt-Lichtenfeld.

In einer von etwa 400 Personen besuchten öffentlichen Versammlung referierte Genosse Siering, Berlin über „Los von der Kirche“. Dem Redner wurde großer Beifall gesendet. Zum Schluß meideten sich 14 Genossen und Genossinnen, die aus der Kirche austreten wollten. Der hiesige Arbeitergesangverein trug am Anfang und Schluß der Versammlung ein Lied vor.

Reinickendorf.

Ein schauriger Fund wurde vorgestern auf dem sogenannten Grünen Weg gemacht. Dort entdeckten spielende Kinder in der Nähe des Straßenbahnhofs ein großes Paket, aus dem ihnen ein starker Verwesungsgeruch entgegenbrach. Die Kinder benachrichtigten die Polizei, die das Paket öffnen ließ. Man fand in demselben die Leichen zweier neugeborenen Kinder, eines Knaben und eines Mädchens, die schon mehrere Tage an jener Stelle gelegen haben mußten. Ob die beiden Kinder bereits bei der Geburt tot waren oder ob es sich hier um ein Verbrechen handelt, konnte mit Sicherheit noch nicht ermittelt werden; Spuren äußerer Gewalt konnten bei der vorgegriffenen Verwesung nicht mehr festgestellt werden. Die Leichen wurden nach der Halle in der Humboldtstraße geschafft.

Tegel.

Der Gesangverein „Immergrün“ veranstaltet am 20. November (Totensonntag) ein Konzert. Mitwirkende: Konzert- und Oratorien-sängerin Frau Vanlenin-Aberhold und die Wagnerische Kapellkapelle (Dir. Herr Wagner). Anfang präzis 7 Uhr. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Billets im Vorverkauf 40 Pf., an der Abendkasse 50 Pf. Da obiger Verein bei Parteiveranstaltungen stets seine Schuldigkeit tut, wird auf regen Besuch auch der Genossen gerechnet.

Briefkasten der Redaktion.

2. 28. Wenn die Ehefrau noch der Landeskirche angehört, sind Sie verpflichtet, die Hälfte der Kirchensteuer zu zahlen, zu welcher Sie für den Fall der Zugehörigkeit zur Kirche veranlagt worden wären. — W. G. 1862. Wegen das Urteil gibt es kein weiteres Rechtsmittel. Die Kosten des gegenwärtigen Anwalts ist das Mädchen zu zahlen verpflichtet, die Kosten ihres Anwalts nicht. — G. 16. Der Wirt ist im Recht, wenn im Vertrage ein Jahresmietzins vereinbart ist. — Richter. Wegen der Verletzung des Termins läßt sich nichts tun. Zum nächsten Termin muß ein Berliner Rechtsanwalt bestellt werden. Für den Fall, daß R. im Prozeß abgeht, soll er Festsetzung seiner Kosten beantragen; es bleibt aber zweifelhaft, ob das Gericht diese in voller Höhe festsetzen wird. — G. 100. In der Buchhandlung Sorowits, Preis 10 M. — G. 31. Die Frage behandelnde Broschüren und Bücher erhalten Sie in der Buchhandlung Sorowits zum Preise von 60 M. an. — G. 15. Unverständlich. — Steuern 5. 5. 5. Derjenige Lohn, der 29,55 M. wöchentlich nicht übersteigt, unterliegt der Abgabe wegen Steuern, die nicht länger als drei Monate rückständig sind. Der Nachtrag kann auch wegen älterer Rückstände gepfändet werden. — Adlershof 11. Das Einkommen der Eltern ist dem Einkommen des Mannes zum Zwecke der Steuerveranlagung auch dann zuzurechnen, wenn noch uneheliche Kinder der Frau vorhanden sind. Die letztere Lastage begründet nur einen Anspruch auf Herabsetzung um Steuerbefreiungen, entsprechend der Gesamtzahl der Kinder. — G. 68. 1. Unschlüssig sind Sie nicht. 2. Magistrat resp. Bezirkskommando. 3. Das können wir nicht sagen. 4. Jurist nicht. Einsetzung erfolgt nur nach Antragsannahme der gewerkschaftlichen oder politischen Organisation. — W. 23. Billets erhalten Sie auf Anfrage von der Generalkommission der Gewerkschaften, Engländer 15, Kunststr. — Hamburger Post. Ja. — Müssen 13. Silberrelie oder Gemmalische Relie erhältlich in jedem Drogergeschäfte. — W. 23. Röhrestraße. Rein. G. 9. 10. Die Eltern sind zur Hälfte Miterben. Die Hausaltungsgehände gehören nicht zur Teilungsmasse; sie verbleiben der Witwe.

Deutscher Arbeiter-Abkennentbund. Ortsgruppe Berlin. Freitag, 18. d. Mts., abends 9 Uhr, spricht im Gewerkschaftshause, Engländer 15, Saal 7, Genosse Karl Bader über: „Antike und moderne Sklaverei“. Rein Gedankenschauplatz! Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eutin, Vau Singer) ist soeben das 7. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Von Prozeß zu Prozeß. — Compens über Arbeit in Europa und Amerika. — Von L. B. Boudin (New York). — Gewerkschaftliche Wandlungen in England. Von H. Rothstein (London). — Der Parteitag von Holland. Von Oba Öberg (Rom). — Literarische Rundschau: Gustav Dennis, Jehn Jahre Alkoholkonsum. Ernst Weidlich, Kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken. Von Kette, Prof. Max v. Gruber, Mädchenziehung und Kassenhygiene. Von Theres Schölsinger. W. Rothkegel, Die Kaufpreise für landliche Besitzungen im Königreich Preußen von 1895 bis 1906. Von M. N. S. V. Arcomède, Le mouvement de la classe ouvrière et la Socialdemokratie au Caucase. Von E. Revit. — Zeitungslisten.

Artillerie-Wartbericht der städtischen Warten-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Wartbahnen. Wartlage: Fleisch; Zulage Karl, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverständlich. Wild: Juhur genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. G. 11: Juhur reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Fisch: Juhur mäßig, Geschäft etwas belebt, Preise unverändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Juhur reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Wetterausblick vom 17. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperatur in C. u. F.
Arnswalde	754	SB	5 bedekt	4	Danzwade	751	WD	2 Schre	-1
Bamberg	754	SB	4 wollos	1	Leipzig	756	SD	4 Regen	2
Berlin	750	SB	1 bedekt	3	Seitz	753	WD	5 wollos	3
Braunf. a. M.	759	SB	4 halb dd.	0	Worms	741	B	7 wollos	3
Breslau	763	SB	4 wollos	-1	Wien	757	S	2 bedekt	3
Wien	761	S	3 halb dd.	-3					

Wetterprognose für Freitag, den 18. November 1910. Ein wenig kälter bei veränderlicher Bewölkung und ziemlich häufigen fälligen Winden; geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 11.		am 15. 11.		Wasserstand	am 16. 11.		am 15. 11.	
	am	fest	am	fest		am	fest	am	fest
Remel, Lütt	197	+1	197	+1	Saale, Großh.	160	-6	160	-6
Regel, Anstetter	-25	+16	-25	+16	Saale, Ebnandau	94	-6	94	-6
Reichel, Iden	188	+2	188	+2	Saale, Rathmann	82	+1	82	+1
Oder, Rathb.	294	-9	294	-9	Spre, Spremberg	94	+2	94	+2
Profen	233	+10	233	+10	Spre, Breslow	134	0	134	0
Frankfurt	237	+13	237	+13	Spre, Runden	42	+20	42	+20
Saale, Schrimm	52	+6	52	+6	Rhein, Rindem	94	-14	94	-14
Landesberg	-3	-1	-3	-1	Rhein, Rindem	94	-14	94	-14
Reg, Boromann	-12	-13	-12	-13	Rhein, Rindem	94	-14	94	-14
Leimert	119	-8	119	-8	Rhein, Rindem	94	-14	94	-14
Dresden	14	-6	14	-6	Rhein, Rindem	94	-14	94	-14
Furth	294	0	294	0	Rhein, Rindem	94	-14	94	-14
Magdeburg	214	-8	214	-8	Rhein, Rindem	94	-14	94	-14

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterwasser. Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.